



Rat der Gemeinden und Regionen Europas ■ Deutsche Sektion

kommunal



25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Zukunftsfragen

Europakongress des
Europäischen RGRE

Kulturelles Erbe

EU-Kommission
für Europäisches Jahr

Integration

Kommunen im deutsch-
französischen Dialog

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr feiern wir das 25-jährige Bestehen des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages. Ein guter Zeitpunkt also, in diesem Heft einen Blick auf die Entwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen zu werfen, ohne gleichzeitig die aktuellen Ereignisse aus den Augen zu verlieren.

Im vergangenen Vierteljahrhundert hat sich die Freundschaft zwischen Deutschland und Polen zu einer der Grundfesten der Europäischen Union entwickelt. Ähnlich wie die Aussöhnung mit Frankreich ist sie lebendiger Beleg für ein gelingendes Europa. Allerdings bedeutet Freundschaft nicht zwingend immer gleiche Auffassungen zu haben. So bestand bereits vor der jüngsten Nationalwahl in Polen zwischen beiden Staaten kein Konsens im Umgang mit Flüchtlingen. Die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz in Polen sind dagegen eine besorgniserregende Entwicklung, die die Basis guter, demokratisch abgesicherter Grundlagen in der EU grundsätzlich in Frage stellt.

Trotz der Kritik am Kurs der polnischen Nationalregierung muss allerdings betont werden, dass die deutsch-polnische Partnerschaft auf kommunaler Ebene weiterhin gut funktioniert. Derzeit bestehen etwa 1.400 Kooperationsprojekte und Partnerschaften zwischen Kommunen in Deutschland und Polen, beide Seiten haben ein hohes Interesse daran, den gegenseitigen Erfahrungsaustausch aufrechtzuerhalten.

Ich würde mich freuen, wenn die kommunalen Kooperationen und Partnerschaften noch weiter ausgebaut würden. Eine enge Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene ist eine unverzichtbare Grundlage für den Erhalt und die Stärkung der deutsch-polnischen Beziehungen, zur Stärkung gegenseitigen Verständnisses und eines gemeinsamen Wertekanons.

Ihr Dr. Kay Ruge
Generalsekretär



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

Inhalt

DEUTSCH-POLNISCHER VERTRAG	3
■ Deutschland und Polen: 25 Jahre gute Nachbarschaft Vertrag über Partnerschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit Von <i>Dietmar Woidke</i>	3
■ Eine Erfolgsgeschichte, die nicht zerredet werden kann Eine Bilanz zu 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag Von <i>Prof. Dr. Dieter Bingen</i>	6
■ Rund 15.000 Projekte in 25 Jahren gefördert Die Arbeit der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit Von <i>Christiane Brandau</i>	11
■ Regel Austausch zwischen Jugendlichen 25-jähriges Bestehen des Deutsch-Polnischen Jugendwerks Von <i>Stephan Erb</i>	14
■ Beziehungen auch in schwierigen Zeiten pflegen Sitzung der deutschen Mitglieder des Deutsch-Polnischen Ausschusses Von <i>Michael Schmitz</i>	17
■ Partner mit vielen Gemeinsamkeiten 25 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Münster und Lublin Von <i>Jürgen Kupferschmidt</i>	20
■ Austausch und Projektarbeit über die Neißة hinweg Kommunalpartnerschaften des Landkreises Görlitz in Polen Von <i>Bernd Lange</i>	22
■ Gemeinsame Verantwortung und Beginn einer Freundschaft Kooperation zwischen den Landkreisen Dachau und Oświęcim Von <i>Stefan Löwl</i>	25
FORUM EUROPA	27
■ Die Wurzeln Europas sichtbar machen Vorschlag für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018	27
■ Breite Zustimmung für EU-Städteagenda Konferenz der Hauptstadtbürgermeister in Amsterdam	30
■ Ethik, Transparenz und interkultureller Dialog Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen Von <i>Sabine Drees</i>	32
■ Fürsprecher der Gemeinden ausgezeichnet Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises 2016 an Anders Knappe	35
■ Ein Mahner für Europa in schwierigen Zeiten Internationaler Karlspreis zu Aachen für Papst Franziskus	36
FORUM PARTNERSCHAFT	38
■ Entscheidende Rolle für die Kommunen Förderung des deutsch-französischen Dialogs zur Integration Von <i>Walter Leitermann</i>	38
■ Mobilität der Jugendlichen in Europa fördern Deutsch-Französische Konferenz mit polnischen Partnern in Dijon Von <i>Kristina Buchmiller</i>	40
■ Europapreis für Girona in Spanien Preise des Europarates für vorbildliche Partnerschaftsarbeit Von <i>Barbara Baltsch</i>	44
RGRE	45
■ Großes Netzwerkstreffen zu wichtigen Zukunftsfragen Europakongress des Europäischen RGRE in Nikosia Von <i>Walter Leitermann und Lyudmyla Dvorkina</i>	45
■ Unterstützungsangebote für Kommunen vorgestellt Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Köln Von <i>Sabine Drees</i>	49
■ Brüsseler Gespräche zu aktuellen EU-Themen Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten Von <i>Lyudmyla Dvorkina</i>	51
WETTBEWERBE	54
NAMEN UND NACHRICHTEN	55
TERMINE	57
IMPRESSUM	58

Vertrag über Partnerschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit:

Deutschland und Polen: 25 Jahre gute Nachbarschaft

Auf meinen Reisen als Ministerpräsident innerhalb Europas, aber auch in entferntere Weltregionen wie die USA oder nach Fernost, stelle ich immer wieder fest: Die deutsch-polnischen Beziehungen haben einen Platz im Kanon erfolgreicher Versöhnungsgeschichten erlangt. Sie haben eine Vorbildfunktion auch für andere Teile der Welt und werden immer öfter in einem Atemzug mit der legendären deutsch-französischen Freundschaft genannt.

Ein Beitrag von
Dietmar Woidke

Wer hätte das vor 25 Jahren gedacht? Damals unterschrieben die beiden Regierungen in Bonn und Warschau einen **Vertrag**, der Partnerschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwar zum neuen Leitbild der Beziehungen erhob, der aber an vielen Stellen auch noch erkennen ließ, dass beides, Partnerschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, noch etwas Neues in den gegenseitigen Beziehungen waren, und zwar für beide Seiten. Das Misstrauen war groß, der Nachbar noch weitgehend unbekannt. Ich habe dies aus eigener Anschauung ganz unmittelbar erlebt, in meinem Heimatort Forst in der Niederlausitz, direkt an der deutsch-polnischen Grenze gelegen.

Dichtes Netz an Beziehungen

Eine Generation später stelle ich fest: Die Saat, die kluge Staatsmänner damals gesät haben, ist aufgegangen. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind heute so gut, dicht und vielfältig wie wohl nie zuvor in unserer wechselvollen über 1.000-jährigen gemeinsamen Geschichte. In den letzten 25 Jahren haben wir einen großen gemeinsamen Weg zurückgelegt. Dazu gehört auch, dass die wechselseitigen Vertragsbeziehungen enger, reicher und dichter geworden sind. Heute sind wir in Europarat, Europäischer Union und NATO eng miteinander als Partner verbunden. Zur Beilegung von Strei-



Beim Fest zum Europatag 2014 in Frankfurt an der Oder überreichten Kinder dem Brandenburgischen Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) ein symbolisches Bild zur deutsch-polnischen Freundschaft

tigkeiten und Meinungsunterschieden gibt es fest etablierte Mechanismen im Rahmen dieser Vertragsgemeinschaften.

All dies war am 17. Juni 1991 noch nicht der Fall: Damals mussten wir uns noch versichern, dass wir die Schaffung eines Europas anstreben, in dem die Menschenrechte und Grundfreiheiten geachtet werden und Grenzen ihren trennenden Charakter verlieren. Heute genießen die Menschen in beiden Ländern die vollen Freiheiten im Rechtsraum der EU und im Schengenraum. Damals haben sich beide Länder verpflichtet, in ihren Beziehungen das Gewaltverbot und die territoriale Integrität des jeweils anderen zu achten. Heute sind wir Bündnispartner in der NATO und verteidigen die Sicherheit des anderen vor Bedrohungen Dritter. Und trotz aller Erfolge: Ich würde den Nachbarschaftsvertrag deswegen nicht als überholt bezeichnen. Ich

Zum Autor:

Dietmar Woidke ist Koordinator für die deutsch-polnische grenznahe und zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit und Ministerpräsident von Brandenburg.

würde es andersherum ausdrücken: In vielen Bereichen hat er sein Ziel erreicht. Dass er heutzutage völlig anders geschrieben werden würde, gehört zu seiner Erfolgsgeschichte.

Der **Grenzvertrag von 1990** und der darauf aufbauende Partnerschaftsvertrag standen für eine strategische Grundentscheidung der Regierungen beider Länder, die Beziehungen fortan anders zu gestalten, besser und intensiver als bisher, unter Einbeziehung der ganzen Bandbreite der gesellschaftlichen und politischen Kräfte. Das wenig später ausgerufene Weimarer Dreieck war eine logische Konsequenz, die aus dieser Grundentscheidung folgte. Ebenso die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit und das Deutsch-Polnische Jugendwerk, dem ich am 14. Juni 2016 in Warschau persönlich zu seinem 25. Geburtstag gratuliere.

Mit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission verdankt auch eine wichtige Schnittstelle der Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen und ihren polnischen Counterparts ihre Entstehung dem Partnerschaftsvertrag von 1991. Am 3. Juni 2016 begehen wir in Potsdam zusammen mit unseren polnischen Partnern das Jubiläumstreffen der Kommission, die unglaublich viel für die grenznahe und regionale Zusammenarbeit erreicht hat, und zwar sowohl Lösungen für allfällige Probleme im Grenzraum als auch einen Vorrat an Vertrauen und Verlässlichkeit.

Ich bin überzeugt: Diese Normalität zwischen Deutschland und Polen ist ein „Schatz“, den wir Deutsche hüten und pflegen und den wir niemals leichtfertig aufs Spiel setzen. Wir wollen gute Partner und Freunde sein. Hierzu gehört auch eine Entspannung im Umgang miteinander, die auf den bisher gemachten guten Erfahrungen beruht.

Wir sind bestrebt, die Sichtweisen unserer Nachbarn zu verstehen und zu respektieren. Seit der Regierungsbildung im November letzten Jahres haben die politischen Entscheidungsträger mit großer Selbstverständlichkeit beiderseits von Oder und Neiße neue Gesprächskanäle aufgebaut. Die Leitlinie der Bundesregierung „Mit Polen, nicht über Polen reden“ hat in den letzten Monaten zu einer hohen Dichte politischer Besuche und Gespräche zwischen Deutschland und Polen geführt. Dabei ist es auch beruhigend zu wissen, dass wir als EU-Partner nicht jede Meinungsverschiedenheit zu innenpolitischen Grundentscheidungen miteinander ausfechten müssen. Die Kontroll- und Aufsichtsbefugnisse, die wir der Europäischen



Foto: brandenburg.de

Kommission, aber auch Gremien des Europarats übertragen haben, haben auch insoweit eine wichtige Funktion für den Erhalt des Zusammenhalts in der Europäischen Union.

Vielfältige Aktivitäten im Jubiläumsjahr

Das Jubiläumsjahr **„25 Jahre gute Nachbarschaft“** hat diese Besuchs- und Gesprächsdichte noch weiter intensiviert: „So viel Polen wie heute war nie“. Treffen der Staatspräsidenten, Regierungskonsultationen, Bürgerfeste und viele kulturelle, zivilgesellschaftliche und politische Veranstaltungen finden aktuell statt. Die im Nachbarschaftsvertrag angelegte zivilgesellschaftliche deutsch-polnische Zusammenarbeit ist dabei das stabile Rückgrat unserer Beziehungen. Tausende Partnerschaften auf privater und institutioneller Basis mit mehr als 400 Städtepartnerschaften und unzähligen Regional-, Schul- und Universitätspartnerschaften sind das Fundament für sich immer weiter vertiefende Kontakte.

Ich selber sehe dem Antrittsbesuch des neuen polnischen Koordinators für grenznahe und regionale Zusammenarbeit, Jakob Skiba, Anfang Juni 2016 in Potsdam entgegen und werde ihn schon wenig später bei den deutsch-polnischen Regierungskonsultationen in Berlin wiedersehen. Bereits beim Spitzentreffen der Oderpartnerschaft Anfang Januar 2016 in Breslau habe ich den Innenstaatssekretär der neuen polnischen Regierung als einen Partner kennengelernt, dem die grenznahe und regionale Zusammenarbeit mit Deutschland wichtig ist. Ich bin mir daher sicher, die Zusammenarbeit wird ähnlich ertragreich und fruchtbar wie mit den bisherigen polnischen Koordinatoren Piotr Stachańczyk und dem 2015 verstorbenen Władysław Bartoszewski. Zu tun gibt

In regelmäßigem Rhythmus finden zwischen Deutschland und Polen Regierungskonsultationen statt, zuletzt im April 2015 in Warschau



Foto: brandenburg.de

Der Koordinator für die deutsch-polnische grenznahe und zwischen-gesellschaftliche Zusammenarbeit, Dietmar Woidke, traf am 12. Februar 2016 Polens neue Ministerpräsidentin Beata Szydło in Berlin

es noch genug. Dies hat zum Beispiel der Erste Deutsch-Polnische Bahngipfel gezeigt, den wir letzten September in Potsdam ausgerichtet haben und der einige konkrete Verbesserungen für die Bahnverbindungen zwischen beiden Ländern erreicht hat. Doch wir sollten uns darauf nicht ausruhen. Unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht mehr!

Wichtige Kommunal- und Regionalpartnerschaften

Lassen Sie mich die deutsch-polnischen Kommunal- und Regionalpartnerschaften würdigen. Sie sind elementare Bausteine für eine nachhaltige Kooperation beider Länder. Der Nachbarschaftsvertrag von 1991 fixierte erstmals so etwas wie die Zusammenarbeit zwischen Regionen über die Grenzen hinweg. In Artikel 12 heißt es: „Die Vertragsparteien messen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Regionen, Städten, Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften, insbesondere im grenznahen Bereich, hohe Bedeutung bei.“ Die Oderpartnerschaft, die ich zusammen mit den Ministerpräsidenten der grenznahen Bundesländer regelmäßig besuche, steht genau in dieser Tradition, die durch den Nachbarschaftsvertrag einst begründet wurde.

Kommunalpartnerschaften sind ein Herzstück der deutsch-polnischen Beziehungen. Mehr als 400 Städte, Landkreise und Gemeinden in Deutschland beteiligen sich bereits am deutsch-polnischen Partnerschaftsprogramm. Die Förderung von Kommunikation, Völkerverständigung, aber auch kultureller und wirtschaftlicher Austausch stehen dabei im Vordergrund. Kommunalpartnerschaften sind eine Bereicherung, sie vermitteln persönliche Kontakte und interkulturelle Kompetenz. Die daraus resultierenden Beziehungen der Menschen untereinander bilden ein Band, das niemand mehr trennen kann.

Als Polen-Koordinator begrüße ich alle Initiativen der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas und der kommunalen Spitzenverbände sowie anderer Akteure, die diese Partnerschaften im Jubiläumsjahr sichtbar machen, etwa durch deutsch-polnische Partnerschaftskonferenzen. Ich weiß, dass hierzu im Jubiläumsjahr einiges geplant ist. Dies wird uns Gelegenheit geben, die große Gemeinschaft der polnischstämmigen Menschen und der Auslandspolen in Deutschland zu würdigen für den unschätzbaren Beitrag, den sie für den Zusammenhalt und das Wohlergehen



Foto: brandenburg.de

unserer Gesellschaft leisten. Diese gelungene Integrationsleistung ist ein leuchtendes Vorbild.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich eine angenehme Lektüre dieses Heftes, das dem deutsch-polnischen Jubiläum gewidmet ist. Ich weiß aus zahlreichen Gesprächen: Viele von Ihnen empfinden die deutsch-polnische Freundschaft, so wie ich, als ein Geschenk. Nutzen Sie das 25. Jubiläumsjahr des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags, um zusammen mit Ihren Freunden aus Polen zu feiern. Auf allen Ebenen des gesellschaftlichen und kulturellen Zusammenlebens finden in Deutschland und Polen zahlreiche Veranstaltungen statt. Gehen Sie hin, machen Sie mit. Denn eins ist klar: Es gibt keinen Automatismus für immer bessere und engere Beziehungen. Wir müssen auch etwas dafür tun. Ich zähle auf Sie! ■

Bei ihrem ersten Bahngipfel am 11. September 2015 in Potsdam vereinbarten Deutschland und Polen, ihre Anstrengungen für leistungsfähige und schnelle Schienenverbindungen zwischen beiden Ländern zu verstärken

Infos

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 1. Juni 1991:

☞ <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/334466/publicationFile/3304/Nachbarschaftsvertrag.pdf>

Deutsch-polnischer Grenzvertrag vom 14. November 1990:

☞ <http://www.polen.diplo.de/contentblob/4070200/Daten/126387/vertraggrenze1990.pdf>

Jubiläums-Internetseite „25 Jahre gute Nachbarschaft“:

☞ <http://www.25pl.de>

Internetseite des Auswärtigen Amtes zu den deutsch-polnischen Beziehungen:

☞ <http://www.polen.diplo.de/Vertretung/polen/de/o7-politische-beziehungen/01-deutschland-polen/o-deutschland-polen.html>

Eine Bilanz zu 25 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag:

Eine Erfolgsgeschichte, die nicht zerredet werden kann

Die Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft in den letzten 25 Jahren stellt einen Ausnahmefall in den Beziehungen beider Länder der Neuzeit dar. Seit dem politischen Umbruch Ende der 1980er-Jahre haben Deutschland und Polen, ausgehend von gemeinsamen Grundwerten, nationale Interessenpolitik in einem durch die europäische Integration und die transatlantische Ausrichtung gesetzten Rahmen moderiert. Dabei gab es in den grundsätzlich guten Beziehungen zwischen Berlin und Warschau ein Auf und Ab, Interessendivergenzen und Streit. Es wird auch unter der nationalkonservativen PiS-Regierung keine vollständige Abkehr Polens von Deutschland geben.

Ein Beitrag von
Prof. Dr.
Dieter Bingen

Das Scharnier an der alten Grenze zwischen dem integrierten Westeuropa und dem souverän gewordenen, aber nichtintegrierten Ostmitteleuropa bildeten die bis an die Oder und Neiße ausgeweitete Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen. Nur durch Interessenkongruenz zumindest in den prinzipiellen Fragen europäischer Integration und durch Öffnung und Durchlässigkeit der Grenzen konnte der europäische Integrationsraum erweitert werden. Ohne deutsch-polnischen Ausgleich hätte bei der EU-Osterweiterung nichts geschehen können.

So wie ohne den deutsch-französischen Ausgleich die westeuropäische Integrationspolitik nicht hätte erfolgreich sein können, wäre ohne die Annäherung zwischen Polen und Deutschen die Westintegration Polens und der anderen ost- und mitteleuropäischen Demokratien von Anfang an gescheitert. Die sogenannte Rückkehr nach Europa konnte nur über und mit Deutschland als Hauptverbündetem erfolgen.

Der Vertrag als Ansage

Der [Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit](#) vom 17. Juni 1991



Foto: Gerd Praff/pixelio.de

Seit der Grenzöffnung ist es möglich, etwa mit dem Fahrrad von Ahlbeck in Deutschland nach Swinemünde in Polen zu fahren

bestimmt bis heute den politischen Rahmen für die Zusammenarbeit, auch wenn er mittlerweile in einigen Punkten übererfüllt, in anderen noch nicht erfüllt ist. Er enthält 38 Artikel und ist damit der umfangreichste bilaterale Freundschaftsvertrag, den die Bundesrepublik jemals abgeschlossen hat. Für die deutsche Seite stellten 1991 die Kapitel, die von den Minderheitenrechten für die Deutschen in Polen sprachen (Artikel 20 bis 22), und für die polnische Seite die deutsche Selbstverpflichtung, Polen den Weg in die europäische Integration zu ebnen (Artikel 8), die wichtigsten Bestimmungen dar, die beide Regierungen für eine möglichst breite politische parlamentarische Unterstützung benötigten.

Zum Autor:

Prof. Dr. Dieter Bingen ist Direktor des Deutschen Polen-Instituts.

So entwickelte sich das deutsch-polnische Verhältnis in den 1990er-Jahren vielfältig und intensiv. Auf den Partnerschaftsvertrag folgte eine größere Anzahl von bilateralen Abkommen, die von der Verbreiterung und Vertiefung der politischen und gesellschaftlichen Beziehungen Zeugnis ablegten, aber auch von dem großen Nachholbedarf bei der Schaffung einer stabilen Infrastruktur der Nachbarschaftsbeziehungen.

Leere nach gelungener NATO- und EU-Integration

Es war nur scheinbar paradox, dass sich mit dem Erfolg der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft in Europa“ – so bereits im Februar 1990 Außenminister Krzysztof Skubiszewski –, verstanden als Deutschlands Fürsprecherrolle für Polen auf dem Weg in die NATO und in die EU, zugleich ihre ursprüngliche Aufgabe erschöpft hatte. Die in den 1990er-Jahren unvermeidlich von Ungleichheit geprägte Partnerschaft mit Deutschland als Anwalt des Klienten Polen war plötzlich obsolet. Es herrschte Ideenlosigkeit, es gab keine gemeinsamen strategischen Ziele einer bilateralen Interessengemeinschaft nach dem NATO- und EU-Beitritt Polens.

Zudem ging nach dem allmählichen Abtreten der Generation, die den zweiten Weltkrieg bewusst miterlebt hatte, in beiden Ländern das in den vorangegangenen Jahrzehnten durch gegenseitige Aufmerksamkeit, Selbstverpflichtung, Empathie und Vernetzung Erreichte teilweise wieder verloren. Realpolitik ohne Visionen war Gift für die neue Nachbarschaft. Zudem war die polnische Freude über den EU-Beitritt am 1. Mai 2004 gerade durch Deutschland gedämpft worden, das gemeinsam mit Österreich durchgesetzt hatte, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für die neuen EU-Mitglieder um sieben Jahre bis 2011 hinauszögern zu dürfen. So ließ sich ein Einschnitt in den deutsch-polnischen politischen Beziehungen nicht erst mit dem Regierungsantritt der nationalkonservativen PiS im Herbst 2005 datieren.

Deutsch-polnische Streitpunkte

Ganz besonders beschäftigten deutsche und polnische Politikerinnen und Politiker sowie die Öffentlichkeit in beiden Ländern in der ersten Dekade des neuen Jahrtausends vier Themenkomplexe: der Irak-Konflikt, die europäische Verfassungsdebatte, die Debatte um ein Zentrum gegen Vertreibungen und die Nord Stream-Pipeline. Sie signalisierten eher

eine „Konfliktgemeinschaft“ als eine „Interessengemeinschaft“. Deren Wahrnehmung und Nutzung zur eigenen Profilschärfung auf Kosten des Nachbarn und Partners setzte Maßstäbe für die Einschätzung des seinerzeit aktuellen Standes und der Perspektiven der politischen Beziehungen.

Der Irak-Konflikt

Die deutsche und die polnische Regierung nahmen zum Irak-Konflikt und dem Krieg der von den USA geführten „Koalition der Willigen“ unterschiedliche Haltungen ein. Die betont transatlantische und pro-amerikanische Haltung der polnischen Regierung war auch Ausdruck eines Misstrauens gegenüber der deutschen und französischen Europa- und USA-Politik. Die unterschiedlichen Perspektiven, aus denen heraus das Verhalten des jeweiligen anderen Landes kommentiert wurde, trugen zu einer zeitweisen gegenseitigen Entfremdung bei.

Die Verfassungsdebatte

Die mehrjährige Diskussion über eine europäische Verfassung machte eindringlich klar, wie unterschiedlich Berlin und Warschau eigene Interessen definierten und die Interessen des Nachbarn wahrnahmen. Die polnische Haltung zur Stimmengewichtung in der EU der 25 war Ausdruck einer in der polnischen politischen Elite weitgehend ungebrochenen fixen Idee von den Attributen des souveränen Nationalstaats in der Ausprägung des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Das Zentrum gegen Vertreibungen

In der Auseinandersetzung um das ursprünglich von der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, in die Diskussion gebrachte Zentrum gegen Vertreibungen wurden die Erfahrungen und Chancen der deutsch-polnischen Annäherung nicht genutzt. Es kam stattdessen zu einem Rückfall in Denkmuster und Stereotype, die in beiden Ländern als überwunden gegolten hatten.

Die Nord Stream-Pipeline

Das von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Präsident Wladimir Putin forcierte Projekt einer Erdgasleitung (Nord Stream) durch die Ostsee wurde in Polen nicht nur als Verletzung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen, sondern auch als Verstoß gegen die geforderte gemeinsame EU-Energiepolitik verstanden. Die

Hinweis

Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine stark gekürzte und überarbeitete Version des Aufsatzes „25 Jahre deutsch-polnische Partnerschaft. Politische Freundschaft auf Bewährung“ von Prof. Dr. Dieter Bingen. Erschienen ist er in den „Polen-Analysen“ Nr. 180 vom 19. April 2016 des Deutschen Polen-Instituts, das im Internet unter der Adresse <http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen180.pdf> heruntergeladen werden kann.

grundsätzlichen Vorbehalte von polnischer Seite sind bis heute nicht gegenstandslos geworden.

Vom Kampf der Kulturen zu erneuerter Partnerschaft

Der Teil des „Solidarność“-Lagers, der sich seit 1989 als Verlierer in der politischen Machtverteilung gesehen hatte, war in den Parlamentswahlen 2005 erfolgreich. Bei dem innenpolitischen Kulturkampf in Polen und dem Versuch, eine IV. Republik aufzubauen, ging es nicht zuletzt um den Stellenwert der Geschichte und der Geschichtspolitik sowohl für die Innen- als auch für die Außenpolitik insbesondere gegenüber Deutschland und Russland. Tiefes Misstrauen gegenüber Deutschland und der Versuch, europäische Politik in Abgrenzung von dem westlichen Nachbarn zu betreiben, prägten das Klima zwischen Warschau und Berlin. Damit verschlechterte sich besonders in der Europapolitik und in den deutsch-polnischen Beziehungen die Position Polens merkbar. Bald stellte sich heraus, dass die PiS jedoch über kein eigenes konsistentes deutschland- und europapolitisches Programm verfügte.

Nach dem Regierungswechsel in Polen im Spätherbst 2007 war der Handlungsbedarf infolge der Stagnationsjahre in den bilateralen Beziehungen unter der von Ministerpräsident Jarosław Kaczyński geführten Regierung groß. Deutschland und Polen wollten bei allen Interessenunterschieden und asymmetrischen Potenzialen zur Fortentwicklung der EU-Russland-Beziehungen beitragen und ein Muster für europäische Solidarität und eine rationale gemeinsame Russlandpolitik abgeben. Das Gleiche traf auf die Östliche Partnerschaft mit der Ukraine, Moldawien und Georgien sowie auf die Beziehungen zum diktatorisch regierten Belarus zu.

2011 jährte sich die Unterzeichnung des Partnerschaftsvertrags zum 20. Mal und gab den Anlass zu einer [Gemeinsamen Erklärung der Regierungen](#) vom 21. Juni und ein umfassendes [Programm der Zusammenarbeit](#). Die ehrgeizig formulierte Agenda beschrieb in elf Kapiteln vor allem ein bilaterales Programm der weiteren Verdichtung und Verstetigung der bilateralen Beziehungen. Die elf Kapitel betrafen die Themen „Politischer Dialog“, „Regionale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit“, „Verkehr und Infrastruktur“, „Öffentliche Sicherheit“, „Zivilgesellschaft und Soziales“,

„Kultur“, „Bildung, Wissenschaft, Forschung und Entwicklung“, „Wirtschaft und Energie“, „Umweltschutz“, „Zusammenarbeit auf europäischer Ebene“ sowie „Sicherheit, Verteidigung und humanitäre Hilfe“. Die Agenda der deutsch-polnischen Beziehungen brachte zum Ausdruck, dass nicht alles Unerledigte im bilateralen Bereich an die EU abgegeben werden konnte. Im Gegenteil sollte das bilaterale Programm von der Basis her den Effekt haben, zur Implementierung des europäischen Gedankens und der institutionellen Infrastruktur der Union beizutragen.

Polen akzentuierte auf diese Weise, dass es Deutschland als seinen wichtigsten politischen Partner in der EU sah, mit dem es in vielerlei Hinsicht seine europapolitischen Ambitionen zu verwirklichen suchte. Deutschland öffnete ebenfalls ein neues Kapitel in seiner Geschichte, indem es Polen und Ost-



Foto: Gregor Helms / Wikimedia Commons

Im Jahr des 20-jährigen Bestehens des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages – hier ein Jubiläumspaket in Berlin – vereinbarten die beiden Regierungen 2011 ein umfassendes Programm für ihre Zusammenarbeit

mitteleuropa als Teil des europäischen Stabilitätskerns betrachtete. Die von Deutschland unterstützte Wahl von Ministerpräsident Donald Tusk zum EU-Ratspräsidenten unterstrich, dass Berlin dem Nachbarn das Potenzial zu einer Gestaltungsmacht in der EU zusprach. Der Optimismus und die Zuversicht, die aus den im Juni 2011 veröffentlichten Dokumenten sprach, standen im Kontrast zu den sich verschlechternden Rahmenbedingungen der europäischen Politik, der Finanz- und Staatsschuldenkrise und dem Europa umgebenden Krisenbogen von Nordafrika bis zum Nahen Osten, in die Deutschland wie Polen involviert waren.

Hilfreich für die weitere Stabilisierung der bilateralen Beziehungen war bei alledem, dass beide Regierungen die Ursachen der Schuldenkrise in gleicher Weise sahen. Polen und Deutschland befanden sich in der kleinen Gruppe von EU-Staaten, die ähnliche Rezepte zu deren Überwindung vorschlugen.

Mit seiner stabilitätsorientierten Finanzkultur galt Polen in den Kommentaren der seriösen Wirtschafts- und Finanzpresse als ein Land des neuen Nordens in der EU. In seiner Berliner Rede von 2011 forderte Außenminister Radosław Sikorski Deutschland auf, seine führende, nicht dominierende, Rolle im EU-Reformprozess wahrzunehmen und sicherte ihm die Unterstützung seines Landes zu, vorausgesetzt, dass Polen in die europäischen Entscheidungsprozesse einbezogen werde.

Neben dem strategischen Gleichklang gab es aber auch in dieser Phase zwischen den beiden Regierungen ernsthafte Interessensunterschiede, die nicht unter den Teppich gekehrt wurden. Dazu gehörten energiepolitische Prioritätensetzungen, die Klimapolitik und der EU-Finanzrahmen ab 2014.

Gerade in der Krisenperiode am Ende der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts hatte die Gestaltung der Agenda eine weit über das Bilaterale hinausweisende Stabilisierungsfunktion für eine gute Nachbarschaft der (Zivil-)Gesellschaften.

Im 25. Jahr des deutsch-polnischen Partnerschaftsvertrags sind zu dem seit längerem belastenden europäischen Krisentableau weitere gravierende politische Herausforderungen hinzugekommen. Dazu gehören die europäische Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik, der ungelöste Russland-Ukraine-Konflikt und das Verhältnis zu Russland, die ungelöste Schuldenkrise Griechenlands und der zeitweise drohende „Grexit“ sowie der mögliche „Brexit“, der die Desintegration des Vereinigten Königreichs und weiteren Separatismus in West- und Südeuropa auslösen kann.

Gerade in der Ukraine- und Russlandpolitik zeigte sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem neuen imperialen Anspruch Russlands, dem sogenannten Euro-Maidan 2014 und der Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine durch Russland eine bemerkenswerte Annäherung von Bewertungen und Handlungsoptionen seitens Berlins und Warschaws, und das, obwohl Polen an dem sogenannten Minsk-Prozess zur Konfliktregelung im Donbass nicht beteiligt wurde, weil keine der Konfliktparteien und keiner der Vermittler es ausdrücklich forderte. Diesen hohen Grad von Interessenkongruenz in Osteuropa hatte es in der Vergangenheit nicht gegeben. Man wird sagen können, dass die deutsche Position von allen größeren westeuropäischen Staaten diejenige ist, die der polnischen am nächsten kommt.

Neue Fragen nach der Elastizität der Partnerschaft

Aber nicht nur die EU befindet sich in einer multiplen Krisensituation. Seit dem Machtwechsel in Polen, der in die letzte Phase der 25-Jahre-Bilanz deutsch-polnischer Partnerschaft fällt, wurden die bereits früher in (national)konservativen Intellektuellenzirkeln formulierten Zweifel an dem Modell der liberalen Demokratie, dem westeuropäischen Kultur- und Zivilisationsmodell, an dem 1990 eingeschlagenen ökonomischen Entwicklungspfad und an der politischen Integration mit den westeuropäischen Demokratien zum Programm. Das bedeutet letztlich eine erhebliche Distanz zu Deutschland, das mehr in den rechten Medien, aber in moderaterer Form auch von der nationalkonservativen Regierung sogar als Gefahr für die europäisch-christliche Zivilisation beschrieben wird und nicht als ein bislang erfolgreiches Beispiel einer offenen Gesellschaft. Die Vordenker der „konservativen Revolution“ in Polen und die politischen Entscheidungsträger in Warschau formulieren so. Andererseits weiß man, dass Polen mit einem Deutschland, das auch von der PiS-Regierung als wichtigster wirtschaftlicher Partner bezeichnet wird, intensive Zusammenarbeit auf zahlreichen weiteren Feldern suchen muss – etwa in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Infrastruktur und Verkehr, Energie, Wissenschaft und Forschung, Verteidigungspolitik, Russland und die Ukraine. Also ganz ohne Deutschland geht es nicht.

Und Deutschland selbst? Der Politikanalytiker Kai-Olaf Lang schrieb in der Ausgabe der Publikationsreihe SWP-Aktuell der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) vom März 2016: „Gute deutsch-polnische Beziehungen sind für Deutschland ein Selbstzweck, denn sie sind auch nach einem Vierteljahrhundert fortschreitender Normalisierung immer noch ein Ausweis erfolgreicher deutscher Vertrauenspolitik und insbesondere eine bedeutende Stützstrebe in der politischen Architektur der EU.“ Fehlen jedoch die gemeinsame Wertegrundlage und der politische Wille, Verständigung und Partnerschaft mit dem Nachbarn als einen Wert an sich zu betrachten unter der Prämisse, dass individuelle sowie kollektive Freiheit(en) und Demokratie eines jeden einzelnen europäischen Staates erstens gewollt und seine Erhaltung im internationalen Staatensystem auf Dauer nur unter der Bedingung einer demokratisch legitimierten und zusätzliche Identität stiftenden EU erhalten

werden kann, fehlt die Überzeugung, dass die Überwindung der historischen Gegensätze und Feindschaften und die Einbeziehung der Perspektive des anderen in eigenes politisches Handeln die Voraussetzung für Frieden und geregelten Konflikt darstellt, dann wird es schwierig in Europa und schwierig in den deutsch-polnischen Beziehungen. Deshalb ist es in der soeben von Warschau eingeläuteten neuen Phase der deutsch-polnischen Beziehungen, sollen sie das bisher erreichte Niveau der Dichte und Tiefe beibehalten, unabdingbar, zu einem gemeinsamen Handeln fähig zu sein. Dies sollte damit beginnen, dass man sich wieder zusammensetzt, um gemeinsame Interessen im bilateralen Bereich zu definieren. Dazu könnte man die Agenda von 2011 kritisch „gegenbürsten“ und neue Felder der Zusammenarbeit entdecken und bearbeiten.

Trotz der These von einem Verlöschen der „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ und ihrer Ersetzung durch eine „Streitgemeinschaft“ existiert nach wie vor ein großes gemeinsames Interesse von Deutschen und Polen über weltanschauliche, kulturelle und ideologische Dissonanzen hinweg an einer starken EU, die zu einem gemeinsamen Handeln in Feldern fähig ist, die von allen Schlüsselstaaten der EU als wichtig definiert werden. Dazu gehören die Migrations- und Zuwanderungspolitik, die Russland- und Ukrainepolitik, die Sicherheitspolitik sowie die Diversifizierung in der Energiepolitik.

Schlussbemerkungen

2016 ist es so aktuell wie 1991: Der politische Wille zur Gemeinsamkeit ist die Grundlage für eine gelingende deutsch-polnische Partnerschaft und für gute Nachbarschaft. Die Gefahr liegt darin, dass Polen es angesichts tatsächlicher Interessenunterschiede in wichtigen Politikfeldern aufgibt, den Wert der Partnerschaft als solche anzuerkennen. Dabei liegt ein Hauptgrund für die andauernden Missverständnisse zwischen Deutschland und Polen über die vom Partner angeblich verratene Freundschaft darin, dass sich weder Deutschland noch Polen die ungeachtet der vielfältigen Asymmetrien tatsächlich bestehenden Analogien mit den deutsch-französischen Beziehungen nach 1949 wirklich bewusst machen.

Das westliche Deutschland und Frankreich waren über Jahrzehnte und noch nach dem Wendejahr 1989 zwei Pole bezüglich ihrer Interessen und ihrer Vorstellungen

von Europa. Aber gerade deshalb wurde die Kooperation zwischen Bonn/Berlin und Paris zum Motor der europäischen Integration und die Verständigung zwischen den beiden Regierungen die notwendige Bedingung für die Vertiefung der europäischen Integration.

Wer die gelegentlich auftretende Polarität von Deutschland und Polen in der EU nach 2004 erkennt, sollte eigentlich auf das deutsch-französische Muster setzen und den Kompromiss und Ausgleich zwischen Berlin und Warschau suchen, ohne den die Weiterentwicklung der EU scheitern muss. Da beiden, Deutschen und Polen, an der Zukunft der EU gelegen ist, sollte hier der „Interessengemeinschaft in Europa“ höchste Bedeutung zukommen. Diese Idee geht jedoch nicht von grundsätzlicher Harmonie als Ausgangspunkt der Politik aus. Sie sucht vielmehr auf der Grundlage der Gemeinsamkeit von Grundannahmen über den Umgang miteinander und über ein Einvernehmen bezüglich des Modus Operandi danach, die unterschiedlichen Teilinteressen im bilateralen und damit zugleich europäischen Interesse auszugleichen.

Es gibt keine politische Alternative zu einem integrierten Europa, die für die deutsche und die polnische Gesellschaft vorstellbar, vor allem aber lebenswert wäre, wenn sie sich denn an den gemeinsamen Werten orientieren. Dazu gehören eine liberale Demokratie, Wertepluralismus und Grundwertebundenheit sowie Achtung und Respekt gegenüber den Minderheiten unterschiedlicher Art – angefangen mit der parlamentarischen Minderheit. Deutschland und Polen waren, sind und bleiben Schlüsselländer für Erfolg oder Scheitern gesamt-europäischer Verständigung. ■

Infos

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 1. Juni 1991:

☞ <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/334466/publicationFile/3304/Nachbarschaftsvertrag.pdf>

Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vom 21. Juni 2011:

☞ <http://www.polen.diplo.de/contentblob/4070170/Daten/1384734/gemeinsameerklaerung.pdf>

Programm der Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vom 21. Juni 2011:

☞ http://archiv.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/_Anlagen/2011/06/2011-06-21-programm-deutsch-polnische-nachbarschaft.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Die Arbeit der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit:

Rund 15.000 Projekte in 25 Jahren gefördert

Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit fördert seit 25 Jahren das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen. Seitdem hat sie rund 15.000 Projekte unterstützt. Auch im Jahr des 25. Jubiläums der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen wird die Stiftung Mittel für gemeinsame deutsch-polnische Projekte verteilen – darunter aus speziellen Mitteln des Auswärtigen Amtes an Akteure der Zivilgesellschaft, die gemeinsame Jubiläumsprojekte realisieren und damit das Fundament der gegenseitigen Verständigung weiter stärken.

Ein Beitrag von
Christiane Brandau

Bereits zum 25. Mal jährt sich 2016 die Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen. Dies gibt Gelegenheit, Errungenschaften zu würdigen und die gemeinsame Gestaltung der Zukunft im vereinten Europa in den Blick zu nehmen. Ein erster offizieller Anlass dafür war das am 19. April 2016 durch die [Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit](#) im Auftrag der beiden Außenämter organisierte Deutsch-Polnische Forum in Warschau, das unter dem Motto „25 Jahre gute Nachbarschaft. Deutsch-Polnische Verantwortungsgemeinschaft“ stand. Rund 200 Entscheidungsträger, Meinungsbildner und Multiplikatoren aus Politik und Zivilgesellschaft in Deutschland und Polen nutzten das durch die Außenminister Witold Waszczykowski und Frank-Walter Steinmeier eröffnete Forum zum Austausch über bilaterale Fragen ebenso wie über den deutsch-polnischen Beitrag zu den großen europäischen Herausforderungen wie etwa der Flüchtlings-situation und des Krieges in der Ukraine.

25 Jahre Stiftungsarbeit

Für die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit war dieses Großereignis



Foto: Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit

gleichzeitig der operative Auftakt in ein Jahr, in dem auch die Stiftung selbst ihr 25-jähriges Bestehen feierlich begehen wird: Im Zuge der Transformation in Mittel- und Osteuropa waren die deutsche und die polnische Regierung übereingekommen, den „Jumbo-Kredit“, den die Bundesregierung der damaligen Volksrepublik Polen in den 1970er-Jahren gewährt hatte, nicht zurück in den deutschen Staatsschatz fließen zu lassen, sondern die ausstehenden Verpflichtungen in Höhe von 570 Millionen D-Mark in einen Fond zur Finanzierung deutsch-polnischer Projekte einzuzahlen.

Um diese Mittel zu verwalten, wurde 1991 die Stiftung für deutsch-polnische Zusam-

Das Deutsch-Polnische Forum brachte rund 200 Entscheidungsträger, Meinungsbildner und Multiplikatoren aus Politik und Zivilgesellschaft in Deutschland und Polen zusammen

Zur Autorin:

Christiane Brandau ist Leiterin des Berliner Büros der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit.



Beim 18. Deutsch-Polnischen Forum in Warschau trafen die Außenminister beider Länder, Dr. Frank-Walter Steinmeier und Dr. Witold Waszczykowski, auch Studierende, die den aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen diskutierten

menarbeit ins Leben gerufen. Ihr Ziel war es von Anfang an, die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen zu verbessern. Zunächst sollte sie als Verbrauchsstiftung tätig sein, bis ihre Mittel erschöpft sind. Gefördert wurden Vorhaben in Polen, darunter als Beitrag zur Versöhnung auch solche, die dem Wiederaufbau oder der Verbesserung der Infrastruktur dienen. Längst jedoch hat man erkannt, dass es auch mittel- und langfristige gute Argumente gibt, die deutsch-polnische Kooperation in Europa besonders zu fördern, und so wurden Satzung und Tätigkeitsbereiche der Stiftung sukzessive modernisiert. Heute wirtschaftet die Stiftung mit einem festen Stiftungskapital, und ihre Tätigkeit erstreckt sich gleichermaßen auf Deutschland wie auf Polen.

Förderung von Gemeinschaftsprojekten

Gefördert werden Gemeinschaftsprojekte deutscher und polnischer Institutionen aus den Bereichen Medien, Kultur, Bildung, Wissenschaft und Gesellschaft/Wirtschaft/Umwelt. Finanzielle Unterstützung erhielten seit Beginn der Stiftungstätigkeit bereits rund 15.000 Vorhaben, unter denen gerade zu Anfang auch Begegnungen im Rahmen von Städte- und Gemeindepartnerschaften eine hervorgehobene Rolle spielten. Auch heute können für thematisch zugeschnittene und in Ziel und Maßnahmen klar profilierte Projekte aus dem Bereich der Kommunalpartnerschaften Mittel bei der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit beantragt werden. Dazu gehören etwa Erfahrungsaustausche zur kommunalen Nutzung erneuerbarer Energien oder Begegnungen von städtischen Jugendtheatern, die Migrationserfahrungen gestern

und heute aus den Perspektiven der Familienbiographien kreativ aufarbeiten und dabei den Austausch zwischen jungen Polen und Deutschen stärken.

In ihrer operativen Tätigkeit richtet sich die Stiftung vor allem an Multiplikatoren: Sie bringt Medienmacher aus beiden Ländern zusammen, fördert den Dialog von Entscheidungsträgern, vernetzt „Think Tanks“ und beseitigt Lücken im Wissen über den Nachbarn und Partner. Dabei geht es stets auch darum, das Verständnis für beiderseitige Positionen in Fragen von aktueller politischer und gesellschaftspolitischer Bedeutung zu vertiefen, um so breite Kreise in einen offenen und konstruktiven, nicht durch wohlfeile Schlagworte oder unausgesprochene Vorannahmen verzerrten Dialog zu bringen.

Zu den Leuchtturmprojekten der Stiftung in diesem Bereich zählen die Deutsch-Polnischen Medientage, zu denen Mitte Mai 2016 in Leipzig rund 250 Journalisten, Medienmacher und Multiplikatoren zusammenkamen. Die mit der Robert Bosch Stiftung, dem Freistaat Sachsen und den übrigen Bundesländern und Woiwodschaften an der deutsch-polnischen Grenze organisierte Reihe stand in diesem Jahr unter dem Leitthema „Europa auf dem Scheideweg. Integration oder Abschottung“. Neben der Auseinandersetzung mit einem Oberthema geben die Medientage traditionell auch dem Austausch über Fachfragen der Medienbranche breiten Raum und tun darüber hinaus vor allem eines: Sie bauen und festigen Netzwerke zwischen deutschen und polnischen Medienschaffenden und honorieren qualitativ herausragende Arbeiten durch die Verleihung des Deutsch-Polnischen Tadeusz Mazowiecki-Journalistenpreises.

Programmlinie und Internetportal zum Jubiläum

Während die genannten Großveranstaltungen den Anspruch haben, die übergeordneten und nicht immer leichten Fragen anzugehen, nimmt auch das gemeinsame Feiern in der Stiftungstätigkeit in diesem Jahr gebührenden Raum ein. Deutsche und Polen haben seit Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrages zu einer Selbstverständlichkeit des Miteinanders gefunden, die von breiten Teilen beider Gesellschaften getragen wird und allergrößte Anerkennung verdient. Damit auch eine breite Öffentlichkeit in beiden Gesellschaften aktiv an der Gestaltung des Jubiläumjahres mitwirken können, hat die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Partnerschaft mit beiden Außenministerien zwei spezielle Initiativen ins Leben gerufen, die aus Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert werden.

Im Rahmen der noch bis Ende Juli 2016 geöffneten **Jubiläums-Programmlinie „25x25“** werden Mittel ausgeschrieben, die es Institutionen der Zivilgesellschaft aus beiden Ländern ermöglichen, den Jahrestag des Nachbarschaftsvertrags zum Anlass für ein gemeinsames Projekt zu nehmen. Auf diese Weise wird das Jubiläum in allen Regionen Deutschlands und Polens mit Leben gefüllt. Um gleichzeitig deutsch-polnischen Initiativen auch die gewünschte Sichtbarkeit zu verschaffen, wurde eine **Jubiläums-Internetseite** geschaltet. Herzstück ist ein interaktiver deutsch-polnischer



Im Warschauer Sitz der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit wurden Anfang 2016 die Internetpräsenz und das Logo anlässlich des 25-jährigen Bestehens des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages vorgestellt

Veranstaltungskalender, über den Initiativen beworben, Interessierten Informationen zugänglich gemacht und Ideen oder Partner für neue Kooperationen gefunden werden können.

Mag auch das Jubiläum unmittelbarer Anlass für die Einrichtung dieses Kalenders sein, so zeigt er doch vor allem, wie breit und vielfältig die Basis deutsch-polnischer Kooperationen ist. Dass diese Basis heute stabil und tragfähig ist, ist auch das Verdienst unzähliger Kommunalpartnerschaften und aller, die sich in diesem Kreis aus Überzeugung und mit Ideenreichtum für die Zusammenarbeit engagieren. All diese Akteure sind herzlich eingeladen, die Internetseite aktiv zu nutzen und ihre Arbeit auf dieser Plattform sichtbar zu machen. Es wäre das begrüßenswerteste und wichtigste Ergebnis der Seite, wenn sich der Kreis der Neugierigen, Begeisterten und Begeisterungsfähigen dies- und jenseits der Oder damit noch weiter vergrößerte. ■

Infos

Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit:

☞ <http://sdpz.org/>

Jubiläums-Programmlinie „25x25“:

☞ <http://www.25pl.de/jubiläumsschlusse.html>

Jubiläums-Internetseite „25 Jahre gute Nachbarschaft“:

☞ <http://www.25pl.de/>

Buchtipps

Die Deutschen und die Polen – Geschichte einer Nachbarschaft

Seit mehr als 1.000 Jahren sind Polen und Deutsche Nachbarn. Zur Sendereihe „Die Deutschen und die Polen“, die im Herbst 2016 auf 3Sat/ZDF ausgestrahlt wird, ist nun ein Begleitbuch erschienen, in dem die gemeinsame Geschichte beider Länder mit allen Höhen und Tiefen dokumentiert ist. Knapp und prägnant wirft das Buch etwa Schlaglichter auf die deutsch-polnischen Kontakte im Mittelalter, die Rolle des deutschsprachigen Danzigs als Handelszentrale im Ostseeraum, die aus den deutschen Ländern nach Polen gewanderten Juden, die sächsisch-polnische Union, die Massenwanderung von Polen in das Ruhrgebiet am Ende des 19. Jahrhunderts oder die deutsche Besatzung Polens während des zweiten Weltkrieges. Die Autoren sind dabei ausgewiesene Spezialisten für deutsch-polnische und jüdische Geschichte.

Das von Dieter Bingen, Hans-Jürgen Bömelburg, Andrzej Klamt und Peter Oliver Loew herausgegebene Buch „Die Deutschen und die Polen. Geschichte einer Nachbarschaft“ umfasst 192 Seiten sowie zahlreiche Abbildungen und Karten. Es kostet 19,95 Euro und kann direkt beim Theiss-Verlag (ISBN 978-3-8062-3295-0) im Internet bestellt werden.

Buch „Die Deutschen und die Polen. Geschichte einer Nachbarschaft“:

☞ <http://www.wbg-verlage.de/shop/de/wbv/deutsche-und-polen>



25-jähriges Bestehen des Deutsch-Polnischen Jugendwerks:

Reger Austausch zwischen Jugendlichen

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk blickt in diesem Jahr auf sein 25-jähriges Bestehen zurück. 1991 durch die Regierungen von Deutschland und Polen gegründet, fördert das Jugendwerk jährlich rund 3.000 deutsch-polnische Projekte – angefangen vom klassischen Schulaustausch über Treffen von Sportvereinen und Pfadfindergruppen bis hin zu gemeinsamen Chor- oder Orchesterprojekten.

Ein Beitrag von
Stephan Erb

Die Zahlen sprechen für sich: 2,7 Millionen Jugendliche aus Deutschland und Polen haben sich durch die Arbeit des **Deutsch-Polnischen Jugendwerks (DPJW)** in den vergangenen 25 Jahren kennengelernt. Das sind mehr als 70.000 Jugendbegegnungen, die das Jugendwerk seit seiner Gründung 1991 unterstützt hat. Doch hinter diesen Zahlen stecken persönliche Begegnungen, Erlebnisse, die die Jugendlichen beider Länder miteinander teilen, und Freundschaften, die über die Jahre gewachsen sind. Die vorhandenen Mittel in Höhe von rund 9,2 Millionen Euro reichen schon seit Jahren nicht aus, um alle beantragten Projekte ausreichend zu fördern. So wird auch 2016 wieder ein Jahr werden, in dem das Jugendwerk eine Warteliste für Projektanträge einrichten muss.

Deutsch-polnische Jugendbegegnungen sind heute so vielfältig wie die Interessen der Jugendlichen in beiden Ländern. Deshalb ist die finanzielle Förderung des DPJW nicht an bestimmte Themen, Veranstaltungsformen oder pädagogische Konzepte gebunden. Wichtig ist die authentische Begegnung, das gemeinsame Erleben, Lernen und Handeln. So können Jugendliche Unterschiede und Gemeinsamkeiten entdecken, Perspektiven wechseln, Fremdes und Eigenes respektieren und wertschätzen lernen. Deutsch-polnische Begegnungen bieten Gelegenheiten zum Engagement, zur Partizipation und zur Mitbestimmung. Sie machen Jugendlichen Mut und stärken sie in ihrer persönlichen Entwicklung.

Im Jubiläumsjahr soll auch gezeigt werden, was Jugendliche gemeinsam bewegen



Foto: Piotr Strojnowski / DPJW

können. Rund 80 Projekte machen mit bei der DPJW-Kampagne **„#2gether4more“** und planen während ihres Austausches eine gemeinnützige Aktion, die sie vor Ort umsetzen. Das kann eine Art Tanz-Flashmob sein oder eine Aufräumaktion auf einem Sportplatz. Was sie genau auf die Beine stellen, lässt sich im Internet anschauen.

Akzente verschoben

Ging es in den Anfangsjahren nach der DPJW-Gründung noch um ein vorsichtiges Entdecken bis dahin weitgehend unbekannter Welten, hat der deutsch-polnische Jugendaustausch nach 25 Jahren DPJW-Fördertätigkeit seine Exotik verloren. „Es ist hier gar nicht so schlimm, wie ich es mir vorgestellt hatte“, war noch zu Beginn der 1990er-Jahre ein oft gehörter Ausspruch von Jugendlichen, die am deutsch-polnischen Austausch teilnahmen.

Wenn sich heute die Jugendlichen bei ihren Projekten treffen, entdecken sie gemeinsame

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk führt seit 25 Jahren junge Menschen aus Deutschland und Polen zusammen

Zum Autor:

Stephan Erb ist Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerkes (DPJW) in Potsdam.



Foto: Tobiasz Tarczyński / DPJW

Bei DPJW-Fortbildungen kann man Methoden zur Gestaltung von Jugendbegegnungen kennenlernen und ausprobieren

Interessen – seien es Musik oder Mode, Freizeitgestaltung oder der Schulalltag. Zunehmend beschäftigen sie sich auch mit Themen, die sie direkt betreffen – wie Fragen der Berufsorientierung oder der nachhaltigen Entwicklung. Das Jugendwerk unterstützt diese Entwicklung gezielt, indem es regelmäßig neue Themenschwerpunkte auslobt und praxisnahe Fortbildungen und Publikationen für Organisatoren anbietet.

Über deutsch-polnischen Tellerrand hinaus

Deutsch-polnische Jugendbegegnungen dienen zunächst einmal dem Kennenlernen von Land und Leuten, der Begegnung und dem Austausch mit Gleichaltrigen aus dem anderen Land, der Erkundung von Gemeinsamkeiten und Unterschieden. In den letzten 25 Jahren haben sich die grenzüberschreitenden Partnerschaften von Schulen, Jugendverbänden, Sportvereinen und Bildungsstätten zu stabilen Netzwerken entwickelt und nachgewiesen, dass die dabei entstandene Verbundenheit auch zeitweiligen politischen Belastungen standhält.

In der Arbeit des Jugendwerks haben sich die Akzente in den vergangenen Jahren verschoben. Das DPJW will verstärkt Jugendliche für den deutsch-polnischen Austausch gewinnen, die bisher unterrepräsentiert sind. Mit Themen wie Berufsorientierung oder einem Modellprojekt zur Kooperation von Bildungsstätten und Förderschulen sind schon erfolgreiche Anfänge gemacht.

Neben dem bilateralen Gespräch über die gemeinsame Geschichte und Gegenwart wird auch immer häufiger der Blick über den deutsch-polnischen Tellerrand gewagt und die Partner erweitern ihren Austausch um eine Gruppe aus einem dritten Land. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk unterstützt die Öffnung der bilateralen Zusammenarbeit nach Kräften.

Das „Weimarer Dreieck“ zur Förderung der deutsch-französisch-polnischen Zusammenarbeit bietet schon seit vielen Jahren die Möglichkeit der trinationalen Jugendzusammenarbeit. Die Kommunal- und Regionalpartnerschaften spielen dabei eine wichtige Rolle. Im Jubiläumsjahr des DPJW und des Weimarer Dreiecks ist das Jugendwerk an zwei Leuchtturmprojekten beteiligt. So kamen unter dem Titel „Hatrick für Europa“ von März bis Mai 2016 in neun Turnieren fast 50 Mannschaften aus Polen, Frankreich und Deutschland zusammen. Dabei ging es um Fußball, genauer gesagt um Straßenfußball. Es ging aber auch um andere Themen, die Jugendliche beschäftigen, wie Freundschaft, Kultur, Fremdsprache, Sport und Migration.

Im zweiten Leuchtturmprojekt konnten sich junge Menschen aus Deutschland, Frankreich und Polen unter der Leitfrage „Wie weit reicht Europa“ am Wettbewerb [„Young Europeans Award“](#) – einer gemeinsamen Initiative von Allianz Kulturstiftung, Stiftung Hippocrène, Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit, Deutsch-Polnischem Jugendwerk und Deutsch-Französischem Jugendwerk – beteiligen. Ziel des Wettbewerbs ist die Förderung des Dialogs und des Austauschs zwischen Jugendlichen aus den drei großen Kulturlandschaften des Weimarer Dreiecks, die eine gemeinsame Geschichte und zugleich die Aufgabe verbindet, ein lebendiges Europa mitzugestalten. Als Gastland war 2015/2016 die Ukraine eingeladen.

Den „Young Europeans Award“ gewonnen hat das Projekt „The colourful face of Europe“ mit Schülerinnen und Schülern aus Berlin, Belèves, Jerzykowo und Melitopol. In ihrem Projekt beschäftigten sie sich mit der Situation von Migrantinnen und Migranten in Vergangenheit und Gegenwart. Sie recherchierten Migrationserfahrungen in den eigenen Familien und diskutierten über den

Begriff „Heimat“. Sie erlebten Migration als einen Bestandteil sowohl der europäischen Identität als auch ihrer eigenen Biographien. Die Jury fand das Projekt deshalb besonders preiswürdig, weil es jungen Menschen erlaubt, allgemeine Geschichte mit ihren ganz persönlichen Lebenserfahrungen zu verbinden.

Dass Europa nicht an der Ostgrenze der Europäischen Union endet, bestimmte schon seit vielen Jahren die Arbeit des DPJW. Angesichts der Ukraine-Krise hat die Unterstützung für trilaterale deutsch-polnisch-ukrainische Projekte seit 2014 noch einmal an Bedeutung zugenommen. Projekte mit der Ukraine zählen zu den Spitzenreitern unter den Drittlandprojekten, die das DPJW fördert. Rund 100 deutsch-polnisch-ukrainische Jugendbegegnungen wurden 2015 ermöglicht. Mit Hilfe von Fördermitteln des Auswärtigen Amtes für Projekte mit Ländern der Östlichen Partnerschaft kann das Jugendwerk 2016 erneut deutsch-polnisch-ukrainische Begegnungen auch in der Ukraine unterstützen.

Perspektiven für Austausch in Städtepartnerschaften

Bei der Vertiefung der deutsch-polnischen Jugendzusammenarbeit spielen die kommunalen Partnerschaften eine wichtige Rolle. Für das Deutsch-Polnische Jugendwerk bleiben sie auch künftig wichtige Ansprechpartner.

Häufig existieren schon Schulpartnerschaften und Kontakte zwischen Sportvereinen oder Feuerwehren der Partnerkommunen. Noch stärker könnten die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, die oftmals ohnehin in kommunaler Trägerschaft sind, in die Städtepartnerschaften einbezogen werden. So könnten auch Jugendliche erreicht werden, die sich nicht dauerhaft in einem Verein engagieren.

Jugendliche in der Berufsausbildung und in den Übergangsphasen von der Schule zum Beruf sind im deutsch-polnischen Jugendaustausch nicht so stark vertreten wie die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen. Dabei bietet gerade das Feld der beruflichen Orientierung und Bildung zahlreiche Anknüpfungspunkte. Wenn die lokale Wirtschaft eingebunden wird, könnten zum Beispiel verstärkt berufliche Praktika zwischen Betrieben in den Partnerstädten ermöglicht werden. Die jungen Leute würden davon ebenso profitieren wie die beteiligten Unternehmen und die örtlichen Berufs-

schulen. Berufspraktika können übrigens auch vom DPJW finanziell gefördert werden. Filmische Anregungen dafür finden sich auf dem [DPJW-Youtube-Kanal](#). In Arbeit ist eine Internetplattform zum Thema, damit die Zugänge für interessierte Berufsanfänger, Berufsschulen und Betriebe noch leichter werden.

Um die für die Städtepartnerschaften zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Verwaltungen aktiv zu unterstützen, hat das Deutsch-Polnische Jugendwerk im vergangenen Jahr ein Fortbildungsseminar unter dem Titel „Ratusz meets Rathaus“ organisiert. Teilnahmebedingung war, dass



Foto: Tobiasz Tanczyński / DPJW

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk will seine Angebote für neue Zielgruppen öffnen und spricht unter dem Titel „Ratusz meets Rathaus“ dabei auch verstärkt die Kommunen an

sich jeweils Tandems aus zwei Partnerstädten finden. In Arbeitsgruppen zu Grundlagen der Förderung durch das DPJW, zur Programmgestaltung oder zu gruppenspezifischen und interkulturellen Prozessen erwarben die Teilnehmenden das notwendige Handwerkszeug für den deutsch-polnischen Jugendaustausch. Ferner konnten bestehende Projektideen erweitert und neue Konzepte entwickelt werden. Die große Resonanz auf die Ausschreibung zeigt, dass es durchaus Bedarf nach Information, Beratung und Vernetzung gibt. Das DPJW will auch hier am Ball bleiben und würde sich über Mitstreiter aus den Städten, Landkreisen und Gemeinden freuen. ■

Infos

Deutsch-Polnisches Jugendwerk:

<http://www.dpjw.org/>

Kampagne „#2gether4more“:

<http://2gether4more.dpjw.org>

Wettbewerb „Young Europeans Award“

<http://www.young-europeans-award.org/de/start>

DPJW-Youtube-Kanal:

<https://www.youtube.com/user/DPJWPNNM>

Sitzung der deutschen Mitglieder des Deutsch-Polnischen Ausschusses:

Beziehungen auch in schwierigen Zeiten pflegen

Bei der konstituierenden Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) am 26. April 2016 in Köln stellten die neu benannten deutschen Mitglieder die Weichen für ihre zukünftige Arbeit. Neben der Wahl einer neuen Führungsspitze mit Landrat Stefan Löwl an der Spitze bekräftigten die Ausschussmitglieder ihren Willen, die Kontakte und die vielfältigen Partnerschaften und Kooperationsprojekte zwischen deutschen und polnischen Kommunen im Jubiläumsjahr zum 25-jährigen Bestehen des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages zu erhalten und weiter auszubauen.

Ein Beitrag von
Michael Schmitz

Die deutschen Mitglieder des **Deutsch-Polnischen Ausschusses** im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) trafen sich am 26. April 2016 in Köln. Nachdem die insgesamt 44 deutschen Mitglieder des Ausschusses durch die RGRE-Delegiertenversammlung im Oktober 2015 in Ettlingen gewählt worden waren, stand im Rahmen der konstituierenden Sitzung die Wahl des Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden an, zumal der langjährige Vorsitzende des Ausschusses, Tobias Kogge, im vergangenen Jahr ausgeschieden war. Die deutschen Mitglieder aus Städten, Landkreisen und Gemeinden wählten den Landrat des Landkreises Dachau, Stefan Löwl, einstimmig zu ihrem neuen Vorsitzenden. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Kerstin Seitz, Ratsmitglied der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover, Wolfgang Männer, Kreistagsvorsitzender des Main-Taunus-Kreises, und Günther Jochem, Stadtrat der Stadt Hanau, gewählt. Wolfgang Männer und Günther Jochem sind bereits seit 2013 als stellvertretende Vorsitzende im Ausschuss tätig.

Aufgabe des Deutsch-Polnischen Ausschusses im RGRE ist es, die Zusammenarbeit der deutschen und polnischen



Foto: Barbara Baltisch

Der Deutsch-Polnische Ausschuss wird auf deutscher Seite angeführt von seinem neuen Vorsitzenden Stefan Löwl (2. v. rechts), sowie den stellvertretenden Vorsitzenden Kerstin Seitz (2. v. links), Wolfgang Männer (links) und Günther Jochem (rechts)

Kommunalverbände zu koordinieren, kommunale Themen von bilateralem Interesse aufzugreifen und das Präsidium des RGRE zu beraten. Gebildet wurde der Deutsch-Polnische Ausschuss 1995 auf Grundlage des Zusammenarbeitsvertrages zwischen der Deutschen Sektion des RGRE und dem polnischen Städteverband (ZMP). Im Jahr 2014 wurde die Vereinbarung um den Polnischen Landkreisverband (ZPP) erweitert. Die erste gemeinsame Sitzung mit den polnischen Mitgliedern ist für das zweite Halbjahr 2016 in Polen vorgesehen.

Zum Autor:

Michael Schmitz ist Referent im Europabüro des Deutschen Landkreistages (DLT) und Koordinator des Deutsch-Polnischen Ausschusses in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Sitzung im Zeichen des Jubiläums

Die Zusammenkunft in Köln fand im Rahmen des Jubiläums zum 25-jährigen Bestehen des [Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages](#) statt. Der am 17. Juni 1991 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen geschlossene Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit markiert einen Abschluss und einen Neuanfang. Er beendet einen Zeitabschnitt, in dem Grundsatzfragen zwischen beiden Völkern umstritten waren, und setzt auf einer neuen Grundlage den Rahmen für eine umfassende und intensive Zusammenarbeit.

Zur Planung im Jubiläumsjahr berichteten die Ausschussmitglieder von einer Reihe dezentraler Veranstaltungen, die Kommunen oder kommunale Partnerschaften gemeinsam vor Ort durchführen. Derzeit gibt es auf kommunaler Ebene mehr als 1.400 Partnerschaften und Kooperationen zwischen Deutschland und Polen. Vom 17. bis 26. November 2016 findet etwa in Greifswald das Kulturfestival [„polenmARkt“](#) statt. Diese polnischen Kulturtag entstanden 1997 in Greifswald als Studenteninitiative und werden seitdem in Form eines zehntägigen Festivals jährlich im November fortgesetzt. Die Partnerschaft zwischen Münster und Lublin feiert in diesem Jubiläumsjahr das eigene 25-jährige Bestehen mit einer Reihe von Veranstaltungen. Ein neues Projekt besteht seit knapp einem Jahr zwischen den Landkreisen Dachau und Oświęcim. Am 8. August 2015 wurde von den beiden Landräten eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet, die eine vielfältige, grenzüberschreitende Zusammenarbeit der beiden Kommunen unter anderem in den Bereichen Jugend, Kultur und Bildung ermöglichen soll.

Um auch einen Blick über den kommunalen Tellerrand zu ermöglichen, berichtete der stellvertretende Vorsitzende der Parlamentariergruppe Polen-Deutschland des Landtages Nordrhein-Westfalen, Josef Neumann, auf der Sitzung über seine Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit den polnischen Kolleginnen und Kollegen und erläuterte, wie sich die Bestrebungen zum weiteren Ausbau der Kooperation seit dem Regierungswechsel in Polen verändert haben. Er ist der Ansicht, dass die partnerschaftlichen Beziehungen erhalten und ausgebaut werden sollten – auch und gerade in Zeiten, in denen die Beziehungen zwischen den nationalen Regierungen erheblich unter Druck stehen. Dabei



Foto: Barbara Baltisch

sollten die regionalen und kommunalen Maßnahmen ineinandergreifen und sich so gegenseitig ergänzen. Gerade die kommunalen Projekte bieten seiner Ansicht nach eine große Bürgernähe, die langfristig in der Zivilgesellschaft zu einer weiteren Annäherung führen könne.

Themen für zukünftige Zusammenarbeit

Im Rahmen der weiteren Beratungen des Ausschusses wurde deutlich, dass eine Vielzahl von Themen für die Mitglieder in ihrer Kooperation mit den polnischen Partnern von Interesse und Relevanz sind. So spielt bei vielen beteiligten Partnern die sprachliche Bildung eine wesentliche Rolle. Obwohl das Interesse an Jugend- oder auch Austauschprojekten groß ist, hält die fehlende Kenntnis der jeweils anderen Sprache viele Bürgerinnen und Bürger immer noch von der Teilnahme ab. Ein weiteres, wichtiges Thema ist der Ausbau von Kooperationen im Bereich der Ausbildung im Gesundheitsbereich. Die Mitglieder sprachen sich übereinstimmend dafür aus, über Konzepte beraten zu wollen, die nicht eine einseitige Migration von Arbeitskräften befördern, sondern in beiden Staaten langfristig Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen könne.

Daneben spielt in Polen wie in Deutschland der demographische Wandel eine große Rolle. Nach Aussagen von Josef Neumann gehen auch in Polen die Geburtenzahlen deutlich zurück, was zu einer starken Verunsicherung in der Bevölkerung und zu erheblichen Problemen für Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum, führe. Auch dieses Thema soll bei den künftigen Sitzungen zwischen den polnischen und deutschen Vertreterinnen und Vertretern besprochen werden, um

Zahlreiche der neu benannten deutschen Mitglieder waren zur konstituierenden Sitzung des Deutsch-Polnischen Ausschusses nach Köln gekommen

die Erarbeitung von Lösungsansätzen zu ermöglichen.

Die im Rahmen der Sitzung gemachten Ausführungen machten deutlich, dass auch weiterhin eine enge Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zwischen Deutschland und Polen erforderlich bleibt. Der Ausschuss wird daher künftig verstärkt die Vermittlung von Partnerschaften und Kooperationen unterstützen, um auch den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort unmittelbare Begegnungen und Erfahrungen mit den polnischen Partnern zu ermöglichen. Solche Partnerschaften bieten neben politischen und wirtschaftlichen Kooperationen regelmäßig auch Gelegenheit zum Aufbau von grenzüberschreitenden Freundschaften zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen. Dies ist ein Aspekt, der vielfach unterschätzt wird.

Mitarbeit in der Deutsch-Polnischen Regierungskommission

Auch in der deutsch-polnischen Außenpolitik spielen die kommunalen Partnerschaften eine wesentliche Rolle. Seit etwa zwei Jahren werden Vertreterinnen und Vertreter des Deutsch-Polnischen Ausschusses vom Auswärtigen Amt zu den Sitzungen der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit und ihrer Ausschüsse eingeladen. Die Regierungskommission wurde auf Grundlage des Artikels 12 des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 gegründet und trat erstmals 1991 zusammen. Ihre Sitzungen finden einmal jährlich unter deutschem und polnischem Ko-Vorsitz statt. Aufgabe der Regierungskommission ist es, die Kontakte und die Zusammenarbeit zwischen regionalen, kommunalen und sonstigen Institutionen zu pflegen und weiterführende Initiativen anzuregen.

Durch die Mitwirkung der kommunalen Vertreterinnen und Vertreter konnten in der Vergangenheit den Botschaftern und den zuständigen Ministern und Staatssekretären konkrete Erfahrungen bei der kommunalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vermittelt werden. Die Ausführungen der Vertreterinnen und Vertreter des Deutsch-Polnischen Ausschusses fließen zudem auch in konkrete Handlungsempfehlungen der Regierungskommission ein, die bei den jeweils anstehenden Beratungen im Rahmen

der regelmäßigen bilateralen Regierungskonsultationen berücksichtigt werden.

In diesem Jahr findet die Sitzung der Deutsch-Polnischen Regierungskommission in Potsdam statt. Dabei soll insbesondere über die geplanten Veranstaltungen im Jubiläumsjahr berichtet werden. Es ist sehr erfreulich, dass das Auswärtige Amt gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden für Ende dieses Jahres eine große Veranstaltung plant, bei der die kommunalen Partnerschaften zwischen Deutschland und Polen vorgestellt und gewürdigt werden sollen. Zu begrüßen ist auch, dass der Deutsch-Polnische Ausschuss nach Aussagen von Vertretern des Auswärtigen Amtes weiterhin umfassend in die Beratungen der Deutsch-Polnischen Regierungskommission eingebunden wird.

All dies macht deutlich, dass die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zwischen Deutschland und Polen immer noch sehr gut funktioniert. Um die Vielzahl der Kooperationen auf Ebene der Kommunen, Länder und auch der nationalen Regierungen zu erhalten und idealerweise zu erweitern, sind auf beiden Seiten jedoch weiterhin erhebliche Anstrengungen erforderlich. Die Erfahrungen im Deutsch-Polnischen Ausschuss und der Deutsch-Polnischen Regierungskommission zeigen aber, dass die Vertreterinnen und Vertreter beider Länder an einer engen Partnerschaft interessiert und zu einer verstärkten Kooperation bereit sind. 25 Jahre nach Unterzeichnung des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages wird deutlich, wie sehr dieses Übereinkommen die Freundschaften und Partnerschaften zwischen den beiden Staaten geformt und unterstützt hat. Dies ist umso mehr ein Grund, in diesem Jahr auch auf kommunaler Ebene die gute Zusammenarbeit zu feiern. ■

Infos

Deutsch-Polnischer Ausschuss des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

☞ http://www.rgre.de/ausschuss_dpa.html

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit:

☞ <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/334466/publicationFile/3304/Nachbarschaftsvertrag.pdf>

Polnisches Kulturfestival „polenmARKT“ in Greifswald:

☞ <http://www.polenmarkt-festival.de/pmf/index.php>

25 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Münster und Lublin:

Partner mit vielen Gemeinsamkeiten

Münster und Lublin sind seit 25 Jahren verschwistert. Garant für die aktive Städtepartnerschaft sind die vielen Freundschaften zwischen Menschen, Vereinen, Chören, Schulen und Kirchengemeinden, die durch die Partnerschaftsvereine in beiden Städten intensiv gepflegt werden. Daneben findet auch auf Verwaltungsebene ein regelmäßiger Austausch statt. So haben die Partnerstädte bereits zahlreiche europäisch geförderte Projekte realisiert. Die Koordination erfolgt über das Büro für Internationales im Amt für Bürger- und Ratservice der Stadt Münster.

Ein Beitrag von
Jürgen Kupferschmidt

Am 30. November 1991 unterzeichneten die damaligen Stadtspitzen aus [Münster](#) und [Lublin](#) die Städtepartnerschaftsurkunde. Mit der Unterzeichnung der Urkunde wurde eine Beziehung, die auf bürgerschaftlicher Ebene bereits seit Anfang der 1970er-Jahre insbesondere zwischen den Universitäten gelebt wurde, offiziell besiegelt. In der Partnerschaftsurkunde heißt es unter anderem, dass bürgerschaftliche, selbst organisierte private Kontakte und Beziehungen in den Mittelpunkt dieser Städtepartnerschaft gestellt werden sollen. In diesem Sinne gründete sich als eine der ersten Aktionen in Münster im Jahr 1992 der [Förderverein Münster-Lublin](#), um die städtepartnerschaftlichen Kontakte auf eine breite bürgerschaftliche Basis zu stellen. Auch in Lublin schlossen sich später Bürgerinnen und Bürger zusammen, um sich für die Städtepartnerschaft zu engagieren.

Die „Bürger-Städtepartnerschaft“ Münster-Lublin, wie sie bis heute bezeichnet wird, entwickelte sich schnell zu einer lebendigen und vielseitigen Beziehung. Dies ist unter anderem auch auf die strukturelle Ähnlichkeit der Partnerstädte zurückzuführen. Beide Städte blicken auf eine jahrhundertalte Geschichte zurück und sind Oberzentren in einer eher ländlich geprägten Region. Sowohl Münster als auch Lublin sind Universitätsstädte mit einer jungen Bevölkerung und einem großen

kulturellen Angebot. Damit ergeben sich vielfältige Möglichkeiten, sich untereinander auszutauschen und gemeinsame Projekte durchzuführen.

Vereine, Schulen, Chöre, Kirchengemeinden: Zwischen vielen Gruppierungen bestehen zum Teil jahrelange Verbindungen. Der Förderverein Münster-Lublin bietet regelmäßig Bürgereisen von und nach Lublin an, um Menschen beider Städte persönliche Einblicke in das Leben der jeweiligen Partnerstadt zu ermöglichen. Ergänzt wird dieses Angebot durch vielfältige Projekte, Informations- und Diskussionsabende sowie kulturelle Veranstaltungen mit Künstlerinnen und Künstlern aus Lublin und Münster. In den letzten 25 Jahren sind auf diese Weise viele Freundschaften geschlossen worden.

Mit dem Beitritt Polens zur Europäischen Union im Jahr 2004 ergaben sich neue Handlungsfelder für die Städtepartnerschaft von Münster und Lublin. Europabezogene Projekte werden, zum Teil mit finanzieller Unterstützung durch die Europäische Union, vom Verein, aber insbesondere auch von beiden Verwaltungen gemeinsam mit weiteren europäischen Partnern entwickelt und umgesetzt. Dabei bilden Münster und Lublin inzwischen ein echtes Team. Beide entwickeln unabhängig voneinander Projektideen, integrieren die jeweilige Partnerstadt frühzeitig in die konkrete Planung und unterstützen sich gegen-



Foto: Presseamt Stadt Münster

Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe (links), der stellvertretende Stadtpräsident aus Lublin, Krzysztof Komorski, sowie die stellvertretende Ratsvorsitzende, Marta Wcisło, trugen sich in das Goldene Buch der Stadt Münster ein

Zum Autor:

Jürgen Kupferschmidt ist Europabeauftragter und Leiter des Amtes für Bürger- und Ratservice der Stadt Münster.

seitig bei der Beantragung von EU-Fördermitteln. Auch die Einbindung der jeweiligen Partnerstadt in Projekte Dritter wird regelmäßig angestrebt. Auf diese Weise konnten bereits viele Projektideen umgesetzt werden.

Beispiele für gemeinsame Projekte

Jugendliche aus Münster nahmen an Workshops zum Themenfeld „Europa“ in Lublin teil. Kinder aus beiden Städten beteiligten sich an einem EU-Malwettbewerb und stellten ihre jeweiligen Städte kreativ vor. Für beide Projekte hatte Lublin EU-Fördermittel erhalten. Münster nahm als Partner an dem Projekt teil.

Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter aus Lublin, Münster und weiteren Lubliner Partnerstädten tauschten sich im Rahmen mehrerer Konferenzen über die Themen „Kommunale Selbstverwaltung, Bürgerservice, Tourismus, Fahrradverkehr, Stadtentwicklung und Internationales“ aus. Lublin hatte für dieses mehrstufige Projekt EU-Fördermittel erhalten und Münster als Projektpartner eingebunden.

2015 fand in Münster eine internationale Chorbegegnung mit Chören aus Lublin und weiteren [Partnerstädten Münsters](#) zum Thema „Vom zerstrittenen Kontinent zum geeinten Europa“ statt. Ein EU-Antrag der Stadt Münster wurde leider abgelehnt, das Projekt konnte aber mit Drittmitteln durchgeführt werden.

Ein Vertreter aus Lublin nahm in diesem Jahr am Mobilityforum von Eurocities in Münster teil, um gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern anderer europäischer Großstädte über die Herausforderung eines begrenzten innerstädtischen Raumes zu diskutieren und Lösungen für eine zukunftsweisende Stadtplanung, insbesondere durch die Stärkung des Radverkehrs, zu suchen. Das Projekt wurde über das Städtenetzwerk Eurocities, dem sowohl Münster als auch Lublin angehören, organisiert und zum Teil finanziert.

Lublin und Münster haben gemeinsam mit der Universität Warschau EU-Fördermittel für das Projekt „Ausbildungswege für Angestellte in lokalen und kommunalen Organisationen“ beantragt. Geplant ist unter anderem, dass Mitarbeiter der Lubliner Stadtverwaltung in Münster hospitieren, um auf diese Weise Einblick in die hiesige Arbeitsweise zu erhalten. Eine Entscheidung über den EU-Antrag wird in Kürze erwartet.

Im Oktober 2016 ist in Münster ein Work-

shop zum Thema „Europäisches Kulturerbesiegel“ geplant, mit dem beide Städte im letzten Jahr von der Europäischen Kommission ausgezeichnet wurden. Schülerinnen und Schüler sowie Erwachsene aus beiden Städten werden gemeinsam über die historischen Hintergründe der Auszeichnungen sowie die Bedeutung eines vereinten, friedlichen Europas für Polen und Deutschland diskutieren. Münster hat für dieses Projekt EU-Mittel beantragt, eine Entscheidung steht noch aus.

Im November 2016 werden sich inklusive Tanzgruppen aus Münster und den Partnerstädten, darunter auch Lublin, in Münster treffen, um gemeinsam zu tanzen und sich über „Inklusion im Sportbereich“ auszutauschen. Auch für dieses Projekt hat die Stadt Münster EU-Mittel beantragt.

Diese Auswahl von Projektbeispielen zeigt die vielfältigen Möglichkeiten auf, die ein gemeinsames Handeln im europäischen Kontext bieten. Auch in Zukunft planen Lublin und Münster eine enge Zusammenarbeit, um voneinander zu lernen und gemeinsam für ein friedliches Europa einzustehen.

In seiner Rede im Rahmen der offiziellen Feierlichkeiten in Münster aus Anlass des 25-jährigen Bestehens der Städtepartnerschaft von Münster und Lublin im Frühjahr 2016 betonte Münsters Oberbürgermeister Markus Lewe daher auch, dass gerade in schwierigen politischen Zeiten Städtepartnerschaften, wie sie zwischen Münster und Lublin bestehen, ein Garant dafür sind, dass trotz unterschiedlicher Meinungen auf der politischen Weltbühne der Dialog zwischen den Menschen nicht abreißt. „Städtepartnerschaften“, so Lewe, „leisten einen wichtigen Beitrag dazu, dass die Bürgerinnen und Bürger den jeweils anderen als Freund – als einen Menschen mit den gleichen Sorgen und Freuden – wahrnehmen. Dies ist das Fundament für eine friedliche Welt.“

In diesem Sinne werden die Städte Münster und Lublin ihr Ziel, in einem gemeinsamen Europa noch näher zusammen zu rücken und an gemeinsamen Idealen zu arbeiten, weiterverfolgen. Die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltungen beider Städte werden sich weiterhin intensiv für die Städtepartnerschaft engagieren, um das bereits bestehende stabile und belastbare Netzwerk von privaten, institutionellen und bürgerschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln. Münster und Lublin sind sich sicher, dass die Städtepartnerschaft weiter wachsen wird und hoffnungsvoll in die Zukunft blicken kann. ■



Foto: Presseamt Münster

Die polnische Stadt Lublin – hier der Lubliner Dom – hat viele Gemeinsamkeiten mit Münster

Infos

Stadt Münster:

☞ <http://www.muenster.de/>

Städtepartnerschaften der Stadt Münster:

☞ <http://www.stadt-muenster.de/international/staedtepartnerschaften.html>

Förderverein Münster-Lublin e.V.:

☞ <http://www.muenster.org/muenster-lublin/>

Stadt Lublin:

☞ <http://www.lublin.eu/>

Kommunalpartnerschaften des Landkreises Görlitz in Polen:

Austausch und Projektarbeit über die Neiße hinweg

Der Landkreis Görlitz, entstanden am 1. August 2008 aus dem ehemaligen Niederschlesischen Oberlausitzkreis, dem Landkreis Löbau-Zittau und der bis dahin kreisfreien Stadt Görlitz, hat die Verbindungen seiner Vorgänger übernommen. Er unterhält gleich drei Kommunalpartnerschaften in Polen: mit dem Kreis Lubañ, dem Kreis Żary und dem Kreis Zgorzelec. Die Partnerschaften und gemeinsamen EU-Projekte zwischen dem Landkreis Görlitz und seinen polnischen Partnern lassen das Dreiländereck Deutschland-Polen-Tschechien nach Jahrzehnten der Teilung wieder zusammenwachsen.

Ein Beitrag von
Bernd Lange

Als verbindendes Band zieht sich die Neiße südlich von Zittau bis in den Norden nach Bad Muskau durch den [Landkreis Görlitz](#) und baut gleichzeitig die Brücke zu den polnischen Partnerlandkreisen Zgorzelec und Żary. Insgesamt 123 Kilometer beträgt die nationale Außengrenze zu Polen. Hinzu kommen 65 Kilometer Staatsgrenze zur Tschechischen Republik. Dies stellt die Region im Herzen Europas vor Herausforderungen und bietet ihr zugleich große Chancen.

In den vergangenen 25 Jahren wurde die Wichtigkeit der Zusammenarbeit über die Ländergrenzen erkannt und die Euroregion Neisse-Nisa-Nysa ins Leben gerufen. Viel wurde seitdem erreicht, etwa bei den gemeinsamen Themen Umweltschutz und Tourismus. So ist das einstige vom Braunkohletagebau und der Braunkohle-Verstromung geprägte „Schwarze Dreieck“ wieder zu einer attraktiven Landschaft geworden.

In Folge der sächsischen Kreisgebiets- und Funktionalreform entstand am 1. August 2008 aus dem ehemaligen Niederschlesischen Oberlausitzkreis, dem Landkreis Löbau-Zittau und der bis dahin kreisfreien Stadt Görlitz der Landkreis Görlitz. Im Jahr 2000 schloss der Niederschlesische Oberlausitzkreis Partnerschaftsverträge mit den polnischen Nachbarlandkreisen Zgorzelec und Żary. Der Land-



Foto: Landratsamt Görlitz

Die Altstadtbrücke zwischen Görlitz und Zgorzelec gilt als Symbol für die deutsch-polnische Freundschaft

kreis Löbau-Zittau ging eine Partnerschaft mit dem Landkreis Lubañ ein. Diese drei Verbindungen werden durch den Landkreis Görlitz fortgeführt.

Zahlreiche Projekte in den Bereichen Tourismus, Sport und Wirtschaft ermöglichen ein Kennenlernen und führen die Menschen in der Grenzregion zusammen. Durch die Vereine aber auch persönliche Freundschaften wird der Austausch über die Neiße hinweg aktiv gestaltet. Die Verwaltungen der Landkreise beraten und unterstützen sich bei kommunalen Aufgaben, insbesondere im Bereich Bildung, Kultur und Tourismus, sowie bei der Wirtschaftsförderung.

Zum Autor:

Bernd Lange ist Landrat des Landkreises Görlitz und Präsident der Euroregion Neisse e.V.

Das Projekt „Abenteuer Neiße“

Die Neiße verbindet die deutschen und polnischen Nachbarn. Zur touristischen Nutzung des Grenzflusses wurde das Projekt **„Abenteuer Neiße“** im Jahr 2009 gemeinsam vom Landkreis Görlitz, dem Landkreis Żary und der Gemeinde Zgorzelec initiiert und umgesetzt. 2011 erfolgte die Förderung im Rahmen des Operationellen Programms der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Sachsen und Polen für die Jahre 2007 bis 2013.

Der Investitionsbedarf in die grenzüberschreitende touristische Infrastruktur war groß. Daher entschied man sich kurz danach für einen Folgeantrag für die zweite Phase des Projektes unter Federführung des Landkreises Görlitz mit vier Partnern: der Gemeinde Pieńsk, der Kulturinsel Einsiedel e.V., dem Landkreis Zgorzelec sowie der Stadt Zgorzelec. Als weiterer Partner beteiligte sich die Stadt Bad Muskau.

Hauptziel des Projektes ist die Verbesserung der Qualität und Quantität der touristischen Infrastruktur auf beiden Seiten der Neiße. Die Lausitzer Neiße als Grenzfluss teilte Jahre lang Deutschland und Polen. Das Projekt stellt den Fluss in den Mittelpunkt und macht ihn zum Bindeglied der touristischen Entwicklung diesseits und jenseits der Neiße. Im Rahmen des Projektes wurden unter anderem Ein- und Ausstiegstellen für Wassersportlerinnen und -sportler entlang des Flusses eingerichtet sowie ein mobiler Steg in Zentendorf und ein touristisches Zentrum in Radomierzycze gebaut. Außerdem entstanden Radwege mit begleitender Infrastruktur, wie Infotafeln und Rastplätzen. Darüber hinaus wurden Wander-, Reit- und Nordic-Walking-Wege markiert. Das Projekt beinhaltet ebenfalls umfassende Marketingmaßnahmen und ermöglicht, was noch vor Jahren unmöglich erschien: den gemeinsamen, grenzüberschreitenden Tourismus.

Aufgrund des Erfolges entschieden sich alle Partner zur Fortführung der Zusammenarbeit und beantragten in diesem Jahr im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen für die Jahre 2014 bis 2020 eine Förderung des Projektes „Abenteuer Neiße“. Gemeinsam arbeiten die Gemeinde Zgorzelec, der Landkreis Görlitz, die Gemeinde Krauschwitz, der Kulturinsel Einsiedel e.V., der Landkreis Żary, die Gemeinde Łęknica, die Stadt Zgorzelec, die Gemeinde Pieńsk und das Forstamt Lipinki am touristischen Ausbau der Neiße weiter.



Foto: Landratsamt Görlitz

Das Netzwerk Gartenkulturpfad

Die gemeinsame Bewahrung, Förderung und Vernetzung des überaus reichhaltigen gartenkünstlerischen Erbes entlang der Neiße steckt hinter der Idee des **Netzwerkes Gartenkulturpfad** beiderseits der Neiße, welches seit mehr als zehn Jahren in der Region Niederschlesien-Oberlausitz wächst. Alles begann mit der Initiative „Grüne Oberlausitz“. Dabei trafen Akteure der Oberlausitz zusammen, um die gartenkulturellen und touristischen Potenziale der Region besser zur erschließen. In dieser Phase wurden die polnischen Partner für die gemeinsame Idee gewonnen. Die Trägerschaft übernahm 2004 der Förderverein „Fürst-Pückler-Region e.V.“. Er verband sie mit der Idee der Gartenkulturpfade, die durch die Deutsche Gartenbau-Gesellschaft 1822 e.V. ins Leben gerufen wurde und verankerte die Garteninitiative im Gartennetz Deutschland e.V.

Das Netzwerk wird von drei Partnern getragen: dem Verein Gartenkulturpfad beiderseits der Neiße, der Stiftung Niederschlesische Wälder und der Stiftung Tal der Schlösser und Parks im Hirschberger Tal. Mit der Gründung des Vereins im Mai 2010 kam es zur Herausbildung erster verbindlicher Strukturen auf sächsischer Seite. Als Schirmherrin konnte die Geschäftsführerin der Insel Mainau GmbH, Gräfin Bettina Bernadotte, gewonnen werden. Sie steht für den gartenkünstlerischen Anspruch des Netzwerkes.

Nach dreijähriger Antragsphase konnten zwischen 2012 und 2014 zwei EU-Projekte im Rahmen des Kooperationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen der Jahre 2007 bis 2013 durchgeführt werden, in deren Ergebnis zahlreiche Informationsmaterialien und fachliche Hilfestellungen für die Parkpflege entstanden. Am Ende unterzeichneten alle

Das Netzwerk Gartenkulturpfad verbindet die zahlreichen Parkanlagen in der Kulturregion Oberlausitz-Niederschlesien beiderseits der Neiße, wie hier in Żagań



Foto: Landratsamt Görlitz

Im Rahmen des Projekts „Abenteuer Neiße“ wurden das Image des Grenzgebiets und die Qualität der touristischen Angebote erheblich verbessert

drei Partner einen Kooperationsvertrag, in dem sie sich für die weitere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Pflege des gemeinsamen gartenkulturellen Erbes aussprachen. Die Strukturen haben sich grenzüberschreitend stabilisiert. Mit Steffen Möller gesellte sich ein in Polen weit bekannter Autor und Kabarettist als Pate an die Seite des binationalen Netzwerkes, der die Idee der grenzüberschreitenden Verständigung repräsentiert.

Mehr Toleranz untereinander und eine bessere Völkerverständigung in Verbindung mit der Pflege und Entwicklung des gemeinsamen gartenkulturellen Erbes – das verspricht sich die Initiative von ihren zahlreichen Aktivitäten, wie etwa den Parkseminaren, den Frühlingsspaziergängen und den reichhaltigen kulturellen Veranstaltungen. Bis dato unbekannte Parkanlagen bieten den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Gästen der Grenzregion die Möglichkeit, mehr über die gemeinsame Geschichte und ihre Identität zu erfahren.

Derzeit wird unter Führung der Entwicklungsgesellschaft Niederschlesische Oberlausitz mbH, einer Gesellschaft des Landkreises Görlitz, an einem Folgeantrag auf EU-Förderung gearbeitet. Ziel ist es, konkrete Parkpflegeteams im Netzwerk zu erproben und eine einheitliche Beschilderung einzuführen. Darüber hinaus ist die Etablierung von Audio-guides für die Parks geplant.

Zusammenarbeit im Katastrophenfall

Dass Katastrophen nicht an Staatsgrenzen enden, erlebte das Dreiländereck 2010, als es vom Hochwasser mehrmals stark getroffen wurde. Dabei wurde deutlich, dass sich der Austausch im Katastrophenfall über die Staatsgrenze hinweg schwierig und umständlich gestaltete. Der Informationsweg lief von Zgorzelec über Breslau nach Warschau und dann auf deutscher Seite von Frankfurt an der Oder über Berlin und Dresden nach Görlitz. Viel wichtige Zeit ging verloren. Daraufhin verständigten sich die Landräte von Görlitz und Zgorzelec auf eine bessere Kommunikation untereinander und treffen sich seitdem alle zwei Monate zu einem Arbeitsbesuch.

Daraus resultierte auch die Erarbeitung eines Projektes zur Schaffung einer Informations- und Kommunikationsplattform zur gegenseitigen Warnung und Information im Ereignisfall und die Beantragung von europäischen Fördermitteln im Rahmen des Koope-



Foto: Landratsamt Görlitz

Seit dem verheerenden Hochwasser 2010 – hier das Kloster St. Marienthal in Ostritz – arbeiten die Landkreise Görlitz und Zgorzelec beim Katastrophenschutz zusammen

rationsprogramms INTERREG Polen-Sachsen für die Jahre 2014 bis 2020. Einbezogen in das Projekt sind die Bereiche Feuerwehr, Katastrophenschutz, der Rettungsdienst sowie das Veterinäramt. Ziel ist es, eine mobile grenzüberschreitende Erfassung, Bewertung und Einsatzkoordination bei Schadenslagen zu schaffen und damit auch eine aktive Warnung der Bevölkerung über mobile Endgeräte zu ermöglichen.

Mit Hilfe der Kommunikationsplattform soll eine mobile Lageerfassung und Maßnahmenkoordination von Einsatzkräften und freiwilligen Helferinnen und Helfern über die Staatsgrenze hinweg möglich werden. Auch die Entwicklung von Lösungen, Checklisten und Maßnahmeplänen zur Bewältigung von Tierseuchen sollen mit dem Projekt umgesetzt werden. Gemeinsam wollen die Landkreise beiderseits der Neiße technische Lösungen und die organisatorische Zusammenarbeit und damit die Gefahrenabwehr im Katastrophenfall verbessern, um die Bevölkerung zu schützen und Schäden zu reduzieren.

Eine aktive Zusammenarbeit und zahlreiche Begegnungen haben die sächsisch-polnische Grenzregion zusammenwachsen lassen, ein Kennenlernen der Nachbarn ermöglicht und die Lebensqualität der Menschen verbessert. Diesen Weg wollen die Partnerkreise auch in Zukunft weiter zusammen gehen. ■

Infos

Landkreis Görlitz:

☞ <http://www.kreis-goerlitz.de>

Projekt „Abenteuer Neisse“:

☞ <http://www.abenteuerneisse.eu/>

Netzwerk Gartenkulturpfad:

☞ <http://www.gartenkulturpfad-neisse.org/>

Kooperation zwischen den Landkreisen Dachau und Oświęcim:

Gemeinsame Verantwortung und Beginn einer Freundschaft

Die Landkreise Dachau und Oświęcim haben vor einem Jahr eine Kooperation geschlossen. Neben der historischen Verantwortung als Orte, deren Namen auf ewig mit den Verbrechen der Nationalsozialisten verbunden sein werden, wollen die beiden Landkreise vor allem den gegenseitigen Austausch in den Bereichen Jugend, Wirtschaft, Tourismus, Bildung, Kultur, Sport und Verwaltung fördern.

Ein Beitrag von
Stefan Löwl

☒ Dachau und ☒ Oświęcim (Auschwitz)

sind zwei Landkreise mit vielen Gemeinsamkeiten: Beide Landkreise liegen in der Mitte Europas und haben mit 406 beziehungsweise 579 Quadratkilometern etwa die gleiche Flächengröße sowie mit jeweils rund 150.000 Bürgerinnen und Bürgern dieselbe Einwohnerzahl. Auch die Kommunalzuständigkeiten überschneiden sich in vielen Bereichen. Beide Landkreise verbindet zudem ein geschichtliches Erbe und sie teilen eine jeweils sehr spezifische historische Verantwortung.

Die Idee zur Kooperation zwischen den beiden Landkreisen entstand im Januar 2015, als eine Delegation des Dachauer Landkreises, bestehend aus dem Landrat, Kreisrätinnen und Kreisräten aller Fraktionen sowie einigen Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern, anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz in Polen zu Besuch war. Bei einem Gegenbesuch der polnischen Delegation im Mai 2015 wurden die Details eines Kooperationsvertrags festgelegt und im August 2015 wurde die **☒ Kooperationserklärung** in Dachau im Beisein des Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer von den beiden Landräten Stefan Löwl aus Dachau und Zbigniew Starzec aus Oświęcim feierlich unterzeichnet. Im Herbst 2015 haben die beiden Kreistage in Dachau und Oświęcim die Vereinbarung jeweils einstimmig bestätigt. Zeitgleich hat der Landkreis Dachau eine Richtlinie für die Bezuschussung von Vereins- und Schulfahrten nach Oświęcim beschlossen.



Foto: Landratsamt Dachau

Die Landräte von Dachau und Oświęcim, Stefan Löwl und Zbigniew Starzec, unterzeichneten im August 2015 die Kooperationsvereinbarung

Zukunftsgerichtete Zusammenarbeit

Trotz des in der Vergangenheit begründeten Ausgangspunktes soll die Kooperation zwischen den beiden Landkreisen zukunftsgerichtet sein. Die Beziehung der Regionen im geeinten Europa, die (Weiter-)Entwicklung der Unionsbürgerschaft sowie die Förderung der lokalen und menschlichen Aspekte Europas stehen daher an erster Stelle der Präambel. Dies geschieht am besten durch persönliche Kontakte von möglichst vielen Menschen und soll alle gesellschaftlichen Bereiche umfassen. In der Kooperationsvereinbarung werden daher auch die Themen Jugend und Jugendaustausch, Kultur und Tourismus, Bildung und Schulen, Zusammenarbeit in der Wirtschaft, im Gesundheitswesen sowie den zukünft-

Zum Autor:

Stefan Löwl ist Landrat des Landkreises Dachau und Vorsitzender des Deutsch-Polnischen Ausschusses im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

tigen Arbeitswelten, Sportaktivitäten, Natur und Umweltschutz, Kreistag und Verwaltung sowie öffentliche Einrichtungen, Verbände und Betriebe des Landkreises aufgeführt. Auch gemeinsame Projekte, die aus Mitteln europäischer Fonds gefördert werden, sind explizit genannt.

Im Juni 2016 wird nun eine offizielle Delegation mit knapp 50 Kreisrätinnen und Kreisräten, Schulleitern und Verwaltungsmitarbeitern sowie 50 Jugendlichen und Betreuern aus dem Landkreis Dachau im Rahmen des ersten Kooperationstreffens am Internationalen Musik-Festival in Oświęcim teilnehmen. Die Dachauer Delegation mit den Mandatsträgerinnen und -trägern nimmt auch an einer Sondersitzung des Kreistages des Landkreises Oświęcim teil. Außerdem sind neben Gesprächen auch gemeinsame sportliche Aktivitäten und der Besuch von verschiedenen kulturellen Veranstaltungen zum gemeinsamen Kennenlernen geplant. Eine spannende und sicherlich emotionale, aber hoffentlich nicht zu große Herausforderung für den Beginn des Besuchs wird das gemeinsame „Public Viewing“ des Fußball-Europameisterspiels zwischen Deutschland und Polen am Anreisetag der Dachauer Delegation sein.

Für Herbst 2016 sind bereits weitere Treffen und Kontakte geplant. So wird beispielsweise eine Gruppe mit Expertinnen und Experten aus dem Gesundheitsbereich aus Dachau den Landkreis Oświęcim besuchen,



Foto: Landratsamt Dachau

um Möglichkeiten zur Kooperation bei der Aus- und Weiterbildung von Fachkräften im Pflege- und Gesundheitsbereich auszuloten, die in beiden Landkreisen gleichermaßen dringend gesucht werden. ■

Anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz legte eine Delegation aus dem Landkreis Dachau im Januar 2015 an der Gedenkstätte einen Kranz zu Ehren der Opfer nieder

Infos

Landkreis Dachau:

☞ <http://www.landratsamt-dachau.de/>

Landkreis Oświęcim:

☞ <http://www.powiat.oswiecim.pl/>

Kooperationserklärung zwischen dem Landkreis Dachau und dem Landkreis Oświęcim:

☞ <http://www.landratsamt-dachau.de/Dox.aspx?docid=41a390af-a441-48c6-84e0-9f4f943269db>

Geplante Partnerschaft zwischen Mechernich und Skarszewy

Erste Kontakte über Communio in Christo

Die nordrhein-westfälische Stadt Mechernich will eine Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt Skarszewy eingehen. Das hat der Stadtrat der Eifelgemeinde in seiner Sitzung am 19. April 2016 beschlossen. Die neue Partnerschaft soll bereits Ende Juni 2016 im früheren pommerschen Schöneck offiziell besiegelt werden. Skarszewy liegt rund 40 Kilometer südlich von Danzig und hat knapp 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Die Kontakte zwischen beiden Städten kamen durch den Orden Communio in Christo zustande. Er unterhält in Mechernich neben dem Kloster ein Sozialwerk mit einer Langzeitpflegeeinrichtung für schwerstpflegebedürftige Menschen, ein Sterbehospiz sowie eine Seniorenpflegeeinrichtung im benachbarten Blankenheim. In Skarszewy leitet die Vorsitzende der Communio in Christo, Teresa Swieca, das große städtische Gesundheitszentrum.

Nach Aussagen des Bürgermeisters von Mechernich, Dr. Hans-Peter Schick, soll die neue Verbindung keine „Partnerschaft der Bürgermeister und Offiziellen“ allein werden, sondern ein Zusammengehen und Zusammengehören der Bürgerinnen und



Foto: Ziko van Dijk / Wikimedia Commons

Die Stadt Mechernich – hier die Burg Satzvey – geht eine neue Städtepartnerschaft mit der polnischen Stadt Skarszewy ein

Bürger auf vielen Ebenen. Erste gegenseitige Besuche sowie Schüleraustausche haben bereits stattgefunden. Zudem hat sich im vergangenen Jahr ein Freundeskreis Mechernich-Skarszewy gegründet.

Stadt Mechernich

☞ <http://www.mechernich.de/>

Vorschlag für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018:

Die Wurzeln Europas sichtbar machen

Nach dem Willen der Europäischen Kommission soll 2018 ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes werden. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, die Kultusministerkonferenz, die deutschen kommunalen Spitzenverbände und das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz, die sich für ein solches Europäisches Kulturerbejahr eingesetzt hatten, begrüßten die Entscheidung. Nach einer zweijährigen Pause könnte es damit wieder ein europäisches Themenjahr geben.



Foto: Europa Nostra

Das Jahr 2018 wird vermutlich im Zeichen des kulturellen Erbes stehen. Auf dem Europäischen Kulturforum am 19. April 2016 in Brüssel hat der EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics, angekündigt, 2018 unter dem Motto **„Sharing Heritage“** ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes durchzuführen. „Dies wird eine gute Gelegenheit sein, um das Wissen über und das Verständnis für unser kulturelles Erbe zu fördern“, betonte der EU-Kommissar. Der formale

Beschluss für ein solches Themenjahr liegt zwar beim Rat der Europäischen Union und dem Europäischen Parlament, doch beide Organe hatten sich bereits im vergangenen Jahr für eine entsprechende Initiative ausgesprochen.

Dem jetzigen Vorschlag der Europäischen Kommission waren seit Ende 2013 weitreichende Bemühungen, insbesondere von Bund, Ländern, Kommunen und des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz (DNK) vorausgegangen. So hatten die

Europas kulturelles Erbe ist vielfältig und ein maßgeblicher und unverzichtbarer Bestandteil der gemeinsamen europäischen wie auch lokalen Identität



Foto: Carsten Plezsch / Wikimedia Commons

Die wieder aufgebaute Frauenkirche ist ein Symbol für das kulturelle Erbe der Reformation in Dresden

Regierungsparteien CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag im November 2013 eine europaweite Initiative für ein Denkmalschutzjahr empfohlen. Im März 2015 hatten sich Bund und Länder im Rahmen der Kultusministerkonferenz darauf geeinigt, die Aktivitäten zu unterstützen und das DNK beauftragt, entsprechende Vorbereitungen in Angriff zu nehmen. Das DNK hatte daraufhin innerhalb der Reflektionsgruppe „Cultural Heritage and EU“ mit europäischen Partnern ein gemeinsames Konzept erarbeitet, das im November 2015 öffentlich in Berlin vorgestellt und an die Europäische Kommission übergeben wurde.

Positive Reaktionen aus Deutschland

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters, begrüßte denn auch die Ankündigung der Europäischen Kommission und wertete die Entscheidung für ein Europäisches Kulturerbejahr als große Chance: „Der Reichtum unserer Kultur hat stets auch eine europäische Dimension. Das können wir gemeinsam mit unseren Partnern durch das Europäische Kulturerbejahr noch mehr ins öffentliche Bewusstsein bringen. Denkmale und Kulturgüter sind aufgrund ihrer Authentizität und Anschaulichkeit besonders geeignet, die Breite der Gesellschaft mit Geschichte und Kultur in Berührung zu bringen.“

Auch die Präsidentin des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz und Kulturministerin von Brandenburg, Martina Münch, freute sich: „Das vielseitige und unterschiedliche kulturelle Erbe ist nicht nur Teil einer lokalen Identität, sondern auch Teil

unserer europäischen Geschichte und Grundpfeiler unserer kulturellen Vielfalt. Vor dem Hintergrund aktueller Herausforderungen wie etwa der Flüchtlingszuwanderung und der Finanzkrise können wir mit dem Europäischen Kulturerbejahr das Verbindende der gemeinsamen kulturellen Wurzeln und zugleich die kulturelle Vielfalt des Kontinents in den Blickpunkt rücken.“

Der Präsidentin der Kultusministerkonferenz und Bremer Senatorin für Kinder und Bildung, Claudia Bogedan, ist es ein

Start der Kampagne „Europeana 280“

Kunstwerke virtuell entdecken

Die Kampagne „Europeana 280“ ist gestartet. Mit dem Projekt wollen die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten das Interesse und die Begeisterung der Europäerinnen und Europäer für ihre Kunstschätze und ihr gemeinsames kulturelles Erbe wecken. Grundlage ist die kunstgeschichtliche Sammlung der europäischen digitalen Bibliothek „Europeana“.

Europeana macht digitale Bestände aus Europas Museen, Bibliotheken, Archiven und audio-visuellen Sammlungen zugänglich. Etwa 1.500 Institutionen tragen zur Europeana bei, darunter etwa die British Library in London, das Rijksmuseum in Amsterdam, der Louvre in Paris und die Deutsche Digitale Bibliothek. Unter den mittlerweile 50 Millionen Objekten befinden sich Bilder, Texte, Tonaufnahmen und Videos. Interessierte finden weltberühmte Objekte als auch bisher verborgene Schätze.

Für die aktuelle Kampagne haben alle 28 EU-Mitgliedstaaten jeweils zehn Werke zur Verfügung gestellt, die es virtuell zu entdecken gilt. Darüber hinaus tourt die Kampagne durch mehrere Städte Europas. Aus Deutschland ist auch Raffais berühmte „Sixtinische Madonna“ aus der Gemäldegalerie Alte Meister der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden dabei.

Kampagne „Europeana 280“:

☞ <http://www.europeana.eu/portal/collections/art-history/Europeana280>

Bibliothek „Europeana“:

☞ <http://www.europeana.eu/portal/>

besonderes Anliegen, mit dem Europäischen Kulturerbejahr vor allem Kinder und Jugendliche sowie die Menschen zu erreichen, die bislang nur bedingt Zugang zum kulturellen Erbe gefunden haben. „Baudenkmale bieten sich an, gerade die jüngere Generation mit Geschichte und Kultur in Berührung zu bringen – insbesondere auch unter Nutzung der modernen Medien und Digitalisierungstechnologien. Wir müssen das Bewusstsein für denkmalpflegerische Aspekte bei den Erben des Erbes wecken, also besonders bei Kindern und Jugendlichen“, betonte Bogedan.

Die deutschen kommunalen Spitzenverbände, die sich ebenfalls für ein Europäisches Jahr des kulturellen Erbes eingesetzt hatten, betonten die Möglichkeit, das kulturell Verbindende innerhalb Europas aufzuzeigen und zu präsentieren. „Es gibt mehr Gemeinsamkeiten der europäischen Völker als häufig vermutet“, betonten der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, der Beigeordnete des Deutschen Landkreistages,

Jörg Freese, sowie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg. Es gelte, den gemeinsamen europäischen Kulturraum sichtbar zu machen, der zum Beispiel durch die Idee der Europäischen Stadt als weltweit besonderes städtebauliches Konstrukt geschaffen worden sei.

Welche inhaltlichen Akzente die einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rahmen des Europäischen Jahres des kulturellen Erbes setzen werden, ist noch unklar. In Deutschland wollen Bund, Länder und kommunale Spitzenverbände das bauliche und archäologische Erbe in den Mittelpunkt des Jahres stellen. Darüber hinaus sollen aber auch Aspekte des materiellen und immateriellen Kulturerbes erfahrbar werden. Literatur, bildende Künste oder die gemeinsame europäische Musiksprache und Geschichte, wie sie etwa in Museen und Archiven bewahrt, erforscht und präsentiert werden, sollen im Sinne eines ganzheitlichen Kulturerbegriffs einbezogen werden. ■

Infos

Internetseite des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz zum Europäischen Kulturerbejahr 2018:

☞ <http://www.sharingheritage.de/>

Verleihung des Europäischen Kulturerbe-Siegels 2016

Neun historische Stätten ausgezeichnet

Neun historische Stätten sind am 14. April 2016 mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel ausgezeichnet worden. Die Neandertalerstätte und das Museum in Krapina in Kroatien, die Přemyslidenburg und das Erzdiözesanmuseum Olmütz in Tschechien, die Ponta de Sagres in Portugal, die Wiener Hofburg in Österreich, das Historische Ensemble der Universität Tartu in Estland, die Franz-Liszt-Musikakademie in Ungarn, das Mundaneum in Belgien, der Kriegsfriedhof Nr. 123 in Polen und das Europaviertel Straßburg in Frankreich wurden in die Liste von Stätten aufgenommen, denen das Siegel bereits in den letzten beiden Jahren verliehen wurde. Dazu gehören aus Deutschland das Hambacher Schloss und die Rathäuser von Münster und Osnabrück, die 2015 das Europäische Kulturerbe-Siegel erhalten hatten.

Die Idee für das Europäische Kulturerbe-Siegel geht auf eine zwischenstaatliche Initiative aus dem Jahr 2006 zurück, die der damalige französische Kulturminister Renaud Donnedieu de Vabres angestoßen und an der sich zunächst 17 EU-Mitgliedstaaten beteiligt hatten. Im Rahmen dieser Initiative wurden insgesamt 68 Stätten ausgezeichnet, darunter in Deutschland die „Stätten der Reformation“ und die „Stätten des Eisernen Vorhangs“.

Auf Initiative der EU-Kulturminister beschloss das Europäische Parlament und der Rat der Europäischen Union am 16. November 2011 die Schaffung eines einheitlichen Europäischen Kulturerbe-Siegels. Mit dem Siegel werden Kulturdenkmale, Kulturlandschaften oder Gedenkstätten ausgezeichnet, die für die Geschichte und den Aufbau Europas besondere Bedeutung haben und die die gemeinsamen europäischen Werte



Foto: EU / Jennifer Jacquemart

Der EU-Kommissar für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Tibor Navracsics, vergab Anfang April 2016 das Europäische Kulturerbe-Siegel

symbolisieren. Das Verfahren zur Auswahl der Stätten erfolgt dabei in zwei Stufen. Nachdem die Mitgliedstaaten zunächst auf nationaler Ebene eine Vorauswahl der Stätten treffen und vorschlagen, wählt auf europäischer Ebene eine Fachjury die Stätten aus, die mit dem Siegel ausgezeichnet werden. Seit diesem Jahr darf jeder Mitgliedstaat nur alle zwei Jahre bis zu zwei Stätten in die Vorauswahl aufnehmen, von denen höchstens eine Stätte ausgewählt wird. Deutschland hat demnach im kommenden Jahr wieder ein Vorschlagsrecht.

Europäisches Kulturerbe-Siegel:

☞ http://ec.europa.eu/programmes/creative-europe/actions/heritage-label/index_en.htm

Konferenz der Hauptstadtbürgermeister in Amsterdam:

Breite Zustimmung für EU-Städteagenda

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie ranghohe Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Hauptstädte trafen sich am 21. April 2016 in Amsterdam, um gemeinsam über die Städtepolitik der Europäischen Union zu beraten. Die Bürgermeisterkonferenz, an der auch Michael Müller als Regierender Bürgermeister von Berlin teilnahm, war bereits die fünfte Konferenz dieser Art. Sie diente dazu, den Dialog zwischen den Hauptstadtbürgermeisterinnen und -bürgermeistern und der Europäischen Kommission auszubauen und zu vertiefen.

„Die drei wichtigsten Erfindungen der Menschheit sind das Rad, das Feuer und die Stadt“, sagte der niederländische Innenminister Ronald Plasterk zu Beginn seiner Rede am 21. April 2016 auf dem fünften direkten Dialog zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der europäischen Hauptstädte und der Europäischen Kommission im Schiffahrtsmuseum in Amsterdam. Plasterk erläuterte die Pläne der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft zur **EU-Städteagenda**. Ein wichtiges Element dieser Agenda seien thematische Partnerschaften zwischen Städten, Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission, in deren Rahmen die Akteure gemeinsam an der Bewältigung städtepolitischer Herausforderungen arbeiteten. Plasterk betonte die Bedeutung der im Pakt von Amsterdam beschriebenen ebenenübergreifenden Zusammenarbeit und wies außerdem auf die wichtige Rolle der europäischen Großstädte hin. Auf einem informellen Ministertreffen am 30. Mai 2016 soll dieser Pakt von Amsterdam unterzeichnet und damit die Aktionsphase der Städteagenda eingeleitet werden.

Städte vor großen Herausforderungen

Darüber hinaus stand die Bürgermeisterkonferenz im Zeichen der vier großen Herausforderungen, vor die sich die Städte aktuell



Foto: EU/2016/NL

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der EU-Hauptstädte trafen sich im April in Amsterdam

gestellt sehen: Luftqualität und städtische Mobilität, bezahlbarer Wohnraum, Bekämpfung von Radikalisierung sowie Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Der Amsterdamer Bürgermeister Eberhard van der Laan rief als Konferenzvorsitzender seine europäischen Kolleginnen und Kollegen dazu auf, ihre Erfahrungen miteinander und mit der Europäischen Kommission auszutauschen. Kurze Videos und eine Live-Umfrage dienten als Rahmen für diesen Gedankenaustausch. Die Ergebnisse sollen in die weitere Ausgestaltung der Partnerschaften einbezogen werden.

Zum Abschluss nahmen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister einstimmig eine **Erklärung zur EU-Städteagenda und zur Flüchtlingskrise** an. Diese Erklärung zeugt von breiter Unterstützung für den Pakt von

Amsterdam, die Schwerpunktthemen und die Partnerschaften. Außerdem machen die Oberhäupter der EU-Hauptstädte darin Vorschläge für künftige Partnerschaften in den Bereichen Beschäftigung und Wachstum, Mobilität, Kreislaufwirtschaft, Open Data und Technologie sowie Radikalisierung.

Berlin im Partnerschaftsnetzwerk zu Migrationsfragen

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, betonte bei der Hauptstadtbürgermeisterkonferenz in Amsterdam, dass Berlin seine Erfahrungen beim Flüchtlingsthema in die neue Partnerschaft „Integration von Flüchtlingen“ unter Amsterdamer Vorsitz einbringen möchte. „Berlin unterstützt mit Nachdruck den Ansatz der niederländischen Ratspräsidentschaft, im Rahmen der EU-Städteagenda wichtige Herausforderungen der Städte mit Hilfe von Partnerschaften zu bewältigen.“ Im Rahmen des Partnerschaftsprojektes würden Berlin, Athen, Barcelona und Helsinki unter Führung von Amsterdam ihre Erfahrungen mit der verstärkten Migration austauschen. Dabei sei es gemeinsames Ziel, „dass aus Geflüchteten Bürger, Kollegen und gute Nachbarn werden“, betonte Müller. „Entscheidend sind dafür Spracherwerb, Bildung in Schulen und Kitas, Ausbildung und Arbeit, aber auch ein gesellschaftliches Klima der Offenheit und Toleranz.“

Neben den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern brachten auch Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission,



Foto: EU2016 NL

Der fünfte direkte Dialog zwischen den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der europäischen Hauptstädte und der Europäischen Kommission fand im Schiffahrtsmuseum in Amsterdam statt

des Europäischen Parlaments und des Ausschusses der Regionen ihre Wertschätzung für das Engagement der niederländischen Ratspräsidentschaft für die EU-Städteagenda zum Ausdruck. Dazu gehörten die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, der Präsident der Intergroup URBAN im Europäischen Parlament, Jan Olbrycht, und der Vorsitzende der Fachkommission für territoriale Kohäsion und EU-Haushalt im Ausschuss der Regionen, Raffaele Cattaneo. ■

Infos

Erklärung der Bürgermeister der EU-Hauptstädte zur EU-Städteagenda und zur Flüchtlingskrise:

☞ http://urbanagenda.nl/wp-content/uploads/2016/05/Declaration_capitals_mayors_meeting_2016_amsterdam_20160420.pdf

Information der niederländischen Ratspräsidentschaft zur EU-Städteagenda:

☞ <http://urbanagenda.nl/>

Integration von Migranten und Flüchtlingen

Kommission will Kommunen stärker unterstützen

Ein Treffen zwischen der Europäischen Kommission und europäischen Städten zur Integration von Flüchtlingen gab es auch bereits am 5. April 2016 in Brüssel. Dabei diskutierten die EU-Kommissarin für Regionalpolitik, Corina Crețu, und der für Migration, Inneres und Bürgerschaft zuständige EU-Kommissar Dimitris Avramopoulos mit Stadtoberhäuptern sowie Kommunalvertreterinnen und -vertretern aus sieben europäischen Städten, wie die Integration von Migrantinnen und Migranten sowie Flüchtlingen auf kommunaler Ebene gefördert werden kann. Aus Deutschland nahm der Leipziger Bürgermeister Thomas Fabian und die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Europabeauftragte, Hella Dunger-Löper, an dem Treffen teil.

Avramopoulos würdigte das Engagement der Kommunen, die in vorderster Linie bei der Bewältigung der Migrationsströme stünden. Dabei kündigte er an, dass die Kommission den Mit-



Foto: EU 2016 / Lieven Creemers

Vertreterinnen und -vertreter von Kommunen und europäischer Kommission diskutierten über Integration

gliedstaaten und Städten mit zusätzlichen finanziellen Mitteln helfen wolle. Crețu hob hervor, dass die operative Umsetzung bereits mit der EU-Partnerschaft zur Integration von Migranten und Flüchtlingen begonnen habe, die im Rahmen der EU-Städteagenda geschaffen wurde.

Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen:

Ethik, Transparenz und interkultureller Dialog

Die 30. Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates vom 22. bis 24. März 2016 in Straßburg stand unter dem Titel „Ethik, Transparenz und interkultureller Dialog“. Die deutsche Delegation unter der Leitung von Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer aus Sindelfingen war mit 17 Delegierten aus Kommunen und Ländern gut vertreten und beteiligte sich aktiv an den Debatten.

Ein Beitrag von
Sabine Drees

Die Delegierten des **Kongresses der Gemeinden und Regionen** befassten sich auf ihrer Plenarsitzung ausführlich mit dem Thema „Interkultureller und Interreligiöser Dialog“. Bert Bouwmeester aus den Niederlanden und Josef Neumann, Landtagsabgeordneter aus Nordrhein-Westfalen, stellten dazu ihren Bericht **„Organisieren interkultureller und interreligiöser Aktivitäten: Ein pädagogisches Tool-Kit für kommunale Gebietskörperschaften“** vor. Er konzentriert sich auf die Förderung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs als Mittel zur Verhinderung von Radikalisierung im aktuellen Kontext eines wachsenden Extremismus.

Die beiden Berichterstatter schlugen in ihrem Bericht einen praxisorientierten Maßnahmenkatalog (Tool-Kit) für kommunale Gebietskörperschaften vor. Sie empfehlen kommunalen Stellen, die verschiedenen „Communities“ einer Stadt in ihrer Sozial-, Wirtschafts-, Sport- und Kulturpolitik zu vereinen. Den Kommunen werden Aufklärungs- und Präventions- sowie Bildungsangebote angeraten. Dazu gehören Trainingsprogramme für kommunale Beamte sowie sogenannte Anti-Gerüchte-Kampagnen, um Vorurteile gegenüber Minderheiten abzubauen.

Josef Neumann stellte zudem ein Reflexionspapier vor, in dem er eine methodische Neuausrichtung des Kongresses in Fragen der Interkulturalität und Integration anregt. Er erklärte zu dem Bericht und dem Reflexionspapier: „Mit tiefster Erschütterung haben wir heute zu Beginn der 30. Tagung des Kongresses von den abscheulichen



Foto: Europarat / Klara Beck

Die Mitglieder des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates kamen im März 2016 zu ihrer 30. Plenarsitzung in Straßburg zusammen

Terroranschlägen erfahren, die von islamistischen Attentätern in Brüssel verübt worden sein sollen. Die Strategie zur Radikalismusprävention mit Schwerpunkt auf der Bekämpfung religiöser Radikalisierung war eine Schlussfolgerung aus den Pariser Attentaten vom Januar 2015. Auf schlimmstmögliche Weise hat die menschenverachtende, gewalttätige Radikalisierung ihre Fortsetzung in den Terroranschlägen des 13. November 2015 und in den heutigen Taten gefunden.“

„Ohne das Gefühl der Zugehörigkeit können die Gegenkräfte zur Radikalisierung, nämlich Resilienz, Selbstvertrauen, Selbstachtung und Humanität nicht entstehen. Neu ist die Notwendigkeit, sich substantziell um Religion zu kümmern“, sagte auch Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz aus Mannheim. „Dort, wo unsere Grundwerte oder die Freiheit anderer berührt sind, wo Hass, Diskriminierung und Abwertung befördert werden, sind wir als öffentliche Mandatsträger gefor-

Zur Autorin:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten des Deutschen Städtetages (DST) und Geschäftsführerin der deutschen Delegation im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates.

dert. Dialog zu befördern, ist unsere Aufgabe genauso wie das Einfordern der Orientierung an unseren Grundwerten“, so Dr. Kurz.

Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer aus Sindelfingen thematisierte die Integration in die Gesellschaft: „Integration hat ganz entscheidend mit Arbeit zu tun. Ohne eine gelungene Integration in den lokalen Arbeitsmarkt ist eine nachhaltige Integration nicht möglich. Umso wichtiger ist es, dass Migrantinnen und Migranten – neben der Förderung der sprachlichen, sozialen und kulturellen Integration – insbesondere über die Arbeitswelt in der Gesellschaft Anschluss finden. Hierbei muss die Politik besonderes Augenmerk auf faire Zugangsmöglichkeiten legen, damit Menschen nicht dauerhaft ausgegrenzt werden.“ Integration müsse auch strukturell verortet werden. So sei in der Stadt Sindelfingen frühzeitig die Stelle eines Integrationsbeauftragten geschaffen worden. Zudem werde die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft von Anfang an gefordert und gefördert, berichtete der Oberbürgermeister.

Debatte zur Flüchtlingsituation

Einen weiteren Schwerpunkt der Sitzung bildete die Flüchtlingsdebatte. Staatssekretär Thorsten Klute aus dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen fand, dass die Integration von Zugewanderten in den vergangenen Dekaden gut gelungen sei. Insgesamt hätten 25 Prozent aller Menschen in NRW eine Zuwanderungsgeschichte. Und diese Menschen hätten in den letzten Jahrzehnten enorm zum wirtschaftlichen Erfolg des Landes beigetragen. Nach Ansicht von Klute stellen sich durch die Flüchtlinge neue Integrationsherausforderungen. 2015 seien insgesamt 1,1 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, davon 330.000 nach NRW. Diese Integrationsaufgaben müssten noch bewältigt werden und dafür benötigten insbesondere die Kommunen strukturelle und finanzielle Ressourcen.

Das bestätigte auch die Kämmerin aus Köln, Gabriele Klug: „Ich habe meine Stadt Köln vor Augen und rede von Flächen, Räumen, Personal und Finanzen an diesem Standort, in dem dies alles zu knapp und die Konkurrenz um die Ressourcen riesengroß ist.“ Die Stadt Köln habe zwischen August 2015 und Januar 2016 die Unterbringung von über 5.000 Neuankömmlingen gemeistert, wöchentlich hätten Unterkünfte für 200 bis



Foto: Europarat / Candice Imbert

400 Menschen geschaffen werden müssen. Hierfür seien – allerdings begrenzt – kurzfristig auch dringend benötigte Sporthallen genutzt worden.

Bürgermeisterin Maria Pfordt aus Bergheim schilderte, dass in ihrer 60.000 Einwohner zählenden Stadt insgesamt 700 Flüchtlinge untergebracht werden mussten. Zu Beginn seien dafür vor allem Turnhallen und andere öffentliche Gebäude umfunktioniert worden. Später sei man dazu übergegangen, innerhalb von nur vier Monaten Bauzeit Reihenhäuser für Flüchtlinge zu errichten. „Das ging Hand in Hand mit der heimischen Handwerkergemeinschaft. Aufgrund von Fördermitteln war das letztendlich für die Stadt eine sowohl integrative Lösung als auch die preiswerteste Alternative“, erklärte die Bürgermeisterin.

Antje Grotheer, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, ging auf die Integration von Flüchtlingskindern in Schulen ein. „Die soziale Benachteiligung von Flüchtlingen etwa bei Unterbringung, Freizeitmöglichkeiten und Schulwahl wirkt sich besonders stark auf die Kinder aus“, betonte Grotheer. Die Errichtung von Flüchtlingschulen oder die Einrichtung separater Flüchtlingsklassen stellten aus Bremer Sicht keinen sinnvollen Weg für die schulische Integration von geflüchteten Kindern und unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen dar. Stattdessen würden sie zunächst in Vorkurse in den Regelschulen aufgenommen, wo sie 20 Unterrichtsstunden in der Woche intensiven Unterricht in Deutsch als Fremdsprache erhielten. Die restliche Zeit verbrächten die Kinder im regulären Klassenverband, dem sie zugeordnet seien. Dies eröffne erste Chancen zur Integration, plädierte die Delegierte aus Bremen für ein inklusives und solidarisches Schulsystem.

Deutschland war mit einer großen Delegation bei der Plenarsitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen vertreten

Transparenz und Ethik im Beschaffungswesen

Mehr Solidarität wurde auch in der Debatte zu Transparenz und Ethik im Beschaffungswesen gefordert. „Seit Menschengedenken entstehen der öffentlichen Hand auf der ganzen Welt Schäden in Milliardenhöhe durch konspirative Absprachen und Schmiergeldzahlungen. Schlimmer noch: Die Korruption behindert Innovation und Fortschritt, sie höhlt den Rechtsstaat aus und ist Nährboden für die organisierte Kriminalität“, sagte Walter Taubeneder, Landtagsmitglied aus Bayern. „Einfallstor für den Staat sind die Amtsträger. Korruptionsgefährdet ist dabei grundsätzlich jeder Dienstposten, von dem aus Dritten ein Vorteil gewährt wird.“

„Korruption ist ein Thema, das uns tagtäglich begegnet“, sagte auch Bürgermeister Andreas Galster aus Baiersdorf. Außer der strengen Befolgung von EU-weiten, nationalen und landesweiten Vergaberichtlinien müsse zwingend eine Öffentlichkeit hergestellt werden. „Alle Vergaben müssen in Baiersdorf in öffentlicher Sitzung entschieden werden. Grundsätzlich gilt auch an anderen Orten: Je mehr Mitarbeiter beteiligt werden, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass Ehrliche darunter sind“, meinte Galster.

Autonomie und Grenzen in einem wachsenden Europa

Die Solidarität der Staaten und ihrer Regionen stand im Mittelpunkt der Debatte zum Thema „Autonomie und Grenzen in einem wachsenden Europa“. Die Annektierung der Halbinsel Krim durch Russland hat auch in anderen Teilen der Ukraine den Wunsch nach Abspaltung ausgelöst. Auch einzelne Regionen der EU-Staaten fordern ihre Unabhängigkeit. Der Wunsch nach Autonomie und Selbstbestimmung großer Teile der Bevölkerung in Schottland sowie bei den Flamen, Basken und Katalanen ist nicht neu. Er hat sich jedoch im Zuge der Wirtschaftskrise beschleunigt.

Vor diesem Hintergrund hat sich der Europarat mit Prinzipien, Rahmenwerken und Verfahren für den Schutz und das Ändern von Statuszuständigkeiten und Grenzen subnationaler Einheiten im innerstaatlichen Recht beschäftigt. In seinem Bericht **„Autonomie und Grenzen in einem wachsenden Europa“** hat Karl Heinz Lambertz aus Belgien normative Verfahren untersucht, die das innerstaatliche Recht verschiedener europäischer Staaten zur Änderung der sub-

nationalen Einheiten, der Grenzen und des Gebietsstatus vorsehen. Dabei sollen auch Regeln zur Konfliktprävention und Konfliktbeilegung aufgestellt werden. Außerdem sollen Verfahren entwickelt und verbessert werden, die einen effektiven und transparenten Dialog mit der Zentralregierung einschließen. Der Kongress rief die Mitgliedstaaten auf, bei Gebietsstreitigkeiten friedliche Lösungen zu befürworten und von einer Änderung der Grenzen und des Gebietsstatus subnationaler Einheiten ohne die vorherige Konsultation der Bevölkerung abzusehen.

Clemens Lammerskitten, Landtagsmitglied aus Nordrhein-Westfalen, hielt es in der Debatte für falsch, kompromisslos auf territorialer Integrität zu bestehen. Allerdings solle man den aktuellen territorialen Status quo als Anker begreifen, der auf der Suche nach neuen Formen territorialer Selbstverwirklichung Halt gibt. „Lassen Sie uns unsere innerstaatlichen Konflikte nicht verschweigen oder marginalisieren. Sie müssen aber in fairen, transparenten Formen der politischen Auseinandersetzung möglichst mit dem Ziel des Erhalts unseres bestehenden Staatensystems aufgearbeitet werden“, appellierte Lammerskitten an den Kongress. Die Alternative wäre „Welfare chauvinism“, das Gegenteil dessen, was nach dem zweiten Weltkrieg in langen Jahrzehnten an europäischen Integrationsstrukturen aufgebaut worden ist und 70 Jahre Frieden für diesen Kontinent und Überwindung seiner Spaltung gebracht hat, so Lammerskitten.

Die 31. Sitzung des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates findet vom 19. bis 21. Oktober 2016 in Straßburg statt. ■



Foto: Europarat / Candice Imbert

Clemens Lammerskitten, Landtagsmitglied aus Nordrhein-Westfalen, beteiligte sich aktiv an der Debatte zum Thema „Autonomie und Grenzen in einem wachsenden Europa“

Infos

Kongress der Gemeinden und Regionen:

☞ <http://www.coe.int/t/congress/>

Bericht „Organisieren interkultureller und interreligiöser Aktivitäten: Ein pädagogisches Tool-Kit für kommunale Gebietskörperschaften“:

☞ [https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?p=&Ref=CG30\(2016\)04-PROV&Language=lanGerman&Ver=original&Site=COE&BackColorInternet=C3C3C3&BackColorIntranet=CACC9A&BackColorLogged=EFEA9C&direct=true](https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?p=&Ref=CG30(2016)04-PROV&Language=lanGerman&Ver=original&Site=COE&BackColorInternet=C3C3C3&BackColorIntranet=CACC9A&BackColorLogged=EFEA9C&direct=true)

Bericht „Autonomie und Grenzen in einem wachsenden Europa“:

☞ [https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?p=&Ref=CPR30\(2016\)02-PROV&Language=lanGerman&Ver=original&Site=COE&BackColorInternet=C3C3C3&BackColorIntranet=CACC9A&BackColorLogged=EFEA9C&direct=true](https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?p=&Ref=CPR30(2016)02-PROV&Language=lanGerman&Ver=original&Site=COE&BackColorInternet=C3C3C3&BackColorIntranet=CACC9A&BackColorLogged=EFEA9C&direct=true)

Verleihung des Kaiser-Maximilian-Preises 2016 an Anders Knappe:

Fürsprecher der Gemeinden ausgezeichnet

Der schwedische Kommunalpolitiker Anders Knappe ist mit dem Kaiser-Maximilian-Preis des österreichischen Bundeslandes Tirol und der Stadt Innsbruck ausgezeichnet worden. Knappe engagiert sich seit über 20 Jahren in der europäischen Kommunalpolitik. Er ist Präsident der lokalen Kammer des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Vizepräsident des Ausschusses der Regionen und Vizepräsident des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR).

Bei der Verleihung am 9. Mai 2016 in der Kaiserlichen Hofburg in Innsbruck würdigte DDr. Herwig van Staa, Landtagspräsident von Tirol und selbst Träger des **Kaiser-Maximilian-Preises**, die Leistungen Knapes: „Ich kenne und schätze den Preisträger schon seit langer Zeit durch unsere gemeinsame politische Arbeit sowohl im Ausschuss der Regionen als auch im Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarates. Er ist wie ich ein gelernter Lokalpolitiker, er war langjähriger Bürgermeister von Karlstadt, ist seit 2014 amtierender Präsident der Kammer der Regionen des Kongresses und seit 2007 Vizepräsident des Ausschusses der Regionen“, so van Staa. In all diesen Funktionen habe sich Knappe stets für die Rechte der Gemeinden und für die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips eingesetzt.

Durch sein jahrzehntelanges Engagement als Bürgermeister, im schwedischen Kommunalverband und in der europäischen Kommunal- und Regionalpolitik sei Anders Knappe ein „Fürsprecher der Gemeinden, dem die Anliegen der Kommunen am Herzen liegen und der die Probleme, mit denen die Gemeinden zu kämpfen haben, aus erster Hand kennt“, betonte auch der Erste Landeshauptmann-Stellvertreter von Tirol, Josef Geisler.

Auch Innsbrucks Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer beglückwünschte den Preisträger: „Anders Knappe hat sich als sehr aktiver Vizepräsident des Rates der Gemeinden und

Regionen ausgezeichnet. Durch sein Engagement wurde der Dialog zwischen den europäischen Gemeinden verbessert. Dieser Preis ist nicht nur ein Zeichen der Anerkennung, sondern auch mit einem Auftrag verbunden: Wir stehen aktuell vor mehreren großen Herausforderungen in Europa, die wir nur gemeinsam bewältigen können. Es benötigt Menschen, die sich für eine funktionierende Zusammenarbeit einsetzen.“

Anders Knappe freute sich sehr über den Preis. „Ich nehme ihn einerseits als persönliche Anerkennung und andererseits als Bestätigung dafür, dass Schweden ein aktiver Mitgestalter der europäischen Zusammenarbeit auf der lokalen und regionalen Ebene ist“, sagte der Preisträger. Überall in Europa seien die Kommunen die Entscheidungsebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sei. Subsidiarität und kommunale Selbstverwaltung seien die Grundlagen der lokalen Demokratie und wichtige Faktoren für die Bewältigung der Herausforderungen in Europa.

Mit dem Kaiser-Maximilian-Preis werden jährlich außerordentliche Leistungen von Persönlichkeiten aus dem Bereich der europäischen Regional- und Kommunalpolitik ausgezeichnet. Gestiftet wurde er 1997 vom Land Tirol und der Stadt Innsbruck aus Anlass der Vollendung des 85. Lebensjahres des langjährigen Bürgermeisters der Stadt Innsbruck und Präsidenten des Tiroler Landtages, DDr. Alois Lugger. ■



Foto: IKM / Lercher

Anders Knappe (4. v. links) nahm den Kaiser-Maximilian-Preis am 9. Mai 2016 in der kaiserlichen Hofburg in Innsbruck entgegen

Infos

Kaiser-Maximilian-Preis:

☞ <https://www.innsbruck.gv.at/page.cfm?vpath=buergerinnen-politik/innsbruck-international/kaiser-maximilian-preis>

Internationaler Karlspreis zu Aachen für Papst Franziskus:

Ein Mahner für Europa in schwierigen Zeiten

Papst Franziskus ist am 6. Mai 2016 im Vatikan mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen ausgezeichnet worden. Dies ist die älteste und bekannteste Ehrung für Persönlichkeiten oder Institutionen, die sich um Europa und die europäische Einigung verdient gemacht haben. Festreden hielten Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp sowie der Präsident des Europäischen Parlamentes, Martin Schulz, der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk.

Erstmals fand die Preisverleihung des **Internationalen Karlspreises** nicht in Aachen, sondern in der prachtvollen Sala Regia im Apostolischen Palast des Vatikans in Rom statt. Angereist waren rund 500 Gäste, darunter Bundeskanzlerin Angela Merkel, Spaniens König Felipe, die litauische Staatspräsidentin Dalia Grybauskaitė, Italiens Ministerpräsident Matteo Renzi und viele ehemalige Karlspreisträger wie der Gründer der Glaubensgemeinschaft Sant'Egidio, Andrea Riccardi, der ehemalige EU-Parlamentspräsident Pat Cox, der ungarische Schriftsteller György Konrád, der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, der ehemalige spanische Ministerpräsident Felipe González und der luxemburgische Großherzog Jean. Zudem berichteten mehr als 200 Journalistinnen und Journalisten aus ganz Europa aus Rom, zahlreiche TV-Stationen übernahmen die Live-Bilder des Vatikanischen Fernsehens, darunter auch das ZDF sowie der Bayerische und der Westdeutsche Rundfunk.

Europäische Werte auch christliche Werte

Der Vorsitzende des Karlspreisdirektoriums, Dr. Jürgen Linden, verlas die Urkunde und markante Passagen aus der Begründung des Direktoriums für die Verleihung des Preises an Seine Heiligkeit Papst Franziskus.

Darin stellt das Direktorium den Papst als „einen Mahner und Mittler“ heraus: „Sie sind eine Stimme des Gewissens, die uns mahnt, bei all unserem Tun den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.“

Aachens Oberbürgermeister Marcel Philipp beschrieb in seiner Begrüßungsrede die moralischen Grundlagen Europas und wünschte sich einen Kontinent, „in dem Vertrauen, Respekt und Barmherzigkeit nicht verloren gehen dürfen“. Fragen einer gemeinsamen Haltung und Hilfe in globalen Krisenherden und bei der Migration müssten gelöst werden. Aber Lösungen für derartige Fragen benötigten ein Fundament, das heute nicht mehr vollständig vorhanden sei. „Dieses Fundament ist das gemeinsame Bewusstsein für die europäischen Werte und für die Lehren aus der Geschichte eines über Jahrhunderte in Kriegen versunkenen Kontinents. Die Werte, die es wieder zu entdecken und zu stärken gilt, sind ganz wesentlich christliche Werte“, sagte der Oberbürgermeister, der auch einen Gruß in den Aachener Krönungssaal schickte, in dem über 700 Gäste die Übertragung aus Rom live verfolgten.

Gegen Renationalisierung und Kleinstaaterei

Auch die Präsidenten der europäischen Institutionen, Martin Schulz, Jean-Claude



Foto: Michael Jaspers

Der Aachener Oberbürgermeister Marcel Philipp (rechts) überreichte Papst Franziskus im Vatikan in Rom den Internationalen Karlspreis

Juncker und Donald Tusk, allesamt selbst Karlspreissträger, nutzten die Karlspreisbühne im Vatikan, um ihre europäischen Ansichten zu formulieren. Schulz warnte vor „nationalen Egoismen, Renationalisierung und Kleinstaaterei“. Dabei stellte er Europas epochale Herausforderung in der Flüchtlingsfrage in den Vordergrund seiner Betrachtungen: „Seit dem zweiten Weltkrieg waren zu keinem Zeitpunkt weltweit mehr Menschen auf der Flucht als heute. Doch Populisten treiben ihr böses Spiel; sie suchen nicht nach Lösungen, sondern schüren Ängste.“ Europa durchlebe eine Solidaritätskrise. Europas gemeinsame Wertebasis gerate ins Wanken, so Schulz und appellierte: „Jetzt ist es an der Zeit für Europa, zu kämpfen. Jetzt müssen alle Europäerinnen und Europäer aufstehen und sich zu Europa bekennen.“

Schulz lobte die „gelebte Solidarität und Menschlichkeit“ des Papstes. Der beste Beweis sei sein Besuch auf Lesbos gewesen, wo er drei syrische Familien mit in den Vatikan genommen hatte, um ihnen Schutz zu gewähren. Großes Lob zollte der Parlamentspräsident auch den „Freiwilligen, die in Lesbos, Lampedusa, München und anderswo den Männern, Frauen und Kindern, die auf der Flucht vor dem Krieg und auf der Suche nach Schutz zu uns kommen, Wasser und Brot reichen, Kleider und Decken an sie verteilen. Wenn ich diese Menschen sehe, dann ist mir um Europas Zukunft nicht bange. Denn diese Menschen füllen die europäischen Werte der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Achtung der Menschenwürde mit Leben.“

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker unterstrich, dass ein lebendiges Europa mehr sei „als Institutionen, Indikatoren oder Prozesse, mehr als eine ökonomische Zweck-Gemeinschaft. Europa – das ist für mich die Vereinigung der Kräfte: für Menschlichkeit und für einen Frieden, der im Alltag beginnt.“ Europa – das sei der Student, der mit Erasmus in einem anderen Land studiere, die Wissenschaftlerin, die in einem europäischen Netzwerk forsche, und der Unternehmer, der überall in der Europäischen Union handle, so Juncker.

An den Papst gerichtet sagte der Kommissionspräsident: „Europa ist das gelebte Bekenntnis zur Würde des Menschen, zu Miteinander und sozialem Frieden. Was für eine Errungenschaft das ist, vergessen wir manchmal im Alltag – und deshalb schätze ich es sehr, Heiliger Vater, dass Sie uns ins Gewissen reden und uns daran erinnern, dass wir unsere Verantwortung und unser gewal-

tiges Potenzial besser ausschöpfen müssen – für soziale Gerechtigkeit, für den Ausgleich zwischen den Menschen und den Völkern, für Flüchtlinge, vor denen wir keine Angst haben sollten.“ Das europäische Projekt habe sich nicht überholt, es sei aktueller denn je. „Wir müssen Schwierigkeiten anpacken, um sie zu überwinden und sich der Geschichte nicht zu unterwerfen, sondern sie zu gestalten. Das schulden wir unseren jungen Europäerinnen und Europäern“, so Juncker.

Ratspräsident Donald Tusk hob auf seine Vision von einer idealen Kirche ab, die niemanden ausschließe, sondern vielmehr alle einschließe. „Eine Kirche, die auf Prunk verzichtet, um den Armen zu helfen; eine Kirche, die den Menschen und ihrer Freiheit eher vertraut als der Allmacht und dem Allwissen von Institutionen; eine Kirche, die Menschen, deren Leben zerrüttet ist, Hoffnung und nicht Verdammung bringt“, so Tusk. Sein Bild von Europa sei mitfühlend und hilfsbereit und sei gegründet auf die zutiefst christlichen Grundsätze der Menschenrechte, der bürgerlichen Freiheiten und der Achtung eines jedes Menschen. Europa verdiene, „dass wir uns um es sorgen und es notfalls schützen oder verteidigen.“

Franziskus Träume und Visionen

Auch Papst Franziskus zeichnete sein Bild von Europa, wobei der Gedanke an eine Mutter Europa, die ihre Lebens- und Glaubenswurzeln und ihre Haltung hat, leitmotivisch seine Rede durchzog: „Ich träume von einem jungen Europa, das fähig ist, noch Mutter zu sein: eine Mutter, die Leben hat, weil sie das Leben achtet und Hoffnung für das Leben bietet“, sagte der Papst am Ende seiner Rede, in der er unter dem Stichwort „Ich träume von einem Europa...“ diverse positive Szenarien auflistete. Darin auch diese Vision: „Ich träume von einem Europa, in dem das Migrantsein kein Verbrechen ist, sondern vielmehr eine Einladung zu einem größeren Einsatz mit der Würde der ganzen menschlichen Person.“

Der Papst rief zu einem neuen Humanismus auf: Bei der Integration reiche die bloße geografische Eingliederung der Menschen nicht aus, die Herausforderung bestehe in einer starken kulturellen Integration. „Das Gesicht Europas unterscheidet sich nämlich nicht dadurch, dass es sich anderen widersetzt, sondern dass es Züge verschiedener Kulturen eingepreßt trägt“, sagte der Papst. ■

Infos

Internationaler Karlspreis zu Aachen:

☞ <http://www.karlspreis.de>

Reden der Karlspreisverleihung:

☞ <http://www.karlspreis.de/de/aktuelles/reden-2016>

Förderung des deutsch-französischen Dialogs zur Integration:

Entscheidende Rolle für die Kommunen

Beim 18. Deutsch-Französischen Ministerrat Anfang April 2016 in Metz haben beide Länder unter anderem vereinbart, den bilateralen Dialog zum Thema Integration zu fördern. Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und der französische Außenminister Jean-Marc Ayrault hatten dazu einen gemeinsam Bericht vorgestellt, der auch den Kommunen bei der Integration eine wichtige Rolle beimisst.

Ein Beitrag von
Walter Leitermann

Die Förderung der Integration soll zu einem Schwerpunktthema des deutsch-französischen Dialogs werden und die Kommunen sollen dabei eine Schlüsselrolle spielen. Das ist der Kern des 18. Deutsch-Französischen Ministerrates, der am 7. April 2016 unter dem Vorsitz von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident François Hollande in Metz tagte. In der Gemeinsamen Abschlusserklärung heißt es hierzu: „Deutschland und Frankreich stehen hinsichtlich der Integration und des sozialen Zusammenhalts in der Gesellschaft vor gemeinsamen Herausforderungen. Beide Länder wollen zusammenarbeiten, um voneinander zu lernen und aus den beiderseitigen Erfahrungen Nutzen zu ziehen.“

Bericht zur Förderung der Integration

Und worum geht es konkret? Dies ist einem [Bericht](#) zu entnehmen, den die saarländische Ministerpräsidentin und Beauftragte für die deutsch-französischen kulturellen Beziehungen, Annegret Kramp-Karrenbauer, und Frankreichs Außenminister Jean-Marc Ayrault vorgelegt hatten und der auf der Sitzung in Metz als Grundlage der Intensivierung der Zusammenarbeit angenommen wurde.

Der Bericht „Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“ geht auf einen Auftrag der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten vom Oktober 2015 zurück. In einem Schreiben an Kramp-Karrenbauer und Ayrault wird ausgeführt, dass für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Frank-

reichs die Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts von entscheidender Bedeutung seien und daher die Integration auch ein Schwerpunktthema der deutsch-französischen Zusammenarbeit sei.

Kramp-Karrenbauer und Ayrault haben daraufhin einen 39-seitigen Bericht vorgelegt. Während im ersten Teil des Berichts der Sachstand der Integration in Frankreich und Deutschland dargestellt ist, werden im zweiten Teil Vorschläge zu bilateralen Projekten und Initiativen zur Förderung der Integration und des Zusammenlebens aufgelistet. Der Austausch über gute Praktiken wird zu einem zentralen Element der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zum Thema Integration erklärt, wobei dabei vor allem auf die Vernetzung auf kommunaler Ebene unter Nutzung des Potenzials der deutsch-französischen Partnerschaften gesetzt wird. „Integration geschieht vor Ort in den Kommunen. Ihnen kommt bei diesem Thema eine Schlüsselrolle zu“, so Kramp-Karrenbauer und Ayrault in ihrem Bericht.

Rolle der Städtepartnerschaften bei der Integration

Die bestehenden deutsch-französischen Städtepartnerschaften sollten als Plattform zum Best-Practice-Austausch genutzt werden, in denen man sich über Integrationspolitik, die Aufnahme von Flüchtlingen und die Städtebaupolitik austauscht, so einer der Vorschläge. Um Anreize zur Entwicklung neuer lokaler Initiativen zu schaffen, wird darüber

Bericht von
Frau Annegret Kramp-Karrenbauer
und Herrn Jean-Marc Ayrault zur
**Förderung der Integration in
unseren Gesellschaften**

Überreicht an die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
und an den Präsidenten der Republik Frankreich
anlässlich des 18. Deutsch-Französischen Ministerrats
Metz, 07. April 2016

Der Bericht „Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“ enthält Vorschläge zu bilateralen Projekten und Initiativen zur Förderung der Integration und des Zusammenlebens

Zum Autor:

Walter Leitermann ist stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

hinaus angeregt, einen „Preis für die deutsch-französischen Städtepartnerschaften, bei denen es eine gelungene Zusammenarbeit im Bereich der Integration gibt“, zu schaffen. Die Städtepartnerschaften könnten auch die Basis für ein Netz der „Partnerschaften zwischen Organen der partizipativen Demokratie, wie zum Beispiel Stadtteilräten und Ausschüssen und Integrationsbeiräten“ sein.

Unter der Überschrift „Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe und Kampf gegen Diskriminierung“ plädieren Kramp-Karrenbauer und Ayrault dafür, „Zielgruppen mit besonderem Förderbedarf stärker in die deutsch-französische Mobilität“ einzubeziehen. Sie zielen damit insbesondere auf Jugendliche mit besonderem sozialem Förderbedarf ab, deren Anteil an den Austauschprogrammen des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW) steigen soll. Erwähnt wird in diesem Zusammenhang der Deutsch-Französische Freiwilligendienst Opportunities. Dies ist ein neuer Freiwilligendienst für Jugendliche mit besonderem sozialen Förderbedarf, der die Erprobung eines Mobilitätsprogramms für Zielgruppen ermöglicht, die sonst wenig Zugang zu dieser Form der Mobilität haben.

Dem Ziel, Jugendliche als besondere Zielgruppe anzusprechen, dient auch der Vorschlag, Jugendräte zwischen deutschen und französischen Kommunen oder Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf einzurichten. Hier könnte man auf bereits bestehende Beispiele aufbauen, da der französische Verband der Kinder- und Jugendräte (ANACEJ) bereits solche Partnerschaften zwischen deutschen und französischen Kommunen organisiert hat.

Um Aktivitäten gegen Diskriminierung auf kommunaler Ebene zu fördern, schlagen Kramp-Karrenbauer und Ayrault vor, dass sich Deutschland von Frankreich inspirieren lässt und „ein Label der Vielfalt für Verwaltungen und Gebietskörperschaften nach französischem Vorbild“ einführt. In Frankreich gibt es einen solchen Preis seit 2012 für Kommunen. Er wird für drei Jahre befristet vergeben. An dieser Stelle des Berichts werden die Deutsche und Französische Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sogar explizit genannt: „Bei den Konferenzen der Gemeinden und Regionen Europas mit seinem französischen Partner, der Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe (AFCCRE), könnte ein solches Label offiziell vergeben werden.“

Wenn Kramp-Karrenbauer und Ayrault in ihrem Bericht von der Schlüsselrolle der Kommunen bei dem Bemühen sprechen, das Thema Integration stärker ins Zentrum des

deutsch-französischen Dialogs zu stellen, konzentrieren sie sich zwar auf die Kommune im Sinne der Kommunalverwaltung und der Kommunalpolitik, aber sie bleiben nicht bei dieser Engfassung stehen. Zum Begriff Kommune gehören ihrem Verständnis nach auch die wirtschaftlichen und sozialen Akteure in den Kommunen, die ebenfalls angesprochen und in die Pflicht genommen werden. Folgerichtig gibt es in dem Bericht auch die Kapitel „Bildung und Forschung“, „Wirtschaft, Beschäftigung und Ausbildung“ sowie „Kultur, Sport und Medien“, in denen die Hochschulen, die Wirtschaft („Auch die Wirtschaft ist gefordert“) und Kultureinrichtungen angesprochen werden.

Um die deutsch-französische Zusammenarbeit zum Thema Integration zu verstetigen, wird in dem Bericht die Einrichtung eines „Deutsch-Französischen Rates für die Integration in unseren Gesellschaften“ vorgeschlagen. „Dieser könnte die auf der Ebene der Gemeinden gewonnenen Erfahrungen berücksichtigen, das DFJW, die Zivilgesellschaft, Vereine, Wissenschaftler beider Länder und Verwaltungen beteiligen und konkrete Projekte zur Förderung der Integration unterstützen“, so Kramp-Karrenbauer und Ayrault in ihren Empfehlungen an die Regierungen der beiden Länder.

Kein Gesamtkonzept und kein Fahrplan

Kramp-Karrenbauer und Ayrault setzen in ihrem Bericht große Hoffnungen auf die Kommunen, was sicherlich angesichts der Tatsache, dass Integration vor Ort in den Kommunen geschieht, berechtigt ist. Sie lassen sie am Ende aber auch alleine, denn abgesehen von dem Vorschlag für den „Deutsch-Französischen Rat für die Integration in unseren Gesellschaften“ machen sie keine konkreten Empfehlungen, wie die zahlreichen Vorschläge und die daraus resultierenden Aktivitäten zu einem ergebnisorientierten Ganzen zusammengeführt werden können. Und vor allem enthält der Bericht keinen „Fahrplan“, der es erlauben würde, sich auf gewisse zeitliche Koordinaten für die Umsetzung der Vorschläge zu verständigen. Dabei geht es keinesfalls darum, den Kommunen vorzugeben, was sie bis wann umsetzen sollen, sondern darum, sich auf einige inhaltliche und zeitliche Eckpunkte zu verständigen, die es erlauben, dem Prozess der Intensivierung des deutsch-französischen Dialogs zum Thema Integration eine gewisse Struktur und damit Transparenz zu geben. ■

Infos

Bericht „Förderung der Integration in unseren Gesellschaften“:

☞ http://www.saarland.de/dokumente/res_stk/2016-04-07_Bericht_an_DFMR.pdf

Deutsch-Französische Konferenz mit polnischen Partnern in Dijon:

Mobilität der Jugendlichen in Europa fördern

Die Französische Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas „Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe“ (AFCCRE) hatte Mitte März 2016 zur deutsch-französischen Jahreskonferenz nach Dijon eingeladen. Unter dem Motto „Jugendliche besser einbeziehen, ihr Engagement fördern“ ging es bei dem Kongress darum, wie junge Menschen besser in die Arbeit der Städtepartnerschaften integriert werden können. Neben deutschen und französischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern war am ersten Konferenztag auch eine polnische Delegation vertreten.

Ein Beitrag von
Kristina Buchmiller

Zur [deutsch-französischen Jahreskonferenz](#) am 14. und 15. März 2016 konnte der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Dijon, François Rebsamen, rund 150 Vertreterinnen und -vertreter sowie Jugendliche und weitere Gäste aus deutschen, französischen und polnischen Kommunen begrüßen. Passend zum Konferenzthema „Jugendliche besser einbeziehen, ihr Engagement fördern“ verwies Rebsamen auf die Bedeutung von Mobilität für die persönliche und berufliche Entwicklung von jungen Menschen. Er sprach sich dafür aus, kommunale Aktivitäten im Bereich des Jugendaustausches zu fördern.

Patrick Ayache, Vizepräsident des Regionalrats Bourgogne-Franche-Comté, machte deutlich, dass bilaterale Beziehungen gestärkt werden, wenn es einen regen Austausch zwischen den Regionen gibt. Mit Blick auf aktuelle Krisen wie Terrorismus, Klimawandel und Migration bekomme der partnerschaftliche, bilaterale Jugendaustausch einen noch höheren Stellenwert als bisher. Reinhard Sommer, Vorsitzender des Deutsch-Französischen Ausschusses im Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE), sprach den Vertrauensbruch in gemeinsame europäische Werte an und unterstrich, wie notwendig das Engagement der Jugend für Europa sei. Dieses Engagement solle sich in neuen Projekten auf kommunaler Ebene zeigen.



Foto: DStGB

Rund 150 Kommunalvertreterinnen und -vertreter sowie Jugendliche aus Deutschland, Frankreich und Polen nahmen an der Konferenz in Dijon teil

Bertrand Fort, Delegierter für auswärtige Angelegenheiten der Gebietskörperschaften und Generalsekretär der Nationalen Kommission für dezentralisierte Zusammenarbeit in Frankreich, wünschte sich mehr Chancen und Unterstützung für junge Leute, die ins Ausland gehen wollten. Dabei sprach er auch die Zusammenarbeit mit Polen an und seinen Wunsch, diese Zusammenarbeit in Zukunft zu stärken und den Austausch auszubauen. Der Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Lyon, Klaus Ranner, verdeutlichte die positiven Aspekte der Städtepartnerschaften und unterstrich ebenfalls die Wichtigkeit, junge Menschen stärker in die Partnerschaftsarbeit einzubeziehen. Gleich-

Zur Autorin:

Kristina Buchmiller ist Praktikantin im Europabüro des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB) in Brüssel.

zeitig lobte er das Weimarer Dreieck, also die Zusammenarbeit von Deutschland, Frankreich und Polen.

Bedeutung der Mobilität von Jugendlichen

Die anschließende Diskussionsrunde zum Thema „Die Mobilität aller jungen Menschen in Europa: Ein Vorteil für jeden persönlichen und beruflichen Werdegang“ eröffnete Béatrice Angrand, Generalsekretärin des **Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW)**. Sie meinte, dass viel Jugendliche gar nicht wüssten, welche Möglichkeiten ihnen für einen Auslandsaufenthalt offenstehen. Dabei unterstrich sie die Vorteile, die ein Auslandsaufenthalt für die persönliche und berufliche Entwicklung von Jugendlichen habe und dass ein kultureller Austausch auch immer Teil eines Friedensprozesses sei. Sladana Zivkovic, Dezernentin für Internationales in Dijon, betonte, dass Auslandsprogramme stärker auf benachteiligte Jugendliche eingehen sollten und Romain Goetschy, Mobilitätsverantwortlicher der Region Bourgogne-Franche-Comté, wies darauf hin, dass ein Auslandspraktikum nicht nur für Auszubildende hilfreich sein könne, sondern auch für junge Berufseinsteigerinnen und -einsteiger, die noch keine Stelle gefunden hätten. Sie würden ihr Profil mit einem Auslandsaufenthalt schärfen und dank der erworbenen Fremdsprachenkenntnisse würden sie sich von anderen Bewerbern absetzen. Andreas Wolter, stellvertretender Bürgermeister der Stadt Köln und stellvertretender Vorsitzender des Deutsch-Französischen Ausschusses im RGRE, bezeichnete einen Auslandsaufenthalt als bestes Mittel gegen Rassismus.

Bernhard Schaupp vom **Haus Rheinland-Pfalz in Dijon** beleuchtete auch die wirtschaftliche Seite von Austauschmaßnahmen. Unternehmen sprächen sich vermehrt für Berufseinsteiger aus, die Auslandserfahrungen gesammelt hätten, weil sie häufig anpassungsfähiger seien. Schaupp berichtete auch von der deutsch-französischen Freiwilligenarbeit seines Hauses, das jährlich etwa 45 deutschen und französischen Jugendlichen einen Aufenthalt im jeweils anderen Land ermögliche. Nach zwölf Monaten kehrten sie fast zweisprachig und mit neuen Erfahrungen zurück.

Aus universitärer Sicht konnte Sylvie Marchenoir berichten. Sie ist an der Fakultät für Sprachen und Kommunikation der Universität Burgund in Dijon für den internationalen Austausch insbesondere zwischen Dijon und



Foto: DSIGB

Mainz verantwortlich. Das Programm ermögliche Studierende ein doppeltes Diplom, wobei ein Auslandsaufenthalt in Deutschland unverzichtbar sei und gefördert würde. Auch für die Lehrerbildung sei ein Auslandsaufenthalt verpflichtend. Andreas Wolter von der Stadt Köln fügte hinzu, wie wichtig es sei, dass Lehrkräfte ihren Schülerinnen und Schülern Freude am Sprachenlernen vermitteln. Da man Sprachen lerne, um sie auch anzuwenden, plädierte Wolter für einen realitätsnahen Unterricht. Stimmen aus dem Plenum warfen ein, dass es vor allem sinnvoll wäre, wenn Jugendliche, die einen Austausch gemacht hätten, ihre Erfahrungen mit Interessierten teilen und dadurch Ängste abbauen könnten.

Auslandserfahrungen junger Menschen

In der zweiten Gesprächsrunde konnten junge Menschen ihre Erfahrungen mit dem Plenum teilen. Es ging vor allem um die Frage, welche Vorteile ein Auslandsaufenthalt jungen Leuten bietet, aber auch welche Hindernisse dabei überwunden werden müssen. Antonia Stepniak, Studentin in Dijon, stammt aus Polen und nahm schon als Schulkind an einem Austausch in Frankreich teil. Sie hob hervor, wie ein Auslandsaufenthalt den intellektuellen Horizont erweitere, und riet Interessierten, keine Angst vor neuen Erfahrungen zu haben und selbstbewusst mit der Fremdsprache umzugehen. Henri Lim vom **Deutsch-Französischen Jugendausschuss**, einem Netzwerk aus jungen Deutschen und Franzosen, erklärte, dass die Motivation Deutsch zu lernen vor allem aus dem Wunsch heraus entstünde, mit Deutschen zu kommunizieren. Folglich würden Kontakte zu Deutschen

Zur deutschen Delegation gehörten neben Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen auch zahlreiche junge Leute

auch die Motivation steigern, Deutsch zu lernen. Auch sprach er das Weimarer Dreieck an und hob die Vorteile eines tri-nationalen Austausches hervor.

Robin Miska, ebenfalls vom Deutsch-Französischen Jugendausschuss, sprach über die Aufgabe von Städtepartnerschaften, Jugendliche in Programmen zu fördern. Er merkte an, dass die Motivation dafür durchaus vorhanden sei. Entsprechende Instrumente fehlten allerdings oder seien nur rudimentär vorhanden. Um Jugendliche stärker in die Partnerschaftsarbeit einzubinden, sei vor etwa zwei Jahren der Deutsch-Französische Jugendausschuss gegründet worden. Der Ausschuss fördere Projekte, die Jugendlichen im Rahmen von Kommunalpartnerschaften eine Teilnahme an Austauschprogrammen ermögliche. Miska berichtete von „Frooodle“, einem neuen Projekt des Ausschusses. Auf der Internetplattform, die als Vermittlungsbörse fungieren soll, könnten sich deutsch-französische Akteure darstellen und Städtepartnerschaften könnten für Veranstaltungen werben. Wie Miska betonte, biete „Frooodle“ eine Möglichkeit, mehr Öffentlichkeit für deutsch-französische Projekte herzustellen und so auch mehr junge Leute für Austauschprogramme zu begeistern.

Dass viele Jugendliche nur eher zufällig auf Austauschangebote wie etwa den deutsch-französischen Freiwilligendienst des DFJW stoßen, zeigte das Beispiel von Vera Glaser. Die deutsche Freiwilligendienstleistende wünschte sich deshalb, dass solche Programme mehr und besser beworben werden. Sie regte auch einen Austausch zwischen neuen und ehemaligen Freiwilligen an. Dadurch könnten Ängste und Sorgen abgebaut werden.

Amélie Belot, zuständig für den Bereich Europa und Internationales beim Trainingszentrum für die Methoden zur aktiven Erziehung im Burgund (CEMEA), sprach sich dafür aus, junge Menschen, die bereits einen Auslandsaufenthalt absolviert haben, weiterhin in die Arbeit solcher Programme einzubeziehen. Anne-Maëlle Jarlaud und Baptiste Quetier, beide Juniorbotschafter des DFJW, haben genau diese Auslandserfahrungen gemacht und wollen ihre Erfahrungen weitergeben. Jarlaud betonte, dass junge Menschen oft Hemmungen haben, eine fremde Sprache im Ausland einzusetzen. Diese Angst müsse genommen werden. Quetier berichtete, dass er als Juniorbotschafter vor allem in Schulen Werbung für die Programme des DFJW mache.

Mobilität und Berufsausbildung

In der dritten Gesprächsrunde ging es um die Berufsausbildung und die damit verbundenen Möglichkeiten, ins Ausland zu gehen. Als Moderator stellte Dr. Klaus Nutzenberger, Leiter des Europabüros des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, die Frage, was Regionen und Einrichtungen für die Mobilität ihrer Auszubildenden tun. Tomasz Kacprzak, Mitglied des Präsidiums des polnischen Städtetages, berichtete vom regen Praktikantenaustausch zwischen Polen und Deutschland, der nicht nur Vorteile für die Teilnehmenden habe, sondern auch den Austausch der verschiedenen Ausbildungssysteme anrege und verbessere.



Foto: DSIGB

Deutsche und französische Kommunalvertreterinnen und -vertreter tauschten sich über Themen der Jugendpolitik aus

Sylvie Ahier, französische Delegierte des deutsch-französischen Sekretariats für den Austausch der beruflichen Bildung, berichtete von den Austauschprogrammen an Berufsschulen, in Schulungszentren und für Lehrlinge, mit denen vor allem benachteiligte Jugendliche gefördert werden sollen. Ahier kritisierte, dass viele Austauschprogramme nur in bestimmten Regionen und für bestimmte Disziplinen erfolgreich liefen. Dies müsse verbessert werden.

Marie Hoffmann von der Industrie- und Handelskammer Köln meinte, dass es immer schwieriger werde, Auszubildende für Länder zu begeistern, in denen nicht Englisch gesprochen werde. Viele junge Menschen legten mehr Wert darauf, ihre Englischkenntnisse auszubauen als etwa andere Fremdsprachen zu lernen. Vor allem für die weiteren beruflichen Chancen werde Englisch höher eingeschätzt als etwa Französisch. Hoffmann berichtete weiter, dass die Sprachbarriere in kaufmännischen Bereichen besonders hoch sei. Im IT-Bereich fiele es dagegen vielen Auszubildenden leichter, in französische Betriebe zu gehen.

Dr. Klaus Nutzenberger sprach ein weiteres Problem an. Viele Ausbilder und Unternehmen hätten Angst, dass die Auszubildenden nach ihrem Auslandsaufenthalt und nach ihrer Ausbildung die Region oder Firma verließen. Ausbildungskosten wären dann, ökonomisch betrachtet, umsonst investiert. Patrick Ayache aus Besançon sah dagegen keine Notwendigkeit, Arbeitskräfte zwanghaft an einem Ort zu halten. Austauschprogramme böten immer mehr positive als negative Aspekte für eine Region.

Integration von jungen Flüchtlingen

In der gemeinsamen Sitzung von Vertreterinnen und Vertretern der französischen und deutschen Sektionen des RGRE am zweiten Konferenztag wurde über die deutsch-französische Initiative für die Integration von Migranten und Flüchtlingen diskutiert. Angesichts der Flüchtlingskrise plädierte Sladana Zivkovic von der Stadt Dijon zu Beginn der Sitzung für ein einiges Europa. Auch der für die internationalen Beziehungen zuständige Bürgermeister von Nancy, Jean-Michel Berlemont, zeigte sich besorgt. Europa befinde sich auf einem Scheideweg. Der Flüchtlingszustrom, aber auch das bevorstehende Referendum in Großbritannien, schaffe Verunsicherung. Gleichzeitig bleibe Europa, so Berlemont, ein leuchtendes Beispiel für politischen Erfolg.

Cathrin Gräber von der Geschäftsstelle für deutsch-französische Integrationsprojekte in der Staatskanzlei des Saarlandes berichtete von der Idee, einen Preis für deutsch-französische Städtepartnerschaften für Integration auszuloben. In diesem Zusammenhang sprach sie sich dafür aus, auf bestehenden Strukturen aufzubauen. So gebe es in Frankreich bereits ein Label der Vielfalt, mit dem besondere Aktivitäten im Bereich der Integration auf kommunaler Ebene ausgezeichnet werde. Diese Idee könnte auch in Deutschland Schule machen.

Maxime Lefebvre, Sonderbotschafter im Büro des französischen Außenministers Jean-Marc Ayrault zum Ausbau französisch-deutscher Partnerschaften beim Thema Integration, sprach sich vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise dafür aus, konkrete Projekte zu entwickeln, die benachteiligten jungen Menschen die Chance biete, an Austauschprogrammen teilzunehmen. Handelnde Akteure müssten dabei Verbände und Kommunen sein. Nach Lefebvres Ansicht sollte man das Thema Integration zu einem deutsch-französischen Thema machen, bei

dem die Kommunen eine wichtige Rolle übernehmen sollten.

Auch das Publikum beteiligte sich rege an der Diskussion. Verschiedene Punkte wurden angesprochen. So wurde gefordert, Projekte für Jugendliche besser zu kommunizieren. Außerdem wurde der Fremdsprachunterricht an Schulen kritisiert. Dieser sei zu trocken und würde sich nicht an realen Situationen orientieren. Schulen legten zumeist mehr Wert auf schriftliche als auf mündliche Ausdrucksweise. Mit Blick auf die Kommunalpartnerschaften warf ein Teilnehmer ein, dass viele Partnerschaften erneuert werden müssten.

Christian Choquart vom Büro für Immigration und Integration in der Region Dijon schlug eine Art Integrationsvertrag vor, in dem Rechte und Pflichten der Flüchtlinge festgelegt werden könnten, wie etwa Kurse zur Bürgerkunde und Sprachunterricht. Christoph Schnaudigel, Landrat des Landkreises Karlsruhe, kritisierte die Bearbeitungsdauer von Asylanträgen, die teilweise drei Jahre betrage. Zudem meinte er, dass man sich von der Vorstellung lösen müsse, dass Flüchtlinge die Fachkräfte von Morgen seien. Sie seien es höchstens von Übermorgen, so Schnaudigel.

Christiane Overmans, Stadtverordnete der Stadt Bonn, zeigte sich unzufrieden mit der nationalen Administration. Sie appellierte für mehr Zusammenarbeit und einen besseren Austausch von Erfahrungen, da es vor allem dort Probleme bei der Integration gebe, wo wenig Erfahrung vorhanden sei. Nancys Bürgermeister Jean-Michel Berlemont beendete die Sitzung mit einem zuversichtlichen Blick in die Zukunft Europas. Er forderte alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf, die bestehenden Probleme anzugehen. ■



Foto: DSIGB

Der Vorsitzende des Deutsch-Französischen Ausschusses der Deutschen Sektion des RGRE, Reinhard Sommer (Mitte), der Koordinator des Ausschusses, Dr. Klaus Nutzenberger (links), und Harald Eichner, Kreistagsabgeordneter im Rhein-Sieg-Kreis, nahmen viele Anregungen aus Dijon mit

Infos

Informationen der Association Française du Conseil des Communes et Régions d'Europe zur Konferenz (französisch):

☞ <http://www.afccre.org/fr/actualites/dijon-plaidoyer-en-faveur-de-lengagement-des-jeunes-dans-les-jumelages-et-les-partenariat#.VoQoYP9JlpM>

Deutsch-Französisches Jugendwerk:

☞ <https://www.dfjw.org/>

Haus Rheinland-Pfalz in Dijon:

☞ <http://www.maison-rhenanie-palatinat.org/>

Deutsch-Französischer Jugendausschuss:

☞ <http://dfja.eu/>

Preise des Europarates für vorbildliche Partnerschaftsarbeit:

Europapreis für Girona in Spanien

Die spanische Stadt Girona erhält in diesem Jahr den Europapreis des Europarates für die Förderung des europäischen Gedankens und des Miteinanders der Menschen in Europa. Insgesamt zeichnet der Europarat in Straßburg 29 europäische Städte und Gemeinden mit Preisen für vorbildliche Partnerschaftsarbeit aus. Darunter sind auch zehn deutsche Kommunen.

Ein Beitrag von
Barbara Baltsch

Der **Europapreis** und damit die höchste Auszeichnung des Europarates für vorbildliche Partnerschaftsarbeit geht in diesem Jahr an die Stadt Girona in Spanien. Diese Entscheidung trafen die Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und nachhaltige Entwicklung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auf ihrer Plenarsitzung im April 2016 in Straßburg. Girona setzte sich gegen die Städte Bamberg und Sinzing in Deutschland, Iwano-Frankiwsk in der Ukraine und Lublin in Polen durch, die ebenfalls in der engeren Auswahl für den Europapreis waren und vom Ausschuss für ihre Leistungen beglückwünscht wurden.

Die Stadt Girona erhält den Europapreis für ihr vielfältiges Engagement für Europa. Wie die Parlamentarische Versammlung mitteilte, ist die Stadt in vielen europäischen Initiativen und Projekten aktiv. Sie sensibilisiere die örtliche Bevölkerung für die Ursachen von wirtschaftlichen Ungleichheiten und fördere aktiv europäische Werte wie Toleranz, Dialog, Frieden und die Achtung der Menschenrechte. Die Stadt habe dafür bereits 1984 die Ehrenfahne und im Jahr 2013 die Ehrenplakette des Europarates erhalten.

Neben der spanischen Stadt Girona ehrt der Europarat in diesem Jahr noch weitere lokale Gebietskörperschaften mit Ehrenplaketten, Ehrenflaggen und Europadiplomen. Darunter sind auch wieder deutsche Kommunen. Über die zweithöchste Auszeichnung und die Ehrenplakette können sich die Städte Besigheim und Murrhardt in Baden-Württemberg, Coburg und Erlangen in Bayern sowie



Foto: Doronenko / Wikimedia Commons

Gotha in Thüringen freuen. Die Ehrenflagge erhält die Stadt Herbolzheim in Baden-Württemberg. Das Europadiplom geht an die Städte Baiersdorf in Bayern, Rodgau in Hessen, Wolfsburg in Niedersachsen und an den Markt Wolnzach in Bayern.

Der Europapreis wurde 1955 von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates ins Leben gerufen und ist die höchste Auszeichnung, die Kommunen für ihr Engagement für Europa erhalten können. Der Preis besteht aus einer Wandertrophäe, einer Medaille, einer Urkunde und einem Stipendium für eine Studienreise innerhalb Europas für junge Menschen aus der ausgezeichneten Stadt. ■

Die Stadt Girona im Nordosten von Katalonien setzt sich mit vielen Initiativen aktiv für ein starkes Europa ein

Infos

Europapreis des Europarates:

☞ http://website-pace.net/en_GB/web/apce/the-europe-prize

Zur Autorin:

Barbara Baltsch ist Redakteurin der Zeitschrift „Europa kommunal“.

Europakongress des Europäischen RGRE in Nikosia:

Großes Netzwerkstreffen zu wichtigen Zukunftsfragen

Mit 53 Teilnehmerinnen und Teilnehmern stellte die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) eine der größten Delegationen beim Europakongress des europäischen Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR), der vom 20. bis 22. April 2016 in Nikosia stattfand. Unter dem Motto „Die Zukunft startet heute! Eine kommunale und regionale Vision für Europa im Jahr 2030“ kamen insgesamt rund 500 Kommunalpolitikerinnen und -politiker zusammen, um in 30 verschiedenen Foren und Workshops eine Vielzahl kommunaler Themen zu diskutieren.

Ein Beitrag von
Walter Leitermann und
Lyudmyla Dvorkina

Aus deutscher Sicht stand vor allem das Thema der europäischen Flüchtlings- und Migrationspolitik im Zentrum des Interesses. Nachdem die Europäische Kommission nur wenige Tage vor dem [Europakongress](#) in Nikosia ihre Vorstellungen für ein künftiges gemeinsames Europäisches Asylsystem vorgestellt hatte, gab es einen aktuellen Bezugspunkt für die Debatte. Diese fand unter anderem im Rahmen eines der ersten Foren des Kongresses unter dem Titel „Integration der Flüchtlinge in lokale Gemeinschaften“ statt. Dazu hatte der [„Council of European Municipalities and Regions“](#) (CEMR) sechs Referentinnen und Referenten aus der Europäischen Kommission und dem Europarat sowie einige Vertreterinnen und Vertreter europäischer Städte eingeladen. Auch der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz, nahm am Podium teil und stellte die Aktivitäten der Stadt Mannheim bei der Integration von Flüchtlingen vor.

Mannheimer Beispiel zur Integration

Nach Aussagen von Dr. Kurz zählte die Stadt Mannheim bereits im November 2015 etwa 15.000 Flüchtlinge. Gleichzeitig hätte



Foto: CEMR

Der Oberbürgermeister der Stadt Mannheim, Dr. Peter Kurz, stellte in Nikosia die Aktivitäten der Stadt Mannheim bei der Integration von Flüchtlingen vor

es ein starkes Engagement in der Zivilbevölkerung gegeben. Hunderte Freiwillige hätten sich bereit erklärt, die Flüchtlinge zu unterstützen. Dr. Kurz erklärte außerdem, dass in Mannheim acht Beauftragte für Flüchtlinge ernannt und öffentliche Fördermittel für Flüchtlinge bereitgestellt worden seien. Allerdings verlief der Prozess der Aufnahme von Flüchtlingen in Mannheim nicht ohne Schwierigkeiten, da die Stadt durchaus auch mit Vorurteilen in der Bevölkerung konfrontiert sei. Die Stadt nehme die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst. Sie trete mit ihnen in den Dialog und organisiere Veranstaltungen zum Flüchtlingsthema. Mannheim plane

Zu den Autoren:

Walter Leitermann ist stellvertretender Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Lyudmyla Dvorkina ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).



Rund 500 Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus ganz Europa kamen in der zyprischen Hauptstadt Nikosia zusammen, um über wichtige Zukunftsfragen zu diskutieren

derzeit, mit Unterstützung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger und nicht nur des Bürgermeisteramtes, eine Deklaration, die sich gegen Diskriminierung jeglicher Art richten werde.

Oberbürgermeister Dr. Kurz beendete seinen Vortrag mit einer Botschaft an die europäischen Städte, in die Integration jedes einzelnen Individuums zu investieren. In der Vergangenheit sei die Chance verpasst worden, die Wichtigkeit der langfristigen Integration anzuerkennen, so Dr. Kurz. Dabei zeigte er sich sicher, dass die europäischen Städte einen wesentlichen Beitrag zu einem Ausweg aus der Krise leisten könnten.

In der anschließenden Fragerunde kamen die unterschiedlichen Ansichten innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Flüchtlingskrise deutlich zum Ausdruck. Die tschechische Delegation stellte ihre Position zur Flüchtlingsverteilung und Integration vor und machte deutlich, dass sie nicht mit der europäischen Flüchtlingspolitik – und damit auch nicht mit der Verteilung der Flüchtlinge in Europa – einverstanden sei. Einer der tschechischen Kommunalpolitiker stellte abschließend mit pessimistischem Unterton die eher rhetorische Frage, wie etwa das Leben in Deutschland angesichts des Flüchtlingszustroms in zwei, drei oder mehr Jahren aussehen werde.

Kommunen und Dezentralisierung

Neben dem derzeit dominierenden Thema der europäischen Flüchtlingspolitik ließ der Europakongress aber auch genügend Raum für andere Themen, die für die Kommunen von Bedeutung sind. Dazu gehörten etwa

die Frage nach der Rolle der Kommunen im europäischen Machtgefüge, Dezentralisierungsansätze in den Mitgliedstaaten der EU, nachhaltige Entwicklung in den Kommunen, Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kommunen, Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, kommunale Gleichstellungspolitik und Ansätze kommunaler Entwicklungszusammenarbeit unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft.

In den zahlreichen Foren zeigte sich mitunter eine verblüffende europaweite Übereinstimmung von Problemen und Widerigkeiten, mit denen Kommunen zu kämpfen haben. So etwa, als Vertreter spanischer und französischer Kommunen beim Thema Dezentralisierung berichteten, dass die Dezentralisierungsbemühungen vielfach auf der regionalen Ebene endeten und sich die Regionen gegenüber den Kommunen als „neue Zentralregierungen“ gerierten. Oder wenn beklagt wurde, dass zwar Aufgaben auf die kommunale Ebene übertragen, nicht aber die für die Aufgabenerfüllung nötigen Finanzmittel zur Verfügung gestellt würden.

Dass es beim Thema Dezentralisierung nicht nur um Aufgaben- und Mittelübertragungen geht, sondern auch um Personalfragen, machte ein Beitrag deutlich, der in der These gipfelte, dass es ohne Ausbildung keine Dezentralisierung gebe. Dahinter steht die nachvollziehbare Einsicht, dass die Übertragung von Aufgaben und Verantwortung auf die Kommunen auch einer gut ausgebildeten Verwaltung bedarf, die in der Lage ist, die Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Europaweit gibt es in Bezug auf die Situation der Kommunen und Regionen derzeit vier Reformtrends, meinte eine Referentin

Infos

Council of European Municipalities and Regions:

☞ <http://www.ccre.org/>

Europakongress des Council of European Municipalities and Regions:

☞ <http://www.cemr2016.eu/>

vom Centre of Expertise for Local Government des Europarates: Dezentralisierung im Sinne der Übertragung von Kompetenzen und Ressourcen, territoriale Konsolidierung durch Gebietsreformen, verstärkte Zusammenarbeit von Kommunen und Reformen zur Verbesserung der Qualität und Erbringung kommunaler Leistungen.

Nachhaltige Entwicklung und Klimaschutz

Zum Thema der nachhaltigen Entwicklung bot der Europakongress mehrere Foren an, in denen jeweils Teilaspekte der Nachhaltigkeit erörtert wurden. Im Workshop „Innovation auf kommunaler Ebene – Lösungen zur Entwicklung unserer Städte“ stand das Thema „Zersiedlung“ im Fokus. Ziel der Europäischen Union ist es, den Flächenverbrauch bis zum Jahr 2050 auf null zu senken. Wenn man berücksichtigt, dass zum Beispiel in Deutschland der Flächenverbrauch pro Tag bei 70 Hektar liegt, wie einer der Referenten ausführte, wird deutlich, welcher Weg noch zu gehen ist und welchen Stellenwert das Thema „Urban sprawl“ – so der englische Fachterminus – in der Diskussion um die nachhaltige Entwicklung einnimmt.

Das Thema Klimawandel wurde im Rahmen des Forums „Möglichkeiten und Verantwort-



Foto: CEMR

Der Landrat des Landkreises Ludwigsburg, Dr. Rainer Haas (rechts), nahm als Vizepräsident der Deutschen Sektion des RGRE am Europakongress in Nikosia teil

ung der Städte und Regionen nach COP 21“ behandelt. COP 21 steht für die 21. Weltklimakonferenz, die vom 30. November bis 11. Dezember 2015 in Paris stattfand. In der Diskussion wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass der Klimawandel erhebliche Investitionen in die Technologie und somit in Zukunft braucht. Gleichzeitig wurde betont, dass mehr in Bildung investiert werden müsse, damit in der Bevölkerung mehr Verständnis für Nachhaltigkeit entwickelt werden könne. Hervorgehoben wurde auch die Wichtigkeit der politischen Entscheidungen bezüglich der Klimafragen, die vor allem auf lokaler Ebene mit den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden müssten.

Zehn Jahre Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern

Deutsche Unterzeichner bei Umsetzung vorn

Der europäische Dachverband des Rates der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) und seine nationalen Mitgliedsverbände feiern in diesem Jahr das zehnjährige Bestehen der Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene. Mit der Verabschiedung der Charta am 12. Mai 2006 auf dem Europakongress in Innsbruck setzte der europäische Kommunalverband ein Projekt in Gang, das wohl zu den erfolgreichsten Aktivitäten des CEMR zählt. Insgesamt 1.533 Kommunen aus 33 europäischen Ländern haben die Charta bisher unterzeichnet. An der Spitze der CEMR-Mitgliedsektionen mit den meisten Unterzeichnerkommunen steht Italien mit 418 Kommunen, gefolgt von Frankreich mit 192 und Spanien mit 129 Kommunen. In Deutschland haben 46 Städte, Landkreise und Gemeinden die Charta unterzeichnet und sich damit zur Umsetzung ihrer Ziele bekannt.

Zentrales Instrument zur Umsetzung der Charta sind sogenannte Aktionspläne, in denen die Unterzeichnerkommunen darlegen, wie sie die Ziele der Charta vor Ort verwirklichen wollen. Hier zeigt sich, dass in Deutschland die Umsetzung der Charta

besonders engagiert vorangetrieben wird. Rund 50 Prozent der deutschen Unterzeichnerkommunen haben Aktionspläne vorgelegt. In Italien sind es nur rund drei Prozent, in Frankreich rund acht und in Spanien rund zehn Prozent. Das deutsche Engagement zeigt sich auch in den bisher zwei nationalen Konferenzen im November 2013 in Frankfurt am Main und im März 2016 in Wuppertal, bei denen sich die deutschen Unterzeichnerkommunen auf Einladung der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zum Erfahrungsaustausch trafen.

Kommunen, die an dem Thema Gleichstellung interessiert sind, sollten sich jetzt schon das Jahr 2018 vormerken. Dann wird in Bilbao eine europäische Konferenz des CEMR stattfinden, in der es unter dem Titel „Gleichstellung, Vielfalt und Beteiligung“ auch um die Themen der Charta gehen wird.

Informationen der Deutschen Sektion des RGRE zur Europäischen Charta der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene:

☞ <http://www.rgre.de/gleichstellungo.html>

Am Beispiel der britischen Stadt Cambridge präsentierte die Sprecherin des CEMR für Klima und Energie, Sian Reid, die Klimastrategie ihrer Stadt. Mit einigen nachvollziehbaren Argumenten überzeugte sie die am Workshop teilnehmenden Kommunalpolitikerinnen und -politiker, ihre kommunalen Klimastrategien deutlich zu kommunizieren, so dass die Bürgerinnen und Bürger darauf aufmerksam würden. So schlug Reid vor, in den Kommunen Tage der offenen Tür zu organisieren, die jeweilige Klimaagenda mit sogenannten Straßenbriefen (street letters) bekannt zu machen oder auch die in den Kommunen bereits vorhandenen Elektrofahrzeuge deutlich zu kennzeichnen.

Neben der Bestätigung eigener Erfahrungen und Erkenntnisse, der Vermittlung neuer Einsichten sowie dem Erfahrungsaustausch mit Kolleginnen und Kollegen aus anderen europäischen Ländern bot der Europakongress des CEMR die Chance zu zahlreichen Begegnungen, die über die Kon-



Foto: CEMR

gresstage hinaus wirken können – sei es, dass Kooperationsprojekte angestoßen werden oder Institutionen entdeckt wurden, die mit ihrem Serviceangebot eine Hilfe für die Arbeit in der eigenen Kommune darstellen können.

Der nächste Europakongress des europäischen Dachverbandes „Council of European Municipalities and Regions“ findet im Jahr 2020 statt. Ein Austragungsort wurde noch nicht bestimmt. ■

Zur deutschen Delegation beim Europakongress in Nikosia gehörte auch der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Bürgermeister Roland Schäfer aus Bergkamen (Mitte)

Positionspapier für eine gemeinsame europäische Asylpolitik

CEMR unterstützt Europäische Kommission

Der Europäische Rat der Gemeinden und Regionen Europas „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) hat sich mit einem weiteren Positionspapier zur Flüchtlingskrise zu Wort gemeldet. Nachdem der europäische Kommunalverband sich in der Sitzung seines Präsidiums im Dezember 2015 in Paris mit einer Resolution erstmals als kommunale Stimme in die europäische Diskussion einbracht hatte, ging es in der Sitzung am 20. April 2016 in Nikosia darum, sich konkreter und vor dem Hintergrund der von der Europäischen Kommission in ihrer Mitteilung vom 6. April 2016 vorgelegten Vorschläge zur Reform des europäischen Asylsystems zu äußern.

In seinem Positionspapier „Call for a real common European Asylum Policy“ betont der CEMR, dass die Flüchtlingskrise auf europäischer Ebene gelöst werden muss und erneuert in diesem Zusammenhang seinen Appell an die europäische Solidarität. Im Sinne der Europäischen Kommission fordert der Verband ein Umverteilungssystem, das über die Beschlüsse vom September 2015 zur Verteilung von 160.000 Flüchtlingen aus Griechenland, Italien und Ungarn hinausgeht. Das EU-Türkei-Abkommen nimmt der CEMR zur Kenntnis, lässt aber mit der Forderung nach einer gründlichen Überwachung seiner Umsetzung und einer Bewertung seiner Ergebnisse doch einen kritischen Unterton erkennen.

Unter der Überschrift „Finanzielle Aspekte“ fordert der CEMR eine Anpassung der Operationellen Programme in der laufenden Förderperiode der Europäischen Strukturfonds an die neuen Gegebenheiten, um in stärkerem Maße Maßnahmen im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise finanzieren zu können. Darüber hinaus schlägt der Verband vor, zinslose Kredite der Europäischen Investitionsbank zur Verfügung zu stellen.



Foto: CEMR

Der Hauptausschuss des Europäischen Rates der Gemeinden und Regionen verabschiedete in Nikosia ein Positionspapier für eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Asylpolitik

Unter Bezug auf die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes tritt der CEMR zudem für Wohnsitzauflagen für Flüchtlinge ein, die Sozialleistungen beziehen. Mit dem Hinweis, dass erfolgreiche Integration voraussetzt, dass die Flüchtlinge europäische Werte respektieren, macht der CEMR deutlich, dass Integration ein Projekt ist, das Anstrengungen auf beiden Seiten – den Aufnahmeländern und den Geflüchteten – erfordert.

Positionspapier „Call for a real common European Asylum Policy“:

☞ http://ccre.org/img/uploads/piecesjointe/filename/CEMR_Call_for_a_real_common_european_asylum_policy_EN.pdf

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Köln:

Unterstützungsangebote für Kommunen vorgestellt

Die zweite Sitzung der zweiten Mandatsperiode des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) fand am 4. und 5. April 2016 im Rathaus der Stadt Köln und beim Deutschen Städte- tag statt. Im Zentrum der Sitzung, an der 33 Ausschussmitglieder und Gäste teilnahmen, standen neue Vorhaben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Stärkung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Ein Beitrag von
Sabine Drees

Vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) nahm Dr. Doris Witteler-Stiepelmann an der Sitzung des **Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit** teil. Sie gab einen Überblick über die Aktivitäten des BMZ. Wie Dr. Witteler-Stiepelmann berichtete, ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit sprunghaft angestiegen. Während vor zwei Jahren noch 260 deutsche Kommunen Partnerschaften mit Städten in Ländern der Entwicklungszusammenarbeit pflegten, seien es heute bereits 465 deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden. Bundesminister Dr. Gerd Müller wolle die Zahl in den nächsten Jahren auf 1.000 Kommunen erhöhen.

Wie Dr. Witteler-Stiepelmann ausführte, hätten insbesondere neue globale Herausforderungen wie die Flüchtlingskrise der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit einen Bedeutungsschub verpasst. Als einen besonderen Schwerpunkt des BMZ nannte sie daher auch kommunale Nahost-Initiativen. So stelle zum Beispiel der Zuzug vieler syrischer Flüchtlinge in die Aufnahmeländer Libanon, Jordanien und Türkei die dortigen Kommunen vor große Herausforderungen bei der Basisversorgung. Es gelte, diese Aufnahmekommunen durch kommunales Know-how bei der Aufrechterhaltung ihrer Daseinsvorsorge zu unterstützen.

In der anschließenden Diskussion wurde zwar betont, dass Kommunen in Deutschland

über ein enormes Potenzial an Erfahrungen und Fertigkeiten verfügten, hier substanziell zu helfen. Aufgrund der begrenzten Kapazitäten stünden allerdings zunächst bestehende Partnerschaften im Vordergrund. Dem Aufbau von neuen Partnerschaften stünden zudem ein erheblicher Rechtfertigungsdruck sowie finanzielle und bürokratische Hindernissen gegenüber. Hier erwarteten die Kommunen die Unterstützung des BMZ.

Neue Finanzierungsinstrumente des BMZ

Der Leiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, Dr. Stefan Wilhelmy, stellte in der Sitzung neue Instrumente für finanzielle und personelle Unterstützung in der kommunalen Entwicklungspolitik des BMZ vor. Im Rahmen des neuen **„Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“** erhielten Kommunen Einstiegshilfen in neue Maßnahmen und Partnerschaften der kommunalen Entwicklungspolitik. Förderfähig seien sowohl Bildungs- und Informationsarbeit, konzeptionelle Weiterentwicklung und Qualifizierung sowie vernetztes Handeln als auch Begegnungen mit kommunalen Partnern aus dem Globalen Süden. Antragsberechtigt seien kommunale Akteure sowie Verbände und kommunale Unternehmen. Projekte würden dabei mit bis zu 20.000 Euro gefördert. Wie Dr. Wilhelmy

Zur Autorin:

Sabine Drees ist Referentin für Auslandsangelegenheiten des Deutschen Städtetages (DST) und Koordinatorin des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

ausführte, könne der Kleinprojektfonds auch als Vorbereitungsprojekt für das Finanzierungsinstrument [☑ „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“](#) (NAKOPA) genutzt werden. Außerdem könnten Anträge ganzjährig gestellt werden.

Ein weiteres neues Finanzierungsinstrument wird das Programm „Personelle Unterstützung: Koordinatoren für kommunale Entwicklungspolitik“. Wie Dr. Wilhelmy mitteilte, sollen im Rahmen des Programms, in das auch kommunale Unternehmen einbezogen würden, Kommunen mit Potenzial für die Entwicklungszusammenarbeit personell unterstützt werden. Das Programm orientiere sich dabei am Konzept des „Klimaschutzmanagers“. Allerdings würden Personalkosten nur für zusätzliche Aufgaben der Entwicklungszusammenarbeit erstattet, bereits bestehende Aufgaben würden nicht finanziert. Als mögliche Themen, die im Rahmen der vom BMZ finanzierten befristeten Stelle behandelt werden könnten, nannte Dr. Wilhelmy die 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung, den Fairen Handel, Partnerschaften mit Kommunen im Globalen Süden sowie den Bereich Migration und Entwicklung. Der von den Kommunen zu erbringende Eigenanteil für die Finanzierungsinstrumente liege bei zehn Prozent, was von den anwesenden Kommunalvertreterinnen und -vertreter als problematisch angesehen wurde.

Im Anschluss überprüften die Teilnehmerinnen und Teilnehmer anhand von Beispielen antragsfähige Projektideen und den Aufbau von Projekten. Dabei stimmten sie überein, auch ehemalige Kommunalpolitikerinnen und -politiker sowie ehrenamtlich Engagierte in kommunale Austauschvorhaben einbeziehen zu wollen.

Best-Practice-Beispiel im Rahmen von NAKOPA

Johanna Pulheim vom Büro für Internationale Angelegenheiten der Stadt Köln stellte das Programm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (NAKOPA) anhand konkreter Projekte vor, bei denen die Stadt Köln mit Alcaldia de Corinto in Nicaragua zum Katastrophenschutz zusammenarbeitet. Der Katastrophenschutz hat große Bedeutung in Corinto, da es dort aufgrund von Überschwemmungen und Erdbeben bereits Küstenabtragungen gegeben hat. Wie Pulheim erläuterte, habe man den Katastrophen- und Küstenschutz im Rahmen von zwei Projekten ausbauen können. Die erste Projektsumme habe dabei 130.000 Euro und die zweite 600.000 Euro betragen.



Foto: RGRE / Deutsche Sektion

Die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit kamen Anfang April in Köln zusammen

Pulheim berichtete weiter, dass im Katastrophenfall nun für 200 Personen eine Erstversorgung sichergestellt sei. Als positiv bewertete sie die kompetenten Projektleiter vor Ort. Schwierigkeiten hätten sich insbesondere durch Währungsschwankungen, Kosten für Finanztransfers und das Bauen in einem fernen Land ergeben. In diesem Zusammenhang forderte der Ausschuss, dass Währungsrisiken durch das BMZ abgesichert werden müssten.

Bildung von Arbeitsgruppen

Für die zukünftige Arbeit beschlossen die Mitglieder des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit die Bildung von vier Arbeitsgruppen zu den Themen „Trilaterale Beziehungen“ gemeinsam mit dem Deutsch-Französischen Ausschuss, „Migration und Flucht“, „Agenda 2030“ und „Strukturen“. Die Arbeitsgruppen sollen ihre Tätigkeit selbstständig organisieren und in der nächsten Ausschusssitzung über erste Ergebnisse berichten. Die nächste Sitzung wurde für den 23. und 24. November 2016 angesetzt. Sie wird in der Stadt Baiersdorf stattfinden. ■

Infos

Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit:

☑ http://www.rgre.de/ausschuss_kez.html

Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik:

☑ <http://www.service-eine-welt.de/home/standard-kleinprojektfonds.html>

Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte:

☑ <http://www.service-eine-welt.de/nakopa/nakopa-start.html>

Sitzung des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten:

Brüsseler Gespräche zu aktuellen EU-Themen

Die Mitglieder des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten in der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) trafen sich am 2. und 3. Mai 2016 zu ihrer 39. Sitzung in Brüssel. Auf der Tagesordnung standen zahlreiche kommunalrelevante aktuelle europäische Themen, die mit Vertreterinnen und Vertretern der EU-Institutionen konstruktiv diskutiert wurden.

Ein Beitrag von
Lyudmyla Dvorkina



Foto: RGRE / Deutsche Sektion

Patrick Lefevre (2. v. rechts) von der Generaldirektion Migration und Inneres der Europäischen Kommission berichtete im Arbeitskreis über aktuelle Entwicklungen in der EU-Flüchtlingspolitik

Der Arbeitskreis der EU- und Förderreferenten, der zweimal jährlich tagt, zählt derzeit rund 130 Mitglieder. Davon hatten 40 Vertreterinnen und Vertreter die Reise ins europäische Machtzentrum nach Brüssel angetreten, um sich über europäische Themen und Entwicklungen auszutauschen, die derzeit auch die Europaarbeit in den deutschen Kommunen dominieren. Auf der Agenda standen die aktuelle Flüchtlingspolitik als auch finanzielle Prüfverfahren im Rahmen der Strukturfonds und ihre Auswirkungen auf die kommunale Projektarbeit.

Flüchtlingspolitik der Europäischen Union

Über die aktuellen Entwicklungen in der europäischen Flüchtlingspolitik und die diesbezüglichen Pläne der Europäischen Kommission berichtete Patrick Lefevre von der Generaldirektion Migration und Inneres der

Kommission. Er bekräftigte, dass die Flüchtlingskrise nur durch einen umfassenden, EU-weiten Ansatz gelöst werden könne, zu dem alle EU-Mitgliedstaaten beitragen müssten. Interessant war, dass Lefevre an vielen Stellen seiner Argumentation die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland als nachahmenswertes Beispiel für andere EU-Mitgliedstaaten hervorhob.

Lefevre ging auch auf das aktuell viel diskutierte EU-Türkei-Abkommen ein, das für die Kommission von enormer Bedeutung sei. Obwohl die Türkei Millionen von Flüchtlingen aufgenommen habe und Unterstützung verdiene, solle die Europäische Kommission auf die Einhaltung fundamentaler Menschenrechte und die Achtung des Völkerrechts durch die Türkei bestehen, meinte Lefevre. Darüber hinaus unterstütze die Kommission weiterhin Griechenland mit allen möglichen Mitteln und stelle bedeutende Fonds für die Drittstaaten zu Verfügung, die eine große

Zur Autorin:

Lyudmyla Dvorkina ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE).

Anzahl von Flüchtlingen aufnehmen. Der größte Teil der Fonds – sechs Milliarden Euro – sei jedoch der Türkei zugewiesen worden.

Mit Blick auf das Schengen-Abkommen und der mit dem Flüchtlingszustrom verbundenen Einführung von Grenzkontrollen betonte der Kommissionsvertreter, dass „Schengen“ gerettet werden müsse, in dem man die Außengrenzen insbesondere in Griechenland sichere. Ein Meilenstein solle hier die noch vom Europäischen Parlament zu beschließende Regulierung der europäischen Grenzen sein. Zum Abschluss seiner Ausführungen betonte Lefevre, dass es keine schnelle Lösung für die aktuelle Krise geben werde. Wichtig für die Kommission seien jedoch die Unterstützung der notleidenden Länder sowie das Funktionieren eines gemeinsamen europäischen Asylsystems und des Schengen-Raumes.

Städteagenda und Pakt von Amsterdam

Zum aktuellen Thema der EU-Städteagenda und dem [Pakt von Amsterdam](#) hatte die deutsche RGRE-Sektion mit Richard Baas einen Vertreter der Ende Juni 2016 endenden niederländischen EU-Ratspräsidentschaft eingeladen. Die niederländische Ratspräsidentschaft hat die Städteagenda zu einem der Schwerpunkte ihrer Präsidentschaft erklärt. Baas berichtete, dass derzeit etwa 72 Prozent der Menschen in Europa in Städten lebten. Bis zum Jahr 2040 würden es vermutlich 80 Prozent sein. Aus diesem Grund brauche es eine „stadtfreundliche“ EU-Politik. Der von der niederländischen Ratspräsidentschaft initiierte Pakt von Amsterdam zur Errichtung einer EU-Städteagenda sehe drei Säulen der Politikgestaltung für Städte vor: Bessere Rechtsetzung, wobei die EU-Gesetzgebung auf die Bedürfnisse der lokalen Ebene angepasst werden soll; bessere Finanzausstattung, wobei die EU-Fonds vereinfacht und mit anderen Fonds besser kombinierbar werden sollen sowie ein besserer Wissensaustausch, wobei die Kenntnisse über die städtische Politik und der Erfahrungsaustausch über gute Praxisbeispiele verbessert werden sollen.

Der Pakt von Amsterdam sehe zudem zwölf thematische Prioritäten für eine EU-Städteagenda vor. Dazu gehörten etwa die Themenbereiche städtische Armut, Luftqualität, Klimaanpassung und städtische Mobilität. Die Umsetzung des Pakts von Amsterdam erfolge in sogenannten Partnerschaften, die im Prinzip Arbeitsgruppen



Foto: RGRE / Deutsche Sektion

Rund 40 Mitglieder des Arbeitskreises der EU- und Förderreferenten diskutierten in Brüssel über aktuelle kommunal-relevante Themen der Europapolitik

zu den zwölf Schwerpunktthemen seien. Mitglieder dieser Arbeitsgruppen seien unter anderem Vertreterinnen und Vertreter der EU-Mitgliedsstaaten, der Städte und der Europäischen Kommission. Auch der europäische RGRE-Dachverband „Council of European Municipalities and Regions“ (CEMR) unterstütze die Initiative, indem er unter anderem inhaltliche Anregungen gebe und Mitglieder für die Arbeitsgruppen benenne. Höhepunkt des Pakts von Amsterdam werde das am 30. Mai 2016 geplante informelle Treffen der für die Städtepolitik verantwortlichen Minister der EU-Mitgliedstaaten in Amsterdam sein, bei dem die Agenda verabschiedet werde.

Im Zusammenhang mit der EU-Städteagenda stehen mit den [„Urban Innovative Actions“](#) (UIA) auch die innovativen Maßnahmen für nachhaltige Stadtentwicklung. Jean-Christophe Charlier aus dem UIA-Sekretariat stellte dazu das Antragsverfahren vor. Mit dem Programm „Urban Innovative Actions“ unterstützt die Europäische Kommission Pilotprojekte zur Umsetzung der Städteagenda und nachhaltiger Stadtentwicklung. Wie Charlier mitteilte, stehen dafür in der aktuellen Förderperiode von 2015 bis 2020 insgesamt 372 Millionen Euro zur Verfügung, wobei Einzelprojekte mit höchstens fünf Millionen Euro und 80 Prozent der Gesamtkosten gefördert werden könnten. Eine Besonderheit sei, dass für die ausgewählten Projekte eine Vorauszahlung erfolge. Antragsberechtigt seien Städte oder Agglomerationsgebiete mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Der nächste Aufruf für die Einreichung von Projektvorschlägen sei im Herbst 2016 zu erwarten.

Bessere Rechtsetzung in der EU

Ein weiteres aktuelles Thema der Sitzung bildete die [„Bessere Rechtsetzung“](#). Laut Europäischer Kommission geht es

bei der besseren Rechtsetzung darum, „europäische politische Konzepte und Rechtsvorschriften von Anfang an so zu gestalten, dass die damit angestrebten Ziele zu möglichst geringen Kosten erreicht werden“. Dieser Ansatz soll gewährleisten, dass die EU-Politik offen und transparent, auf der Grundlage der besten verfügbaren Erkenntnisse vorbereitet, durchgeführt und überprüft wird und durch Einbeziehung der Interessenträger Rückhalt erfährt.

Michael Latsch aus dem Generalsekretariat der Europäischen Kommission betonte auf der Sitzung, dass es bereits seit vielen Jahren Bestrebungen für eine bessere Rechtsetzung auf EU-Ebene gebe, die allerdings erst seit der Verabschiedung des „Better Regulation Package“ der Europäischen Kommission 2015 intensiviert worden seien. Der Kommissionsvertreter wies in diesem Zusammenhang auf die Internetseite [☞ „Ihre Stimme in Europa“](#) der Kommission hin, bei der sich Behörden sowie Bürgerinnen und Bürger in allen EU-Amtssprachen über alle laufenden Konsultationen informieren könnten.

Prüfverfahren im Rahmen der EU-Strukturfonds

Auf großes Interesse bei der Sitzung stieß auch das Thema „Finanzielle Prüfverfahren im Rahmen der Strukturfonds auf EU-Ebene und ihre Auswirkungen auf die kommunale Projektarbeit“. Vladislava Hristozova von der Prüfstelle der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europä-

ischen Kommission betonte zunächst, dass die EU-Fonds letztlich Gelder der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler seien und sich auf zwei Prinzipien richteten: Gleichbehandlung und Transparenz. Anhand einer Tabelle stellte sie dann die Kontrollarchitektur der EU-Strukturfonds vor. Dabei wurde deutlich, dass es in Deutschland viele zwischengeschaltete Prüfstellen gibt, die sich zum Teil auch mit der Umsetzung kleiner Projekte beschäftigen und nebenbei die Aufgaben der EU-Projekte übernehmen. Das Problem sei, so Hristozova, dass diese Prüfstellen aufgrund ihrer Kapazitäten manchmal Schwierigkeiten hätten, Projekte korrekt umzusetzen. Behörden dagegen, die große Beiträge verwalteten, würden alle Verordnungen und Direktiven kennen, weil sie sich damit jeden Tag beschäftigten. Die Kommissionsvertreterin empfahl die Errichtung gesonderter Behörden für die Verwaltung von EU-Strukturfonds in Deutschland, wie es sie in anderen Ländern wie etwa Polen bereits gebe.

Die Frühlingssitzung des Arbeitskreises bot eine gute Gelegenheit, mit Vertreterinnen und Vertreter der EU-Institutionen vor Ort zu diskutieren und neue Kontakte zu knüpfen. Die 40. Jubiläumssitzung des Arbeitskreises findet auf Einladung der Stadt Saarbrücken voraussichtlich im Oktober 2016 statt. ■

Infos

Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas:

☞ <http://www.rgre.de/>

Pakt von Amsterdam:

☞ <http://urbanagenda.nl/pactofamsterdam/>

Innovative Maßnahmen für nachhaltige Stadtentwicklung „Urban Innovative Actions“:

☞ <http://www.uia-initiative.eu/>

Bessere Rechtsetzung:

☞ http://ec.europa.eu/smart-regulation/index_de.htm

Internetportal „Ihre Stimme in Europa“:

☞ http://ec.europa.eu/yourvoice/index_de.htm

Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung

Kommunalpolitischer Preis 2017 ausgeschrieben

Die Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist Partner eines Konsortiums zur Verleihung des Kommunalpolitischen Preises der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung für herausragende Leistungen der kommunalen Verwaltung und Kommunalpolitik in Europa, der erstmals in diesem Jahr vergeben wurde. Mit dem Preis sollen insbesondere Leistungen ausgezeichnet werden, die das Leben der Menschen vor Ort verbessern und grenzüberschreitend Vorbildcharakter entfalten können.

Die Ausschreibung des Kommunalpolitischen Preises für 2017 steht unter dem Motto „Kommunale Solidarität in Zeiten der Krise – Interkommunale Zusammenarbeit bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen“. Damit soll die Arbeit von nationalen sowie internationalen Kooperationen von Gebietskörperschaften in diesem aktuellen Themenfeld besonders gewürdigt werden. Bewerbungen um den Kommunalpolitischen Preis der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung sind bis zum 15. August 2016 möglich.

Ausschreibung Kommunalpolitischen Preises der Carl und Anneliese Goerdeler-Stiftung 2017:

☞ http://www.rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/aktuelles/Kommunalpolitischer_Goerdeler_Preis_2017_Ausschreibung.pdf

Europäische Wettbewerbe

Europäischer Jugendpreis 2016

Das Internationale Centrum für Neue Medien ruft junge Menschen auf, sich am „European Youth Award“ zu beteiligen. Teilnehmen können Jungunternehmerinnen und -unternehmer unter 33 Jahren aus einem Mitgliedstaat des Europarates, die soziale, ökologische, kulturelle oder ökonomische Herausforderungen mit Hilfe digitaler Technologien in Angriff nehmen. Das kann sowohl eine App oder ein Internetportal sein als auch eine Veranstaltung, bei der digitale Technologien eingesetzt wurden. Prämiert werden bereits realisierte Projekte in den Kategorien „Gesundes Leben“, „Intelligentes Lernen“, „Kultur“, „Umwelt“, „Aktive Bürgerschaft“, „Finanzen“ sowie „Digitale Innovationen“. Pro Kategorie werden maximal drei Gewinnerinnen und Gewinner ausgezeichnet, die im November 2016 zum European Youth Award Festival nach Graz eingeladen werden.

Einsendeschluss: 15. Juli 2016

Infos: <http://eu-youthaward.org/node/761>

Fotowettbewerb „Dein Bild von Europa ohne Grenzen“

Unter dem Titel „Dein Bild von Europa ohne Grenzen“ ruft die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Ausschuss der Regionen Profi- sowie Hobbyfotografinnen und -fotografen auf, die aktuelle Debatte über den grenzenlosen Schengen-Raum und die EU-Außengrenzen vor dem Hintergrund der Flüchtlingsströme fotografisch darzustellen. Teilnehmen können Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahren mit Wohnsitz in der Europäischen Union. Drei Preisträgerinnen oder Preisträger erhalten Fotoausrüstungen im Wert von 2.000, 1.500 und 500 Euro sowie jeweils eine dreitägige Reise für zwei Personen nach Brüssel. Zusätzlich gibt es einen mit 500 Euro dotierten Publikumspreis, der im Rahmen einer Online-Abstimmung auf der Facebook-Seite der SPE-Gruppe vergeben wird.

Einsendeschluss: 30. Juli 2016

Infos: <http://pes.cor.europa.eu/Meetings/Events/Pages/imagine-eu-without-borders.aspx#noborders>

Europäischer Fotowettbewerb „Meine Stadt“

Der diesjährige Fotowettbewerb der Europäische Umweltagentur „European Environment Agency“ steht im Zeichen der Städte. Unter dem Motto „Meine Stadt“

können persönliche Eindrücke sowie positive oder negative Wahrnehmungen aus europäischen Städten eingereicht werden. Der Wettbewerb erfolgt in drei Kategorien: „Nachhaltiger Lebensstil in der Stadt“, „Städtische Fortbewegungsmöglichkeiten“ und „Freizeit in der Stadt“. Für das beste Foto jeder Kategorie gibt es 1.000 Euro Preisgeld. Teilnehmen können Bürgerinnen und Bürger ab 18 Jahre aus der Europäischen Union, der Europäischen Freihandelszone, der Türkei sowie den kooperierenden Westbalkanstaaten.

Einsendeschluss: 15. August 2016

Infos: <http://www.eea.europa.eu/about-us/competitions/my-city>

Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“

Die Europäische Kommission ruft Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union auf, sich mit Fotos von EU-kofinanzierten Projekten am Fotowettbewerb „Europa in meiner Region“ zu beteiligen. Bedingung ist, dass auf den Bildern ein deutlicher Hinweis auf die erfolgte EU-Förderung zu erkennen ist. Pro Teilnehmendem können maximal drei Bilder eingereicht werden. Die besten Fotos werden im Rahmen einer Internet-Abstimmung ermittelt und die Gewinnerinnen und Gewinner dann von einer Jury ausgewählt. Zu gewinnen gibt es einen Fotografiekurs und eine Reise zur Europäischen Woche der Regionen und Städte im Oktober 2016 in Brüssel.

Einsendeschluss: 28. August 2016

Infos: <https://www.facebook.com/EuropeanCommission/app/386310531430573/>

NRW-Schülerwettbewerb „EuroVisions 2016“

Der Schülerwettbewerb „EuroVisions 2016“ steht im Zeichen der Flüchtlinge. Unter dem Motto „Willkommen in Europa!?“ ruft der Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen, Franz-Josef Lersch-Mense, Jugendliche auf, mit Bildern und Filmen einen Beitrag zu diesem vielfältigen Thema zu leisten. Teilnehmen können alle Jugendlichen der Sekundarstufen I und II aus NRW als Einzelpersonen, Arbeitsgruppen oder Klassen. In der Kategorie „Bilder“ gibt es für die drei Erstplatzierten jeder Sekundarstufe jeweils 750, 500 und 300 Euro. Der beste Kurzfilm wird jeweils mit 750 Euro prämiert.

Einsendeschluss: 20. Oktober 2016

Infos: <https://mbem.nrw/de/eurovisions-2016-ausschreibung>

Deutsche kommunale Delegation im Ausschuss der Regionen:

Wolbergs neues Mitglied

Die deutschen Kommunen sind mit einem neuen Mandatsträger im Ausschuss der Regionen (AdR) vertreten. Der Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Joachim Wolbergs, wurde am 4. März 2016 als neuer Delegierter für den Deutschen Städtetag ernannt. Er tritt damit die Nachfolge von Dagmar Mühlenfeld an, die den Deutschen Städtetag über fünf Jahre im AdR vertreten hatte.

Der AdR wurde 1993 mit dem Vertrag von Maastricht als Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der Europäischen Union ins Leben gerufen. Ihm gehören 350 Mitglieder aus 28 EU-Mitgliedstaaten an. Deutschland verfügt über 24 ordentliche und 24 stellvertretende Mitglieder, wobei die deutschen Bundesländer 21 Delegierte und 21 Stellvertreter und die deutschen Kommunen drei Delegierte und drei Stellvertreter stellen.

Für den Deutschen Städtetag ist neben Oberbürgermeister Wolbergs der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, Marcel Philipp, im Ausschuss. Der Deutsche Landkreistag ist durch den Landrat des Landkreises Südwestpfalz, Hans-Jörg Duppré, und den Landrat des Landkreises Görlitz, Bernd Lange, im AdR vertreten. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat den Bürgermeister der Stadt Arnshausen, Hans-Josef Vogel, und den Bürgermeister der Stadt Altenkirchen, Heinz-Joachim Höfer, entsandt.

Foto: Stadt Regensburg, Stefan Effenhauser



Der Oberbürgermeister der Stadt Regensburg, Joachim Wolbergs, ist neues Mitglied im Ausschuss der Regionen

Infos

Ausschuss der Regionen:

☞ <http://cor.europa.eu/de>

Europäische Preise für nachhaltige städtische Mobilität:

Malmö und Murcia ausgezeichnet

Die Gewinner der Europäischen Preise für nachhaltige städtische Mobilität stehen fest: Die schwedische Stadt Malmö wurde mit dem Preis für nachhaltige städtische Mobilitätsplanung und die spanische Stadt Murcia mit dem Preis der Europäischen Mobilitätswoche ausgezeichnet. Insgesamt hatten sich 53 lokale Behörden aus 19 EU-Mitgliedstaaten an den beiden Wettbewerben beteiligt, von denen 13 in die engere Wahl kamen. Deutsche Städte schafften es in diesem Jahr allerdings nicht in die Finalrunde.

Die Stadt Malmö erhielt den Preis für ihre ehrgeizige nachhaltige Mobilitätsplanung. Neben den Plänen für ein Straßennetz fördert die Stadt vor allem das Zufußgehen und Radfahren. Dabei werden alternative Mobilitätsformen eng mit dem städtischen Planungsprozess verknüpft, wobei Pendlermuster und der Zugang verschiedener sozialer Gruppen berücksichtigt werden.



Foto: Europäische Kommission

Die Gewinner der Europäischen Preise für nachhaltige städtische Mobilität wurden am 20. April 2016 in Brüssel ausgezeichnet

Die Stadt Murcia erhielt den Preis für ihre vielfältigen Aktionen im Rahmen der Europäischen Mobilitätswoche 2015. Dabei stand das Thema multimodaler Verkehr, also die Integration verschiedener Verkehrsträger im Mittelpunkt. Zu den Angeboten zählten unter anderem E-Bikes und E-Scooter, Fahrradständer in Bussen sowie geöffnete Busspuren für Radfahrer. Zudem gab es besondere Angebote für Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Infos

Preis für eine nachhaltige städtische Mobilitätsplanung:

☞ <http://www.mobility-week.eu/sump-award/>

Preis der Europäischen Mobilitätswoche:

☞ <http://www.mobility-week.eu/emw-award/>

Verleihung des Preises „Europäische Hauptstadt für Innovation 2016“:

Amsterdam ist iCapital Europas

Amsterdam ist die Europäische Hauptstadt für Innovation 2016. Die niederländische Stadt erhielt den mit 950.000 Euro dotierten iCapital Award wegen ihres von unten nach oben gerichteten Innovationsansatzes, der auf intelligentem Wachstum, Start-ups, Lebensqualität und digitaler sozialer Innovation beruht. Berlin, Eindhoven, Glasgow, Mailand, Oxford, Paris, Turin und Wien gehörten ebenfalls zu den Finalisten. Turin errang den mit 100.000 Euro dotierten zweiten Preis und Paris konnte sich über den dritten Platz und 50.000 Euro freuen. Insgesamt hatten sich 36 Städte aus zwölf Ländern am Wettbewerb beteiligt, um die Nachfolge der Stadt Barcelona anzutreten, die 2014 die erstmals vergebene Auszeichnung Europäische Innovationshauptstadt errungen hatte.

Wie der EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, Carlos Moedas, bei der Preisverleihung am 8. April 2016 in Brüssel betonte, erhalte die Stadt Amsterdam den Titel für ihren „ganzheitlichen



Foto: European Union, 2016 / François Walschaerts

Der EU-Kommissar für Forschung, Wissenschaft und Innovation, Carlos Moedas, zeichnete die Stadt Amsterdam am 8. April 2016 in Brüssel mit dem iCapital Award aus

Innovationsansatz in der Stadt und für die Stadt“. Auch Robert-Jan Smits, Leiter der Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission, die den Preis vergibt, lobte Amsterdam. „Die Stadt fördert Innovationen auf vielfältige Weise, wobei Offenheit, Kreativität, Pragmatismus und Kooperation im Mittelpunkt stehen. Das kommt zum Beispiel in den vielen Start-ups, Hightech-Unternehmen, den zwei Spitzenuniversitäten und dem Science Center NEMO zum Ausdruck“, so Smits. ■

Infos

Preis für die europäische Innovationshauptstadt:

☞ <http://www.ec.europa.eu/icapital>

Internationaler Demokratiepreis Bonn 2016 für Federica Mogherini:

Starke Stimme in der Weltpolitik

Die Hohe Vertreterin der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, erhält in diesem Jahr den Internationalen Demokratiepreis Bonn. Das gab der Vorstand des gleichnamigen Vereins in Bonn bekannt. Verliehen wird der mit 10.000 Euro dotierte Preis am 11. November 2016 in Bonn. Die Laudatio wird der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, halten.

„Der Verein würdigt den unermüdlichen Einsatz der EU-Chefdiplomatin für Demokratie und Menschenrechte in den vielen Krisengebieten der Welt“, sagte der Vorsitzende des Vorstands, Jürgen Wilhelm. „Ob in Russland, in der Ukraine, in Syrien, in Libyen oder bei den sehr schwierigen Iran-Verhandlungen: Die frühere italienische Außenministerin verleiht der EU eine starke

Stimme in der Weltpolitik.“ Mit Feingefühl und Durchsetzungsvermögen vermittele sie weltweit die europäischen Grundwerte und trage gleichzeitig entscheidend zur Harmonisierung der Beziehungen mit den Nachbarländern Europas bei.

Mit dem Internationalen Demokratiepreis Bonn werden Personen oder Organisationen ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise um die Demokratisierung und die Wahrung der Menschenrechte verdient gemacht haben. Bisherige Preisträger waren der frühere tschechische Staatspräsident Václav Havel, die iranische Menschenrechtlerin und Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi, der Präsident der ersten verfassungsgebenden Kommission Tunesiens, Prof. Yadh Ben Achour, und die Organisation Reporter ohne Grenzen. ■



Foto: EU 2016 / François Walschaerts

EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erhält den Internationalen Demokratiepreis Bonn

Infos

Internationaler Demokratiepreis Bonn:

☞ <http://www.demokratiepreis-bonn.de/>

Veranstaltungen

Juni

15. Juni 2016

Flucht im Fokus – Gestalten Sie mit! Projekte und Politiken zur Integration von Flüchtlingen

Infoveranstaltung mit Podiumsdiskussion
 Veranstalter: Kontaktstelle Europa für Bürgerinnen und Bürger, Europäisches Informationszentrum Berlin
 Ort: Berlin

☞ <http://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/>

16. Juni 2016

Sind wir auf dem richtigen Weg?

Antragswerkstatt zum EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Veranstalter: Kontaktstelle Europa für Bürgerinnen und Bürger
 Ort: Berlin

☞ <http://www.kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/>

23.–24. Juni 2016

Runder Tisch Kommunale Partnerschaften mit China

Veranstaltung für interessierte Vertreterinnen und Vertreter deutscher Kommunen

Veranstalter: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, Stadt Oldenburg
 Ort: Oldenburg

☞ <http://www.service-eine-welt.de/veranstaltungstipps/veranstaltung-1712.html>

28. Juni 2016

Workshop zu bürgerschaftlichen und kulturellen EU-Programmen 2014-2020

Was wird durch die EU-Programme „Kreatives Europa – KULTUR“ und „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ im Einzelnen gefördert?

Veranstalter: Stadt Köln, Europe Direct-Informationszentrum, Region Köln/Bonn e.V.
 Ort: Köln

☞ http://www.kontaktstelle-efbb.de/file-admin/user_upload/4_infos-service/veranstaltungen/Internettext_Köln_o6-28.pdf

Juli

8. Juli 2016

Einführung in die EU-Förderung von Auslandsprojekten

EU-Beratung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen und Kommunen zur EuropeAid Antragsstellung

Veranstalter: Engagement Global
 Ort: Stuttgart

☞ <http://www.engagement-global.de/seminar/events/einfuehrung-in-die-eu-foerderung-von-auslandsprojekten-3186.html>

Gipfel des Ausschusses der Regionen:

Regionen und Städte in Bratislava

Anlässlich der am 1. Juli 2016 beginnenden EU-Ratspräsidentschaft der Slowakei lädt der Ausschuss der Regionen (AdR) gemeinsam mit der Stadt Bratislava und der Region Bratislava am 8. und 9. Juli 2016 zum siebten Europäischen Gipfel der Regionen und Städte in die slowakische Hauptstadt ein. Unter dem Motto „Invest and Connect“ soll vor allem über das Zusammenspiel privater und staatlicher Investitionen diskutiert werden.

Neben den Mitgliedern des Ausschusses der Regionen werden auch zahlreiche Politikerinnen und Politiker der nationalen und europäischen Ebene, Vertreterinnen und Vertreter der europäischen Institutionen sowie Fachleute aus der Wirtschaft erwartet.

Der Ausschuss der Regionen wird während des Gipfels auch die Erklärung von Bratislava verabschieden, in der es um die Verbesserung und Förderung der Investitionen in den Städten und Regionen Europas geht. Die Erklärung ist als Grundlage für die langfristige Investitionsstrategie gedacht, bei der es um den optimalen Einsatz europäischer und privater Mittel bei der Gestaltung des EU-Haushalts und der EU-Kohäsionspolitik nach 2020 gehen wird.

8.–9. Juli 2016
in Bratislava

Infos

Siebter Europäischer Gipfel der Regionen und Städte:

☞ <http://www.cor.europa.eu/bratislavasummit/>

Konferenz „Resilient Cities“ in Bonn:

Städte im Klimawandel

Das internationale Städtetzwerk ICLEI – Städte für Nachhaltigkeit veranstaltet vom 6. bis 8. Juli 2016 zum siebten Mal in Folge die Konferenz „Resilient Cities“ im Bonner Gustav-Stresemann-Institut. Die Konferenzreihe ist die globale Plattform zur städtischen Anpassung an den Klimawandel. Rund 400 bis 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt treffen dabei zusammen, um Informationen und Erfahrungen auszutauschen sowie Herausforderungen und Lösungsansätze zur Stärkung urbaner Bewältigungsstrategien zu diskutieren. Ziel ist es auch, globale Themen zu setzen und Konzepte für die weitere Diskussion zu entwickeln.

6.–8. Juli 2016
in Bonn

Infos

Konferenz „Resilient Cities“:

☞ <http://resilientcities2016.iclei.org/>

IMPRESSUM

Redaktion & Satz

Barbara Baltsch
Schillerstraße 18
50170 Kerpen
Telefon 02273 / 560046
Telefax 02273 / 560047
E-Mail: b.baltsch@t-online.de

Karl-Heinz Kottenhahn
Telefon 0177 / 4955902
E-Mail: info@kh-kottenhahn.de

Textbeiträge

Die Autorenbeiträge stellen nicht immer die Auffassung des Herausgebers oder der Redaktion dar, sondern geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Die Redaktion behält sich bei der Verwendung von Textbeiträgen eine Absprache und Änderungen vor und übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, liegen bei der Redaktion.

Europa Kommunal

Europäische Zeitschrift für
Rat, Verwaltung und Wirtschaft
ISSN 1866-1904

Erscheinungsweise / Bezug (ab 2008)

6 Ausgaben pro Jahr als PDF-Version
Bezug ausschließlich über E-Mail-Verteiler

Herausgeber

Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion
Gereonstraße 18-32
50670 Köln
Telefon 0221 / 3771-311
Telefax 0221 / 3771-128
E-Mail: post@rgre.de
<http://www.rgre.de>

Schriftleitung

Walter Leitermann

E-Mail-Verteiler

Tanja Sartory
E-Mail: tanja.sartory@staedtetag.de